

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

GEGRÜNDET 1961 VON HEINZ SEEGER

D 34 76 EX

Bündelung der Kräfte für weitere Aktionen

Durch die Bundesrepublik geht eine Welle von gewerkschaftlichen Aktionen. Gegen die drohende Zerschlagung der Bundespost durch die Privatisierungspläne des Ministers gingen die Postgewerkschafter auf die Straße; gegen den Ausverkauf der Bahn, gegen weitere Streckenstillegungen und die Vernichtung von Arbeitsplätzen setzten sich die Eisenbahner mit einer Demonstration in Bonn zur Wehr. Zum erstenmal läuteten alle Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes gemeinsam mit einer Großkundgebung in Essen ihre Tarifbewegung ein. Und auch in den kommenden Wochen wird es nicht ruhiger werden. Darf es auch nicht. Denn das Jahrhundertwerk Steuerreform entpuppt sich eher



Vier Tage nach den Stahlarbeitern haben mit einer Großkundgebung in der Essener Grugahalle die sechs Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes die tarifpolitischen Auseinandersetzungen für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich eingeleitet. Ausführliche Berichte in dieser Ausgabe.

• Phantom gejagt •

• „Signal von Essen“ • DAG: „Verlässliche Sozialpartner“ •

• Konservative Zukunftsvision •

Frankfurt/M. · 27. Jahrgang

10/87

Okt. 1987 · Einzelheft DM 4,-

INHALT

POLITIK

Honeckers Staatsbesuch – ein historisches Ereignis 3

Berufsverbote in Westberlin
Richter jagen ein Phantom 4

Dämpfer für die CDU 4

Zum 80. Geburtstag Willi Bleichers 5

LÖHNE / TARIFE

„Signal von Essen“: 35 Stunden
auch im öffentlichen Dienst 6

IG Metall entwickelt Szenario für
zukunftssträngige Tarifpolitik 7

Kaufkraftparität in Wahrheit
niedriger 7

Für die GTB ist der Ratio-Schutz
die Nr. 1 im Tarifpaket 1987/88 8

„Dorf des Widerstandes“ –
und die „Ruhr in Flammen“ 8

WIRTSCHAFT / FINANZEN

Bankgewinne 10

Daten zur Wirtschaftsentwicklung 10

GEWERKSCHAFTEN

Arbeitsplätze erhalten und schaffen
erfordert bundesweite Aktionen 11

Gewerkschaftstag stand ganz
im Zeichen der Bergbaukrise 12

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION:

DPG beschloß „Dortmunder
Erklärung“

Den privaten Postkunden
droht ein blaues Wunder / Interview
mit Peter Paterna, Vorsitzender des
Bundestagsausschusses für das
Post- und Fernmeldewesen

DGB Hessen: Ausstieg aus
der Kernenergie zügig vorantreiben

Neue Werkstoffe – Risiken
und Chancen für Arbeitnehmer

Auszüge aus der Rede
Ernst Haars in Bonn

Max Faulhaber: An der falschen
Front, Kollege Rappe! 13–23

Bündelung der Kräfte . . .

als ein Jahrhundert Schlag gegen die Geld-
beutel des kleinen Mannes. Widerstands-
aktionen sind also auch weiterhin ange-
sagt, beim DGB existiert bereits ein detail-
lierter Plan an Maßnahmen gegen diese
Umverteilung von unten nach oben.

Alle diese gewerkschaftlichen Bewegun-
gen kreisen um zwei Kernfragen: die Ver-
kürzung der Wochenarbeitszeit auf 35
Stunden und die Bekämpfung der Mas-
senarbeitslosigkeit. In dem riesigen Be-
reich des öffentlichen Dienstes mit immer-
hin 4,6 Millionen Beschäftigten muß das
Tabu der 40-Stunden-Woche erst noch
gebrochen werden. Und alles, was an Un-
ternehmerstrategien sichtbar wird – Stich-
wort Arbeitszeitgesetz –, deutet darauf
hin, daß neben Flexibilisierung die Unter-
nehmer eher längere Arbeitszeiten im
Sinn haben. Eine häufig gebrauchte Rede-
wendung gewinnt also für den öffentlichen
Dienst Aktualität: Diese Tarifbewegung
wird kein Spaziergang. Es sieht so aus, als
hätten sich die Gewerkschaften darauf
eingestellt und ihre Kräfte deutlicher und
enger gebündelt, als dies bei früheren Tar-
ifbewegungen der Fall war. Aber auch
von Seiten der übrigen DGB-Gewerk-
schaften wird Solidarität eingefordert wer-
den müssen. Denn das Ergebnis, das die
„Staatsdiener“ erreichen, wird zwangsläuf-
ig zum Ausgangspunkt für weitere Schrit-
te zur 35-Stunden-Woche in anderen Be-
reichen. Auch was das Zusammenrücken
der Einzelgewerkschaften in tarifpoliti-
schen Bewegungen anbelangt, zeigte die
Essener Kundgebung der „sechs Öffentli-
chen“ mit den Solidaritätserklärungen von
Franz Steinkühler für die IG Metall und
Ernst Breit für den DGB Ansatzpunkte.

Der zweite Kernpunkt gewerkschaftlicher
Politik in der nahen Zukunft bleibt ganz si-
cherlich die Forderung nach einem Be-
schäftigungsprogramm zur Bekämpfung
der Massenarbeitslosigkeit. Hier wurden
bislang die geringsten Fortschritte erzielt.
Möglicherweise deshalb, weil sich der Ge-
danke eines Beschäftigungsprogramms
noch zu wenig in den Betrieben festge-
setzt hat und weil hier auch noch keine
genügende Vereinheitlichung und Abstim-
mung der Gewerkschaften stattgefunden
hat. Der Bevollmächtigte der IG Metall in
Hattingen, Otto König, brachte es auf ei-
nen Nenner: Noch kämpfen die Beschäf-
tigten in den Stahlstandorten, in den Kü-
stenregionen, im öffentlichen Dienst jeder
für sich gegen die Vernichtung von Ar-
beitsplätzen. Was für eine Kraft könnte
entfaltet werden, wenn diese verschiede-
nen Protestströme zusammenliefen. Denn
sie haben das gemeinsame Ziel: Siche-
rung der Arbeitsplätze, Ersatzarbeitsplät-
ze bei Umstrukturierung, Beschäftigungs-
programme. In diesem Zusammenhang
sei noch einmal auf die Gefahren der
Steuerreform hingewiesen. In einer riesi-
gen Umverteilungsaktion beschenkt sie
die Reichen, privatisiert sie das Geld, das
der Staat für ein Beschäftigungspro-
gramm dringend benötigt.

INHALT

IG Druck und Papier wird aktiv
gegen schleichende Entrechtung
Interview mit Detlef Hensche,
stellvertretender Vorsitzender der
IG Druck und Papier 24

Eisenbahner sind entschlossen,
zu retten, was noch zu retten ist 25

DPG-Jugend macht mobil:
„Wir ziehen dem Hai die Zähne“ 26

DAG-Kongreß mit viel CDU-Prominenz
Weiter „verlässliche Sozialpartner“ 27

VS wählte neuen Vorstand
Mediengewerkschaft unverzichtbar 28

Gewerkschaften diskutieren
Grundsätze der Energiepolitik 28

GESELLSCHAFTSPOLITIK

Schweigen oder nicht schweigen –
das ist oft die Frage!
Nach der Betriebsratswahl –
was jetzt? (Teil 6) 30

SOZIALPOLITIK

Konservative Zukunftsvision:
Rente unter Sozialhilfeniveau 31

Aus dem Arbeits- und Sozialrecht:
Rund um die Kündigung 32

Bundesarbeitsgericht entschied
gegen geringfügig Beschäftigte 33

INTERNATIONALES

Beziehungskiste: Gutes Klima 33

Strittige Themen vom TUC-Kongreß
in eine Kommission verlagert 34

RUBRIKEN

GLOSSE 3
TARIFMELDUNGEN 9
TARIFKALENDER 9
GEWERKSCHAFTSMELDUNGEN 29
PERSONALIEN 29
BUCHBESPRECHUNG 35
IMPRESSUM 35
VERLAGSINTERNES 35
TERMINKALENDER 36
BESTELLSCHHEIN 36
ZU GUTER LETZT 36

Honeckers Staatsbesuch
ein historisches Ereignis

Spätere Generationen werden möglicherweise die Zeit vom 7. bis 11. September 1987 zu einem Ereignis zählen, an dem Geschichte gemacht wurde. An diesen Tagen besuchte der erste Repräsentant der DDR, Erich Honecker, auf Einladung der Regierung Kohl offiziell die Bundesregierung. Damit wurde nach dem Grundlagenvertrag von 1972 ein weiterer Meilenstein in der Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten gesetzt. Honeckers Staatsbesuch festigte die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und gemeinsamer geschichtlicher Vergangenheit.

Die kalten Krieger von gestern hatten in den späten 40er und 50er Jahren tausendfach prophezeit: Niemals werde die „Ostzone“ als Staat anerkannt, niemals werde die Flagge mit Hammer und Sichel in Bonn oder anderswo wehen, niemals werde eine Ehrenformation der Bundeswehr einen Staatsgast aus der DDR begrüßen und die Nationalhymne dieses Staates intonieren.

Recht behalten haben nicht die Spalter Deutschlands, wie Konrad Adenauer, der die „Sowjetzone“ befreien wollte, sondern Kommunisten und Sozialdemokraten, die insbesondere in den Gewerkschaften sich für normale Beziehungen zur DDR eingesetzt haben. Angefeindet, beschimpft und verfolgt wurden alle diejenigen, die nur das Wort „DDR“ in den Mund nahmen und obendrein noch offizielle Kontakte zum FDGB forderten. Ihren Initiativen, wie auch die seit Beginn der 70er Jahre sich entwickelnden offiziellen Beziehungen zwischen DGB und FDGB und den jeweiligen Einzelgewerkschaften haben dazu beigetragen, daß jetzt die rechtskonservative Regierung Kohl nicht anders konnte, als den Staatsratsvorsitzenden der DDR in der Bundeshauptstadt Bonn mit allen protokollarischen Ehren zu empfangen. Auch in der heutigen Politik „muß der Bundeskanzler zur Kenntnis nehmen“, schreibt der sozialdemokratische „Vorwärts“ vom 12. September 1987: „Die DDR ist kein vorläufiges, in Führungszeichen zu setzendes Phänomen, sondern ein souveräner und gleichberechtigter Staat.“

Von großer Bedeutung sind die Ergebnisse des Staatsbesuchs im Hinblick auf die Sicherung des Friedens. In den gemeinsamen Kommuniqués unterstützen beide Seiten die Anfang Januar 1985 zwischen der Sowjetunion und den USA vereinbarten Ziele der Genfer Verhandlungen, „ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern, und es auf der Erde selbst zu beenden und zugleich die Kernwaffen zu begrenzen und zu verringern“. Honecker und Kohl setzten sich u. a. für einen Kernwaffenstopp ein, und sie erklärten, daß die weltweite Beseitigung von Mittelstreckenraketen von 500 km Reichweite Stabilität und Sicherheit in Europa und Asien wesentlich erhöht. Sie sprachen sich für ein

„überprüfbares Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen“ aus.

Diese Absichtserklärungen können um so eher Realität werden, wenn die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung zwischen beiden deutschen Staaten und innerhalb jedes der beiden Staaten eng zusammenarbeitet. Das dem Honecker-Besuch vorausgegangene, am 27. August 1987 veröffentlichte gemeinsame Dokument der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und der Grundwertekommission der SPD zum Thema „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ muß als ein historischer Schritt in diese Richtung angesehen werden.

Die Ausgangsthese dieses Dokuments: „Unsere weltgeschichtlich neue Situation besteht darin, daß die Menschheit nur noch gemeinsam überleben oder gemeinsam untergehen kann“, sollte auch im verstärkten Umfang bei den Beziehungen zwischen den Gewerkschaften beider deutscher Staaten eine Rolle spielen und konkrete Nutzenanwendungen erfahren. Wenn Sozialdemokraten mit deutschen Kommunisten aus der DDR gemeinsam streiten wollen, bleibt es unverstündlich, daß einige Spitzenfunktionäre der SPD und Gewerkschaften, wie der IG-Chemie-Vorsitzende, Hermann Rappe, jegliche Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten hierzulande ablehnen. Noch deutlicher hat sich der Pressechef der IG Bergbau und Energie und SPD-Bundestagsabgeordnete, Horst Niggemeier, offenbart, als er gegenüber NACHRICHTEN erklärte, er sei gegen das gemeinsame Papier von SED und SPD.

Logische Konsequenz aus dem historischen Papier von SPD und SED für die Gewerkschaften ist die Intensivierung der Kontakte des DGB mit dem FDGB. Erwartungen in dieser Hinsicht beziehen sich u. a. auf den bevorstehenden Besuch Franz Steinkühlers bei der IG Metall im FDGB.

Zurück zum Honecker-Besuch in der Bundesrepublik. Für den Generalsekretär des

ZK der SED war der Staatsbesuch auch ein persönlicher Triumph. Hochgeehrt konnte der gebürtige Saarländer seine Heimatstadt Wiebelskirchen nach Jahrzehnten wieder besuchen. Millionen Fernsehzuschauer waren beeindruckt von dem herzlichen Wiedersehen Honeckers mit alten Kampfgefährten. Ob im Saarland, in Essen oder dem ehemaligen KZ Dachau, überall konnte der Repräsentant der Arbeiterbewegung frühere Mitstreiter aus dem kommunistischen Jugendverband bzw. sozialdemokratischen Jugendorganisationen, Leidensgenossen aus seiner zehnjährigen Zuchthaushaft während der Zeit des Faschismus und auch Schulfreunde aus seiner Kindheit in die Arme schließen.

Ebenso herzlich war der Empfang und das Gespräch Honeckers mit der arbeitenden Bevölkerung in Neunkirchen. Daß Honecker den Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx und Friedrich Engels, in ihren Geburtsstädten Trier und Wuppertal seine Reverenz erwies, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben werden. Vielen Gewerkschaftern wäre zu empfehlen, die Lehren von Marx und Engels bei der gegenwärtigen Interessenvertretung der arbeitenden Menschen mehr zu beherzigen. Werner Petschick

GLOSSE

Absturz

Dreifach abgesichert hatte Uwe Barschel sein Verbleiben im Amt des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten: Den Grünen wurde eine gefälschte Erklärung untergejubelt, dem Unabhängigen Wählerverband (UWSH) sollte eine „Zersetzungskampagne“ den politischen Garaus machen, und dem gefährlichsten Konkurrenten, Engholm von der SPD, heftete sich ein Detektiv an die Fersen, um eventuellen Schmutz aus der Privatsphäre ans Tageslicht zu holen. Wahlkampf auf amerikanisch.

Doch dreimal danebengegriffen. In Wirklichkeit, wie man heute weiß, wurde dies das Szenarium für Barschels Absturz. Da fällt einem unwillkürlich Shakespeare ein, der einen seiner Theaterhelden sagen läßt: „Das ist ein Spaß, wenn mit dem Pulverfaß der Feuerwerker auffliegt!“

Aber wie konnte er mit so was rechnen, der kleine Schwarze aus dem kühlen Norden? Hatte er doch große Vorbilder, die allesamt weiter in Amt und Würden sind: Zimmermann, dem man einen Meineid nachsagt; Kohl, der seine Sekretärin zu Flick Geld holen schickte; Wörner, der General Kießling zu Unrecht einen Homo schimpfte und schließlich Strauß, den Großmeister der Skandale.

Barschel ist mit seinem Rücktritt aus der Reihe getanzt. Er wird sich nach herrschender CDU/CSU-Moral angesichts all der Seßhaften und Gestandenen im Gefolge Kohls vor ihnen schämen müssen.

okulus

Berufsverbotsprozeß in Westberlin Richter jagen ein Phantom

Zahlreiche Prozeßbeobachter aus dem In- und Ausland waren anwesend, als das Bundesverwaltungsgericht am 16. September in Westberlin das Urteil gegen den Posthauptschaffner Herbert Bastian sprach: lebenslange Entfernung aus dem Dienst bei der Deutschen Bundespost. Das, was von vielen Beobachtern dieses langjährigen Berufsverbotsverfahrens befürchtet worden war, schockierte dennoch in dem Augenblick, wo es Realität wurde: Dieses Bundesverwaltungsgericht, dessen Rechtsprechung schon in den vergangenen Jahren auf Widerstand stieß, sucht weiterhin das Heil der Bundesrepublik im Gesinnungsterror.

Der Prozeß selbst wies eine ganze Reihe von eklatanten Widersprüchen auf. Dies zeigte sich schon in der Anklage. Dem Postler wurde in keiner Weise vorgeworfen, er habe auch nur ansatzweise gesetz- oder verfassungswidrig gehandelt. Vor dem Untersuchungsausschuß der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der die Bundesrepublik wegen der Diskriminierung von Beschäftigten durch Berufsverbote verurteilte, hatten die Vertreter des Bundesdisziplinaranwalts selbst bestätigt, daß keinem Berufsverbotsopfer ein solcher Vorwurf gemacht werden könne. Auch aus der beruflichen Arbeit, der Führung im Dienst, wie es heißt, wurden keinerlei Vorwürfe erhoben. Da ein einwandfreies Verhalten innerhalb und außerhalb des Dienstes unstrittig sei, lehnte auch das Gericht alle diesbezüglichen Anträge auf Zeugenvernehmung ab.

Was aber bleibt überhaupt noch als Prozeßgegenstand übrig, wenn keinerlei Tatsachen oder Verfehlungen vorgeworfen werden. Es bleibt nur die Gesinnung, die politische Meinung, die zum Schweigen gebracht werden soll. Auch in diesem Zusammenhang zeigen sich Bundespostministerium und Bundesregierung als die Verantwortlichen für diesen Gesinnungsprozeß zu einer ernsthaften politischen Auseinandersetzung nicht in der Lage. Überall dort, wo Herbert Bastian, genau wie alle anderen Betroffenen, seine Verfassungstreue nachweist, zieht sich das Gericht, ziehen sich die Berufsverbote auf Vermutungen und Spekulationen über die politischen Ziele der DKP zurück.

Gegenstand des Prozesses war im Grunde genommen ein Phantom, nämlich die Unterstellung von Zielsetzungen, die der DKP zugeschoben werden, sich allerdings in keinem Parteiprogramm oder in irgendwelchen Verlautbarungen verifizieren lassen. Dieser Eindruck drängt sich auch den Vertretern der ILO auf, wenn sie in ihrem Untersuchungsbericht vom Frühjahr dieses Jahres festhalten: „Der Vorwurf der Identifizierung mit grundordnungswidrigen Zielen gründet auf einer Beurteilung der vermuteten Absichten der Partei oder Organisation.“ Vor Gericht stand also nicht Herbert Bastian, sondern irgendein

Popanz, der von Ministerium, Bundesregierung und nun erneut vom Bundesverwaltungsgericht für die DKP ausgegeben wird. Hier werden allerdings alle Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und politischer Kultur auf den Kopf gestellt. Man scheut die offene politische Auseinandersetzung und versucht, sich an einzelnen Parteimitgliedern schadlos zu halten, über die man alle Machtmittel eines Arbeitgebers hat.

Es ist schon häufig vor der einschüchternden Wirkung von Berufsverboten auf alle, die nicht fraglos mit dem Strom schwimmen wollen, gesprochen worden. Besonders im Ausland aber wächst die Beunruhigung über die Verletzung von Grundrechten in der Bundesrepublik, und zwar gleich in mehrfacher Hinsicht. Mit Herbert Bastian wurde zum erstenmal ein gewählter Abgeordneter wegen seiner vermuteten politischen Auffassungen aus dem Dienst entlassen. Dies läuft auf eine Einschränkung des Wahlrechts hinaus. Außerdem ist das Recht auf freie Meinungsäußerung tangiert. Soll dieses Urteil des Bundesverwaltungsgerichts dahin führen, daß für Andersdenkende ein Ausnahmezustand eingerichtet wird?

Berufsverbote verstoßen auch gegen internationales Recht, dem sich die Bundesrepublik ausdrücklich verpflichtet hat. Die ILO hat die Bundesregierung aufgefordert, das Verbot jeglicher Diskriminierung im Beruf zu achten. Das erneute Urteil muß wie eine Ohrfeige für diese angesehene Institution wirken. Es ist kaum vorstellbar, daß eine solche Politik das internationale Ansehen der Bundesrepublik hebt.

Das Urteil stellt sich jedoch auch gegen alle politischen Zeitläufe. In einem mühsamen Prozeß der Entspannung setzen sich die Großmächte zusammen, um die globalen Probleme zu lösen. Mit allen Ehrungen wird das Staatsoberhaupt der DDR in der Bundesrepublik zum Meinungsaustausch empfangen. Zahlreiche Städte der Bundesrepublik bemühen sich um Partnerschaft mit Städten aus der DDR. Und das Bundesverwaltungsgericht macht nach Art der antikomunistischen Urväter Jagd auf Andersdenkende. Eine solche Politik wird auf die Dauer unhaltbar sein, denn sie führt in eine Sackgasse. R. B.

Dämpfer für CDU

Die Landtagswahlen am 13. September in Schleswig-Holstein und Bremen haben einen Trend verdeutlicht, der schon bei den Bundestagswahlen im Januar und der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz im Mai aufgefallen war: die zunehmende Wahlenthaltung. In Schleswig-Holstein wuchs der Block der Nichtwähler gegenüber 1983 von 15,2 auf 24 Prozent an und in Bremen von 20,3 auf 24,3 Prozent. Gewiß auch ein Ausdruck von Unzufriedenheit mit der Politik der großen Parteien, die sich bislang als unfähig oder unwillig erwiesen haben, die drückendsten Probleme Arbeitslosigkeit und Rüstungswahnsinn zu lösen. Sollte sich künftig gar der amerikanische Stil des Politikrisis durchsetzen, wie Barschel ihn gegen Engholm in Szene setzte, dann dürften noch mehr Wähler angewidert zu Hause bleiben.

Das herausragende Ereignis in beiden Bundesländern ist ohne Zweifel der hohe Stimmenverlust der CDU. Aber nicht die SPD hat davon profitiert (in Schleswig-Holstein plus 1,5 und in Bremen minus 0,8 Prozent), sondern die FDP, die wieder in die Landesparlamente einzog. Dazu verhalf ihr der „Genscher-Effekt“, denn dieser FDP-Politiker hatte es hervorragend verstanden, die Friedenssehnsucht der Bevölkerung auf seine Partei zu projizieren. Nichtsdestoweniger bleiben Bange, Mann, Möllemann, Haussmann und andere Scharfmacher diejenigen, die in der FDP den Ton angeben und den Vertretern des großen Geldes, in Sonderheit des Rüstungskapitals, die Wünsche von den Lippen ablesen. Während die Grünen in Schleswig-Holstein stagnierten, konnten sie in Bremen ihre Stimmen und Sitze verdoppeln.

Ein Alarmzeichen für alle demokratischen Kräfte in unserem Lande ist der Einzug der neonazistischen DVU in das Stadtparlament von Bremerhaven und die Erlangung eines Sitzes in der Bremer Bürgerschaft. Der mit großem Geld- und Materialaufwand geführte Wahlkampf, der gewichtige Wirtschaftskreise hinter der DVU ausweist, muß wohl als „Generalprobe“ für weitere Expansion der Neonazis aufgefaßt werden. Dem kann nur wirksam mit dem Verbot aller Naziorganisationen begegnet werden, wie es die Gewerkschaften mit Nachdruck fordern.

Es darf aber auch nicht übersehen werden, daß es die CDU/CSU war und ist, die mit ihrer Politik den Boden bereitet, auf dem Neonazismus sprießen kann. Massenarbeitslosigkeit, neue Armut, Ausländerfeindlichkeit, Revanchismus gegen Osten, Antikomunismus und viele andere Bestandteile und Folgen Bonner Politik führen dazu, daß interessierte Kreise des Großkapitals beständig auch das Eisen des Neonazismus im Feuer halten und schmieden können. Es läßt sich auch nicht mehr übersehen, daß die bürgerlich-konservativen Parteien niemanden im politischen Spektrum außer den Neonazis mit Samthandschuhen anfassen. G. S.

Zum 80. Geburtstag Willi Bleichers

Willi Bleicher war zu Lebzeiten eine überragende Persönlichkeit. Der am 23. Juni 1981 Verstorbene ist für viele Gewerkschafter fast schon zur Legende geworden. Er verkörperte in seiner Person Standhaftigkeit im antifaschistischen Widerstand und Konsequenz im gewerkschaftlichen Handeln. Diese stellte er nicht zuletzt als Bezirksleiter der IG Metall in Baden-Württemberg in den großen Arbeitskämpfen von 1963 und 1971 unter Beweis.

Der Nachrichten-Verlag hat zum Gedenken an Willi Bleicher ein Buch herausgebracht mit dem Titel „Willi Bleicher – Ein Leben für die Gewerkschaften“. Autoren sind u. a. in den Gewerkschaften bekannte Zeitzeugen wie Georg Benz, Kurt Georgi, der leider so früh verstorbene ehemalige Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, und Willy Schmidt. Aus Anlaß des 80. Geburtstags von Willi Bleicher veröffentlichen wir nachfolgend den Beitrag von Willy Schmidt mit dem Titel „Widerstandskämpfer und Gewerkschaftsführer – ein Vorbild für die Jugend“. Das Buch (209 Seiten und zahlreiche Fotos) kann über unseren Verlag zum Preis von 25,- DM bezogen werden.

Ich lernte Willi Bleicher im Konzentrationslager Buchenwald, in dem ich mich seit der Bildung des KZ am 16. Juli 1937 bis zu unserer Selbstbefreiung am 11. April 1945 befand, kennen.

Wir hatten in Buchenwald schon 1938 eine gut arbeitende politische Organisation, da wir schon zu Beginn mit 700 politischen Häftlingen aus dem KZ Lichtenburg nach Buchenwald gekommen waren. In Lichtenburg hatten wir schon eine politische Organisation aufgebaut.

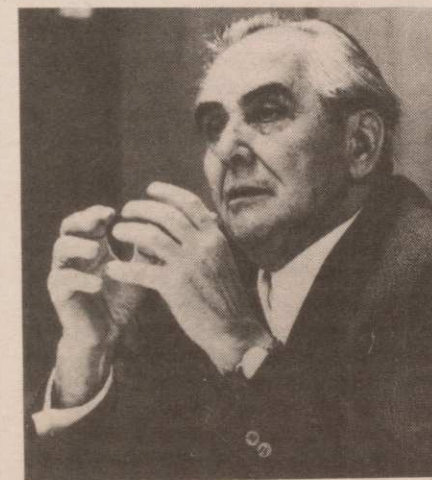
Als Willi Bleicher 1938 nach Buchenwald kam, waren alte Genossen von ihm da, die ihn als ungebrochenen, zuverlässigen Genossen in die politische Organisation des Lagers aufnahmen. Nach einiger Zeit gelang es uns, die Kriminellen aus den Häftlingsfunktionen zu verdrängen. Es war uns dann möglich, Willi Bleicher, der erst im Kommando Kasernenbau und dann in dem besonders schweren, viele Opfer kostenden Straßenkommando arbeiten mußte, als Kapo der Effektenkammer vorzuschlagen. Die SS-Verwaltung setzte ihn auch als Kapo der Effektenkammer ein. In dieser verantwortlichen Tätigkeit hat er mit viel Mut und Geschick viel für die Häftlinge und die illegale politische und militärische Widerstandsorganisation getan.

Als die Totenfeier zu Ehren des in Buchenwald am 18. August 1944 ermordeten Führers der KPD, Ernst Thälmann, die Willi Bleicher maßgeblich organisiert hatte, verurteilt wurde, kam er in den Bunker und zur Gestapo. Trotz der grausamen Folterungen hatte er die moralische Kraft, nichts über die illegale Organisation auszusagen.

Nach unserer Befreiung kehrte er in seine Heimat zurück. Die Solidarität, die Einheit aller, die wir in Buchenwald praktiziert hatten, die Erkenntnis von der lebensnotwen-

digen Einheit der Arbeiterklasse und einer Einheitsgewerkschaft – dafür setzte Willi sich mit Elan und seiner ganzen Persönlichkeit erfolgreich ein.

Die Kollegen erkannten schnell seine Fähigkeiten, seine Kämpfervatur und wählten ihn in den Vorstand der baden-württembergischen Einheitsgewerkschaft.



Nach der Vereinigung der Metallgewerkschaft 1948 in Lüdenscheid wurde Willi Bleicher verantwortlich für die Jugendarbeit der IG Metall. 1950 auf der ersten DGB-Bundesjugendkonferenz in Hamburg, auf der es um den Kurs der DGB-Jugend ging, hat er als erfahrener Organisator entscheidend Einfluß für eine kämpferische Orientierung der DGB-Jugend genommen. Er verstand zu überzeugen. Ja, man spürte, was und wie er etwas sagte, war keine Taktik, sondern es stand aus innerer Überzeugung der Mensch dahinter.

Als Bezirksleiter der IG Metall in Baden-Württemberg hat er allen, besonders den Unternehmern, gezeigt, was eine gut organisierte Gewerkschaft kann. Die von ihm erfolgreich und beispielhaft geführten Streiks 1963 und 1971 waren nicht nur für die IG Metall, sondern auch für die anderen Gewerkschaften wichtig. Nicht nur die Organisierten hatte er überzeugt, für ihre Interessen zu kämpfen. Auch die Nichtorganisierten folgten seinem Ruf und streikten mit. Es gab so gut wie keine Streikbrecher. Die Ausstrahlung Willi Bleichers bei seinen Reden in den Betrieben und besonders in der Öffentlichkeit bei Kundgebungen war erstaunlich groß.

Er wußte, wo die Grenzen der Organisation beim Streik, aber auch bei betrieblichen Auseinandersetzungen mit den Unternehmensleitungen lagen. In den sechziger Jahren hatte BBC Mannheim acht Be-

triebsratsmitglieder wegen angeblich unternehmerfeindlicher Äußerungen fristlos entlassen. Daraufhin legte die Belegschaft geschlossen die Arbeit nieder. Ich war damals als Berater für den Gesamtbetriebsrat BBC von der Abteilung Betriebsräte/Vertrauensleute beim Vorstand der IG Metall zuständig. Willi Bleicher war der zuständige Bezirksleiter. Durch sein geschicktes und konsequentes Verhandeln und die Drohung, die Belegschaft würde so lange streiken, bis die Betriebsratsmitglieder wieder eingestellt würden, wurden die Kündigungen nach zwei Tagen zurückgenommen.

Willi Bleicher hat nie zu denen gehört, die an eine Reform des Kapitalismus als eine für alle Menschen befriedigende Gesellschaftsordnung glaubten. Für ihn bedeutete Kapitalismus immer Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Angst und Unterdrückung der arbeitenden Klasse und am Ende immer Terror, Mord, Krieg und, wie wir es selbst erlebt haben, den Faschismus, wenn die Kapitalisten nicht mehr mit ihren Krisen fertig werden. Der Faschismus ist, so Willi Bleicher, die barbarischste, die grausamste einer möglichen Regierungsform im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Seine Klassenlage, sein gesellschaftliches Bewußtsein, seine marxistischen Kenntnisse und sein Wissen haben ihn nie irre werden lassen; er war bis zu seinem Tode ein überzeugter und handelnder Sozialist und Kämpfer der Einheitsgewerkschaft.

Trotz seiner Krankheit durch zehn Jahre Haft, KZ und Folterungen hat er bis zu seinem Tod seine Erfahrungen innerhalb der Gewerkschaften, aber auch an die Öffentlichkeit weitergegeben. Besonders hat er sich an die Jugend gewandt und vor der Gefahr des Faschismus und Neofaschismus gewarnt. So sagte er z. B. in einer Gedenkrede: „Der Faschismus ist nicht tot, sie marschieren wieder, besudeln die Wände mit Hakenkreuzen, halten ihre Kongresse ab, und die Justiz ist wieder auf dem rechten Auge blind, wie eh und je, und um so hellsehender auf dem linken. Radikalerlaß, Berufsverbote sind Aussagen. Traditionspflege in der Bundeswehr, wahrlich, welch blutige Tradition! Wir dürfen als Überlebende keinen Augenblick an der immer drohenden Gefahr zweifeln. Es ist nötig, innerlich gewappnet zu bleiben gegen jeden Angriff von rechts.“

Willi Bleicher war als Humanist, Antifaschist und Sozialist der mutige, selbstlose Kämpfer, mit einem unbeugsamen Willen für Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden, ein Beispiel, ein Symbol eines konsequenten Arbeiterführers, bei dem Theorie und praktisches Handeln übereinstimmten. Darum ist er besonders für die jüngere Generation und Jugend ein nachahmenswertes Vorbild.

Kennzeichnend für ihn ist, was er über den Sinn des Lebens sagte und schrieb: „Es ist nicht wesentlich, in der Welt nur zu leben, sondern wesentlicher, diese Welt lebenswerter zu machen – und das ist auch der Sinn des Sozialismus.“

„Signal von Essen“: 35 Stunden auch im öffentlichen Dienst

Die Essener Innenstadt gehörte am Vormittag des 19. Septembers den Mitgliedern der sechs Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes. Mitglieder und Funktionäre suchten an Informationsständen das Gespräch mit den Bürgern, widerlegten die durch Regierungsseite vor Tarifrunden immer wieder neu aufgelegte Platte von angeblichen Privilegien und betonten die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung auch im öffentlichen Dienst. Unter den Diskutanten waren die Vorsitzenden von ÖTV, DPG und GdED, Monika Wulf-Mathies, Kurt van Haaren und Ernst Haar, sowie Spitzenfunktionäre der GEW, GGLF und der Gewerkschaft der Polizei. Viele falsche Auffassungen wurden angesprochen und manche auch geradegerückt.

Ab Mittag strahlte gleich zum zweitenmal in einer Woche auf zahlreichen Transparenten die 35-Stunden-Sonne über das weite Oval der Gruga-Halle. Nachdem bereits am 15. September die Stahlarbeiter ihrerseits das Startzeichen für die 35-Stunden-Woche gegeben hatten, machten vier Tage später rund 10 000 Mitglieder der sechs Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit ihrem „Signal von Essen“ deutlich: Die 35-Stunden-Woche muß auch für die 4,6 Millionen Beschäftigten verwirklicht werden. Bekanntlich laufen die entsprechenden Tarifverträge zum Jahresende aus. Solidarische Unterstützung der anderen Gewerkschaften sagte der DGB-Vorsitzende Ernst Breit ebenso zu wie Franz Steinkühler, der Erste Vorsitzende der IG Metall. Gekommen war auch der HBV-Vorsitzende Günter Volkmar sowie eine sowjetische Gewerkschaftsdelegation, zu der Zeit Gast bei der GdED.

Es war überhaupt ein Novum. Zum ersten Mal trafen sich Mitglieder der sechs DGB-Gewerkschaften vor Beginn einer wichtigen Tariffbewegung. Erster Redner war DPG-Vorsitzender Kurt van Haaren. Er warnte die öffentlichen Unternehmer vor Unterschätzung der Beschäftigten und Hoffnung auf Spaltung. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ließen sich „nicht spalten“, „einschüchtern“ und „auch nicht abspeisen“. Zwar hoffe man auf gute Ergebnisse am Verhandlungstisch: „Aber wenn die Zimmermänner, Breuels, Schwarz-Schillings und Gohlkes tarifpolitischen Fortschritt abermals blockieren wollen, dann werden sie unsere entsprechende Antwort bekommen. Wenn man uns dazu zwingt, dann werden wir kämpfen.“

Van Haaren forderte von der Bundesregierung eine aktive Beschäftigungspolitik. Dazu zählte er die Wochenarbeitszeitverkürzung, die er u. a. mit „Sonn-, Sonntag-, Feiertagsarbeit, Schichtarbeit rund um die Uhr bei oftmals miesen Arbeitsbedingungen und geringer Bezahlung, Überstunden und nochmals Überstunden, Arbeitshetze und wachsender Streß“ begründete. Hinzu kämen Tausende, die vorzeitig kaputtgeschrieben und in Rente geschickt wür-

den, sowie „Stellenabbau, Rotstiftpolitik und Arbeitsplatzvernichtung“.

Kämpferische Töne überwogen in der Rede der ÖTV-Vorsitzenden Monika Wulf-Mathies, die u. a. auf die notwendige Soli-

Drei praktische Grundsätze

1. Gegen die Ablehnung unserer Forderungen durch die Regierenden setzen wir auf die Zustimmung zu unserem Konzept durch die Regierten.
2. Gegen die Spaltung der Arbeitgeber setzen wir die Solidarität der Arbeitnehmer.
3. Gegen eine sinkende Kompromißfähigkeit der Arbeitgeber setzen wir die wachsende Konfliktfähigkeit der Gewerkschaften.

(Franz Steinkühler
am 19. September in Essen)

darität zwischen den Beschäftigten der gewerblichen Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes hinwies; „denn nur gemeinsam schlagen wir Breschen in die Abwehrmauern von Regierung und Unternehmern... Wir wissen, daß wir uns aufeinander verlassen können, daß die Solidaritätserklärungen von heute die solidarische Aktion von morgen mit einschließen“, erklärte sie.

Ausführlich beschäftigte sich die ÖTV-Vorsitzende aufgrund der Breite des öffentlichen Dienstes mit den denkbaren Formen der Arbeitszeitverkürzung. Sie alle hätten ihre Berechtigung, und ihre Wirkungen müßten in den Betrieben diskutiert werden. Da man das Fell eines Bären aber erst verteilen kann, nachdem er erlegt wurde, warnte sie davor, die Form der Wochenarbeitszeitverkürzung im Vorfeld zu zerreden. Erst einmal stehe vor der Umsetzung die Durchsetzung: „Deshalb gilt es zunächst einmal, alle Kraft auf die Durchsetzung der Wochenarbeitszeitverkürzung zu konzentrieren. Wir sind bereit,

für das Ziel der 35-Stunden-Woche zu kämpfen“, bei vollem Lohnausgleich, wie Monika Wulf-Mathies an anderer Stelle betonte.

Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit, der die solidarischen Grüße des DGB überbrachte, bezeichnete die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich als richtigen Schritt und als „tarifpolitische Antwort auf den anhaltenden Skandal der Massenarbeitslosigkeit“. Hinzukommen müsse jedoch ein wirksamer Überstundenabbau. Bei den Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträgern habe sich ein Berg von 108 Millionen sowie von 20 Millionen Überstunden bei Bahn und Post angehäuft. Durch ihre Umsetzung könnten etwa 80 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Breit warf der Bundesregierung in diesem Zusammenhang erneut „offensichtlichen Handlungsunwillen“ vor, denn in ihrem Entwurf für ein Arbeitszeitgesetz „kommt der Abbau von Überstunden nicht vor“. Den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sagte er Unterstützung zu. Darauf sei der DGB vorbereitet. „Ihr werdet spüren, daß Solidarität keine Einbahnstraße ist“, versicherte er.

Immer wieder von Beifall unterbrochen wurde Franz Steinkühler, dessen Gewerkschaft zusammen mit der IG Druck und Papier in ihren Bereichen das Tor zur 35-Stunden-Woche aufgestoßen hatte, wozu sich jetzt die sechs Gewerkschaften anschicken. Mit Hinweis auf die Stahlarbeiter, die ebenfalls die 35-Stunden-Woche zu ihrem nächsten tarifpolitischen Ziel erklärt haben, will er „gegenüber der Öffentlichkeit keinen Zweifel daran aufkommen“ lassen, „daß ÖTV und IG Metall an einem Strang ziehen werden. Wir demonstrieren der Bundesregierung und dem Bundeskanzler, daß die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der privaten Wirtschaft zusammenstehen.“ Dieses Solidaritätsversprechen gelte sowohl im Vorfeld der tarifpolitischen Auseinandersetzung als auch für den Fall des offenen arbeitszeitpolitischen Konflikts im öffentlichen Dienst: „Wir waren gestern nicht allein, ihr werdet morgen nicht allein sein im Ringen um Reform statt Restauration, um Solidarität statt Spaltung, um Arbeitszeitverkürzung für alle statt Arbeitslosigkeit für viele“, versicherte Steinkühler.

Mit der Essener Kundgebung wurden die Weichen für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gestellt. Es kommt jetzt darauf an, die notwendigen Züge bereitzustellen und zum Fahren zu bringen. Da aber gleichzeitig mit der Arbeitszeitverkürzung die neue Lohn- und Gehaltsrunde ansteht – hier sollen die Forderungen nach Abstimmung der in der Tarifgemeinschaft zusammengeschlossenen Gewerkschaften und einer Mitgliederdiskussion aufgestellt werden – wäre es fatal, Arbeitszeitverkürzung durch Lohnverzicht aufzuwiegen. Beherzigt sollte vielmehr werden, was Franz Steinkühler in Essen so formulierte: „Das Gebot der Stunde lautet nicht: Zurückhaltung bei den Löhnen und Verzicht bei der Arbeitszeit.“

Gisela Mayer

IG Metall entwickelt Szenarium für zukunftssträchtige Tarifpolitik

In „Der Arbeitgeber“ (Nr. 17/1987) meint Dr. Peter Knevels, Abteilungsleiter „Lohn- und Tarifpolitik“ in der Geschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), daß die Tarifautonomie nur dann echte Fortschritte verzeichnen könne, „wenn beide Seiten bereit sind, aufeinander zuzugehen, wenn Konfrontation klein- und Kooperation großgeschrieben wird“. Bei solchem Plädoyer für eine sozialpartnerschaftliche Politik darf der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, Dieter Kirchner, nicht fehlen.

Gleich einem Wolf, der Kreide geschluckt hat, säuselt er im „Handelsblatt“ von Partnerschaft und will eine „vertraglich geregelte Verminderung des Arbeitskampfrieses“. Zu einer Zeit, in der Kirchner in der IG Metall „breite und zunehmende“ Kreise ausmacht, die die Sozialpartnerschaft bezahen, ist es von besonderer Bedeutung, daß die im Vorstand der IG Metall für die Tarifpolitik Verantwortlichen, das geschäftsführende Vorstandsmitglied, Klaus Zwickel, sowie der Leiter der Abteilung Tarifpolitik, Klaus Lang, den Sozialpartnerschaftsideologen einen Schuß vor den Bug setzen.

In den „WSI-Mitteilungen“ (Nr. 8/1987) gaben Zwickel und Lang in einem gemeinsam verfaßten Artikel „Gewerkschaften 2000“, die entsprechenden Antworten. Sie meinen, daß eine Entwicklung zu einem autoritär-formierten Wirtschafts- und Unternehmerstaat verhindert werden könne, wenn „die Gewerkschaften sich der Gefahr der Anpassung widersetzen und effektive Gegenmacht auf allen Ebenen bleiben“. Entzogen sich die Gewerkschaften ihrer Verpflichtung, wäre ihr Bedeutungs- und Identitätsverlust im heutigen Sinn und im Sinn der historischen Tradition zwangsläufig programmiert. Die gewerkschaftliche Zielsetzung zu verwirklichen setze voraus, „den Kurs betriebspolitischer Mobilisierung, gestützt auf alte und neue Arbeitnehmergruppen, fortzusetzen und zu verstärken“.

Für eine zukunftssträchtige Tarifpolitik formulieren Zwickel und Lang eine Konzeption. Wesentliche Punkte hieraus sind:

- Anspruch auf lebenslanges Lernen während der Arbeitszeit, das vom Unternehmen zu finanzieren ist.
- Als Dauer der Arbeitszeit soll in der Regel der 6-Stunden-Tag und die 30-Stunden-Woche gelten. Jeder soll das Recht auf zeitlich befristete Teilzeitarbeit wie auf Vollzeitarbeit haben, bei gleicher Absicherung beider Arbeitsformen.
- Jedem ist nach Vollendung der Schulausbildung das Recht auf einen Ausbildungsplatz und jedem Ausgebildeten der Anspruch auf einen Arbeitsplatz zu garantieren.
- Für alle Beschäftigten, ob in Voll- oder Teilzeit, soll es ein fest vereinbartes Jahresgehalt geben, das mit Ausnahme des Urlaubsgeldes und des 13. Monatseinkommens in zwölf gleichen Teilbeträgen monatlich ausgezahlt wird.

kommens in zwölf gleichen Teilbeträgen monatlich ausgezahlt wird.

Zwickel und Lang machen noch eine Reihe weiterer Vorschläge zur gesellschaftlichen Demokratisierung, wie zur Mitbestimmung über Produktion und Produktionsentwicklung, der Bildung betrieblicher Umweltausschüsse sowie der Arbeits- und Technikgestaltung.

Die Strategie von Kapital und Kabinett geht, wie sie feststellen, in eine entgegengesetzte Richtung, auf „eine immer weitergehendere gesellschaftliche Flexibilisierung, Differenzierung und Individualisierung“. Unternehmerisches Ziel sei, das Normalarbeitsverhältnis aufzulösen, „d. h. des zeitlich unbefristeten Arbeitsvertra-

Kaufkraftparität in Wahrheit niedriger

Das sogenannte Friedensabkommen, das die Unternehmer und Gewerkschaften im Metallbereich der Schweiz vor nunmehr 50 Jahren unterzeichneten, wird, wie nicht anders zu erwarten, von den Unternehmern über den grünen Klee gelobt. Im „Handelsblatt“ (7. 9. 87) werden die hohen Entgelte hervorgehoben. Danach könne ein ungelernter Arbeiter in der Metallindustrie im Schichtbetrieb mehr als 4 500 sfr. bzw. 5 400 DM verdienen. Die Arbeitszeit beträgt allerdings derzeit noch 41 Stunden und wird erst 1988 um eine Stunde verkürzt. Aber selbst das „Handelsblatt“ muß anmerken, „daß in vielen Metallbetrieben und in anderen Branchen nach wie vor erheblich länger gearbeitet wird“.

Nunmehr hat der Internationale Metallgewerkschaftsbund Kaufkraftparitäten verglichen. Diese Methode ist den Realitäten viel näher als ein einfacher Vergleich auf der Grundlage des offiziellen Wechselkurses. Und siehe da, danach haben die Schweizer Metaller eine um 7,7 Prozent geringere Kaufkraft als die westdeutschen. Das sozialpartnerschaftliche Friedensabkommen offenbart sich hinsichtlich Arbeitszeit und Kaufkraft als ein Rohrkrepierer.

ges mit einer bestimmten tariflich festgelegten regelmäßigen Arbeitszeit und einem entsprechenden festen Einkommen“.

Zugleich soll die Kampffähigkeit der Gewerkschaften eingeengt, wenn nicht gar beseitigt werden, von der umfassenden Freigabe der Aussperrung bis hin zu einem Verbändegesetz. Den Gewerkschaften solle anheimgestellt werden, schreiben Zwickel und Lang, „sich entweder mehr oder weniger freiwillig dieser Richtung zu unterwerfen. (Friedensabkommen à la Gesamtmetall)“, oder aber andernfalls werde ihr Widerstand zum Anlaß genommen, ihnen „durch gesetzliche und administrative Maßnahmen den Wirkungsspielraum zusätzlich einzugrenzen“. Die Tarifpolitik würde auf die Durchsetzung von Bestimmungen mit vagen Sollvorschriften ohne Verbindlichkeit beschränkt.

Um möglichen Illusionen vorzubeugen, haben die Verfasser hervor, daß jeder einzelne Schritt auf dem von ihnen beschriebenen Weg, auch die jährliche Entgelterhöhungen, erkräftigt werden müssen. Das beste „Friedensabkommen“ sei das Verbot der Aussperrung und die uneingeschränkte Gewährleistung von Streikrecht und Streikfähigkeit. Es ist nur allzu natürlich, daß die Unternehmer auf ein solches Szenarium böse reagieren, und das Handelsblatt (1. September 1987) „verbalen Radikalismus“ ausmacht.

Bevor aber diese Zukunftsaufgaben in Angriff genommen werden können, ist es notwendig, sich den jeweils aktuellen Aufgaben zu stellen. Bei der ersten Einschätzung des letzten Tarifabschlusses in der Metallindustrie hatten wir unseren Artikel überschrieben „Mit großer Wahrscheinlichkeit 1989 kräftiger Nachschlag notwendig“ (NACHRICHTEN 5/87). Nun deutet sich an, daß dies möglicherweise schon 1988 notwendig sein wird, denn die relative Stabilität des Preisniveaus scheint der Vergangenheit anzugehören.

Auf der Beiratstagung der IG Metall am 7. September meinte der Vorsitzende, Franz Steinkühler, daß die geplanten Erhöhungen der Verbrauchssteuern und insbesondere der Mehrwertsteuer den auf drei Jahre ausgelegten Tarifabschluß für die Metallindustrie gefährde. Höhere Verbrauchssteuern wirkten preistreibend und stellten damit die Grundlage des Tarifkompromisses des Frühjahr 1987 in Frage. Die IG Metall sei bei Tarifrundung von stabilen Preisen bei Vertragsabschluß und mäßiger Teuerung während der Vertragsdauer ausgegangen. Steinkühler meinte am 8. September, wenn diese Voraussetzungen von der Regierung mutwillig zerstört würden, könne die IG Metall „nicht tatenlos zusehen“.

Zwei tarifliche Möglichkeiten stehen der IG Metall in der Metallverarbeitung zur Verfügung, um einen Nachschlag zu verwirklichen, die Erhöhung des Urlaubsgeldes und des 13. Monatseinkommens. Im Stahlbereich sind die Lohn- und Gehaltstarife bereits zum 31. Oktober 1987 kündbar.

Heinz Schäfer

Für die GTB ist der Ratio-Schutz die Nr. 1 im Tarifpaket 1987/88

Mit einer Serie von Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenzen rüstet sich die Gewerkschaft Textil – Bekleidung „für die wohl schwierigste Tarifaufeinandersetzung in der Nachkriegsgeschichte der GTB“. Das sagte der Gewerkschaftsvorsitzende Berthold Keller am 12. September auf der ersten dieser Konferenzen in Münster. Für die bereits angelaufene Tarifbewegung in der Textil- und Bekleidungsindustrie, deren Schwerpunkt im Jahr 1988 liegen wird, hat die GTB vier tarifpolitische Ziele formuliert.

An der Spitze steht die Durchsetzung eines Rationalisierungsschutzvertrages. Ferner will die Gewerkschaft an der Vorruhestandsregelung festhalten, deren gesetzliche Verlängerung über den 31. Dezember 1988 hinausläuft und finanzielle Verbesserung für sie fordert. An dritter Stelle des 4-Punkte-Programms steht: „Die 40-Stunden-Woche muß fallen.“ Und schließlich, so Keller, müsse in der Tarifrunde des nächsten Jahres der Anteil der Beschäftigten an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung „in Mark und Pfennig“ hereingeholt werden.

Die GTB hatte schon in der vergangenen Tarifrunde im Sommer dieses Jahres versucht, für die Beschäftigten in beiden Branchen ein Rationalisierungsschutzabkommen abzuschließen. Das war jedoch an der Weigerung der Unternehmer gescheitert. Erst nachdem die Gewerkschaft eine Welle von Protestveranstaltungen eingeleitet hatte, in deren Verlauf es auch zu Warnstreiks gekommen war, sagten die Textil- und Bekleidungsunternehmer Verhandlungen darüber zu. In einer gemeinsamen Erklärung verpflichteten sich die Tarifparteien, vor allem in folgenden Fragen eine Einigung herbeizuführen: Einbeziehung der Angestellten in den Ratio-Schutz; Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat (von dessen Mitbestimmung war nicht die Rede); menschengerechte Gestaltung der Arbeit; rechtzeitige Personalplanung; Sicherung und Erweiterung der beruflichen Qualifikation; Möglichkeiten der Weiterbeschäftigung von Arbeitnehmern, deren bisheriger Arbeitsplatz durch Rationalisierung wegfällt; Milderung sozialer Härten bei unvermeidbarer Kündigung oder Versetzung.

Die ersten Gespräche über den Ratio-Schutz haben inzwischen in den Tarifbezirken der Textilindustrie – jedoch ohne Ergebnis – stattgefunden. Die Verhandlungen gehen weiter. In der Bekleidungsindustrie wird erstmals am 3. und 4. November darüber verhandelt. Keller sagte: „Ohne einen spürbaren Rationalisierungsschutz ist jede Arbeitszeitverkürzung beschäftigungspolitisch für die Katz, weil hemmungslose Rationalisierung ohne jede sozialpolitische Begleitung unsere beschäftigungssichernden und beschäftigungsfördernden Ziele der Arbeitszeitverkürzung erst gar nicht wirksam werden läßt. Und

deshalb ist es uns todernt mit dem Ratio-Schutzvertrag.“

Wie rasant gerade auch in der Textilindustrie die technologische Entwicklung verlaufen ist, wird durch Zahlen deutlich, wonach z. B. in den letzten 200 Jahren der Arbeitsaufwand für die Erzeugung von einem Kilogramm Garn von 100 Stunden auf nur noch drei Minuten und von 100 Meter Gewebe von 150 Stunden auf 30 Minuten gesunken ist. Dieser Prozeß geht unvermindert weiter und betrifft zunehmend auch die Angestellten. Textverarbeitung, Auftragsabwicklung, Lagerhaltung, Personalverwaltung und Lohnbuchhaltung werden von Computern erledigt, weshalb ein unmittelbares Interesse der Angestellten

„Dorf des Widerstandes“ – und die „Ruhr in Flammen“

Wutschnaubend, aber letzten Endes ohnmächtig, mußten die befehlsgewohnten Manager des Thyssen-Konzerns, an ihrer Spitze Vorstandsvorsitzender Heinz Kriwett, vom 15. bis 25. September mitansetzen, wie auf dem firmeneigenen Gelände der Henrichshütte ein „Dorf des Widerstandes“ zum Zentrum des Kampfes um die bedrohten Arbeitsplätze wurde und zehn Tage lang die Medien beschäftigte. Hüttendorf, die seit Ende der 70er Jahre als spezielle Form der Ökologiebewegung aus der Taufe gehoben und oft genug unter Anwendung von Polizeigewalt zerstört wurden, erhielten jetzt durch das Hattingen-Beispiel einen neuen Stellenwert im öffentlichen Bewußtsein.

Mit Briefen an die IG Metall versuchte der Thyssen-Konzern vergeblich, sein Haus Herrenrecht ins Spiel zu bringen. Auch gab es, wie man erfuhr, Hintergrundgespräche mit der Polizei. Zu gerne hätte man mit dem Vorwurf des „Hausfriedensbruches“ einen Keil in die Bürgerbewegung getrieben. Doch alle Manöver in dieser Richtung blieben in Hattingen völlig wirkungslos. Niemand ließ sich einschüchtern. Selbst das infame Argument, mit den Widerstandsaktionen in Hattingen würden mögliche Investoren von der Schaffung neuer Arbeitsplätze abgehalten, konnte keinen verwirren. In Hattingen ist man sich einig in der Überzeugung, daß es Beschäftigung, Lohn und Brot für Arbeiter und Angestellte, Überlebenschancen für den Mit-

an der Einbeziehung in einen Rationalisierungsschutzvertrag besteht.

Nachdem in anderen Industriezweigen vor allem der Metall- und Druckindustrie der Weg der Wochenarbeitszeitverkürzung schon bis hin zur 37-Stunden-Woche geebnet wurde, drängen auch die Beschäftigten der Textil- und Bekleidungsindustrie immer stärker in diese Richtung. Bonn hat ohnehin erklärt, die Vorruhestandsgesetzgebung auslaufen zu lassen. Gewerkschaftsvorsitzender Keller schrie: im September-Heft von „textil-bekleidung“, die Abschlüsse von IG Metall und Druck und Papier sowie eigene Erfolge im textilen Reinigungsgewerbe und in der Bekleidungsindustrie bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit würden „Mut machen“, jetzt allgemein in Richtung 35-Stunden-Woche zu gehen.

Der GTB-Vorstand scheint für das Zustandekommen eines Ratio-Schutzvertrages, allerdings zu weitgehenden Zugeständnissen bereit zu sein. Das deutete Keller mit der Feststellung an: „Die Verantwortung gegenüber unseren Mitgliedern und deren Arbeitsplätze erlaubt uns weder in Fragen der Verlängerung der Maschinenlaufzeit noch der Flexibilisierung eine sture Verweigerungshaltung.“ Das wirft die Frage auf, wie es um die Solidarität mit den anderen DGB-Gewerkschaften bestellt ist, die den Unternehmern – ebenfalls aus Verantwortung gegenüber ihren Mitgliedern – Einbrüche in diesen Bereichen nicht gestatten wollen. Gerd Siebert

telstand nur geben wird, wenn man den Thyssen-Konzern und die Bundesregierung dazu zwingt, Arbeitsplätze zu erhalten und Ersatzarbeitsplätze zu schaffen.

„Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt“, sagte Franz Steinkühler am 15. September bei einer Rede im „Dorf des Widerstandes“. Der IG-Metall-Vorsitzende war unmittelbar nach einer zentralen Konferenz seiner Organisation in Essen, auf der Vertrauensleute, Betriebsräte und Jugendvertreter aus der Eisen- und Stahlindustrie und aus den Werften miteinander beraten hatten, nach Hattingen gekommen, wo der Kampf um die Sicherung der Arbeitsplätze, zur Erhaltung der Stahlstandorte und für Beschäftigungsprogramme

bislang am konsequentesten geführt worden ist. Hier vor Ort dürfte es Franz Steinkühler kaum entgangen sein, wie sehr man jetzt darauf setzt, daß die Gewerkschaftsspitze in Frankfurt, aber auch die DGB-Führung in Düsseldorf, alles unternimmt, die Widerstandsaktionen noch breiter zu fächern, organisatorisch zu bündeln, um den Druck auf Bonn zu verstärken.

„Wir haben neun Monate lang“, erinnerte Betriebsratsvorsitzender Rolf Bäcker auf einer Pressekonferenz im „Dorf des Widerstandes“, „einen Kampf durchgestanden, den man am Anfang dieses Jahres wohl kaum für möglich gehalten hätte. Jetzt muß die Stafette des Widerstandes durch das ganze Land weitergereicht werden.“ Ein Beispiel gab die IG Metall in Mannheim, als die die Patenschaft für Hattingen übernahm und sich unmittelbar in die Kampfaktionen an der Ruhr einschaltete.

Während in Hattingen eine Veranstaltung die andere jagte (Foren für Stahlarbeiter und Senioren, für Jugendliche und Auszubildende, Treffen der Fraueninitiativen, Frühschoppen und Kindertheater, Benefiz-Rock-Konzert, Schülergespräche, Gesprächskreis für Konfirmanden, ein Fußballspiel zwischen dem Bundesligisten VfL Bochum und einer Stadtauswahl, Kundgebung, Fackelzug, „Ruhr in Flammen“ usw.), während all dies die Bewegung weiterbrachte, versuchte sich am Rande auch der Bundesarbeitsminister und CDU-Vorsitzende in Nordrhein-Westfalen, Norbert Blüm, wieder mal ins Gespräch zu bringen. Er, der in Essen von den Stahlarbeitern ausgepöfft worden war, ließ sich plötzlich einen Appell an die Bundesländer einfallen, das Ruhrgebiet doch bitteschön nicht zu vergessen. In Hattingen kann man über eine solche Schaumschlagerei nur bitter lachen, denn von einem Arbeitsminister, der auf seine Mitgliedschaft in der IG Metall pocht, muß etwas mehr als ein rein propagandistischer Appell erwartet werden.

Denn bei allem Bonner Gerede spitzt sich die Situation besonders an der Ruhr weiter zu. Die Krise im Bergbau schlägt, wie der Hattinger IG-Metall-Bevollmächtigte Otto König es bereits vor einiger Zeit vorausahnte, auf die Zulieferungsindustrie für den Bergbau über. In Hattingen droht das „Aus“ für die Bergbauszulieferungsfirma Muckenhaupt, den drittgrößten Metallbetrieb in der Stadt. Bereits seit Mitte August bekommen die Arbeiter und Angestellten der Firma Muckenhaupt keinen Lohn und kein Gehalt mehr gezahlt. Auf einer Protestveranstaltung am 22. September, an der sich wie selbstverständlich auch mehr als 2000 Stahlkocher von der Henrichshütte beteiligten, forderte der Betriebsratsvorsitzende der Firma Muckenhaupt, Klaus Möller, den Klöckner-Bekurit-Konzern und die Banken auf, das Pokerspiel um die Arbeitsplätze bei Muckenhaupt endlich aufzugeben und etwas für die Sicherung der Arbeitsplätze zu tun. Um einen Ausverkauf des Unternehmens zu verhindern, bewachen die Beschäftigten inzwischen die Warenlager des Betriebs. Peter Baumöller

BSE: Vorrangiges Ziel Arbeitszeitverkürzung

Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit im Baugewerbe sei nicht nur aus arbeitsmarktpolitischen Gründen notwendig. Vielmehr machten Überalterung, Abwanderung in andere Wirtschaftszweige und der ausbleibende Nachwuchs schon heute absehbar, wann das Baugewerbe mangels qualifizierten Fachpersonals seine Aufgaben nicht mehr erfüllen könnte, erklärte der Bundesvorsitzende der IG Bau – Steine – Erden, Konrad Carl, am 5. September in Minden. Seine Gewerkschaft sehe in der Tarifpolitik ein maßgebendes Mittel zur Zukunftsvorsorge nicht nur für die von ihr vertretenen Beschäftigten, sondern für den gesamten Wirtschaftszweig. Vorrangiges Ziel bei den kommenden Tarifverhandlungen sei die Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

Weiterbildung per Tarifvertrag

Wie die Funktionärszeitschrift der IG Metall, „Der Gewerkschafter“, in der Septemberausgabe meldete, hat die IG Metall den ersten Tarifvertrag zur berufsbezogenen Weiterbildung abgeschlossen. Dieser Vertrag, der rückwirkend ab Jahresbeginn in Kraft trat, gilt für den Wirtschaftsbereich Heizungs-, Klima- und Sanitärtechnik Westberlins. Auf Kosten der Unternehmer kann sich jeder Beschäftigte dieses Bereichs einmal im Jahr an einem Tag zur „Erhaltung und Erweiterung der beruflichen Qualifikation“ weiterbilden. Nach dem Vertrag sind die Unternehmer verpflichtet, Weiterbildungskurse anzubieten und zu Beginn des Jahres einen Weiterbildungsplan vorzulegen.

Forderungen erst nach Abstimmung

Der Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) hat am 9. September die Tarifverträge zum Jahresende gekündigt. Vorrangiges Ziel sei „die Verkürzung der Wochenarbeitszeit hin zur 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich“ sowie die „Sicherung bzw. Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Beschäftigten“. Über die konkrete Gesamtforderung will die DPG in enger Abstimmung mit den übrigen DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes Ende November entscheiden. Eine ähnliche Haltung nimmt die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) ein. Hier hat der Hauptvorstand Anfang September die Kündigung der Tarifverträge beschlossen.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Bereichen.

31. Oktober bis 30. November – 0,18 Mio.

Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalen, Bremen (155 200); Heizungsindustrie Hessen, Rheinland-Pfalz (9 000); Firma Brinkmann, Bremen (2 100). **30. November** Tischlerhandwerk Niedersachsen, Bremen (13 900); Firma Roth-Händle, Lahr (600); Reisebürogewerbe – Turnuszugverkehr Bundesgebiet und Westberlin (600).

31. Dezember – 3,19 Mio.

Öffentlicher Dienst, Bundesanstalt für Arbeit, Sozialversicherungsträger Bundesgebiet und Westberlin (231 500); Deutsche Bundespost Bundesgebiet und Westberlin (227 100); Deutsche Bundesbahn Bundesgebiet (132 900); Deutsche Bundesbank Bundesgebiet und Westberlin (124 400); Holzverarbeitende Industrie – einige Tarifgebiete (129 200); Hotel- und Gaststättengewerbe Nordrhein-Westfalen (82 400); Landwirtschaft alle Tarifbereiche außer Rheinland-Pfalz und Saarland – Arbeiter – (72 500); Klempnerhandwerk Hessen, Rheinland-Pfalz (25 000); Elektrohandwerk Hessen (20 000); Großküchen, Kantinen, Kasinos und sonstige Verpflegungsbetriebe Bundesgebiet (15 000); Kfz-Gewerbe Rheinland-Rheinhausen, Saarland (14 000).

31. Januar 1988 – 0,12 Mio.

Papier- und pappeverarbeitende Industrie Bundesgebiet und Westberlin (91 500); Kälteanlagenbauer-, Klempner-, Mechanikerhandwerk, Kfz-Gewerbe Schleswig-Holstein (24 000); Tapetenindustrie Bundesgebiet (4 500); Mechanikerhandwerk Hessen (4 000).

28. Februar – rd. 1,0 Mio.

Großhandel Nordrhein-Westfalen und Bayern (446 500); privates Bankgewerbe, einschl. private Bausparkassen, Volksbanken, Raiffeisenbanken, Teilzahlungsbanken, gemeinwirtschaftliche Geschäftsbanken Bundesgebiet und Westberlin (380 000); Hotel- und Gaststättengewerbe Bayern (98 000).

31. März – 2,2 Mio.

Bauhauptgewerbe Bundesgebiet und Westberlin (860 000); Einzelhandel Nordrhein-Westfalen, Saarland, Baden-Württemberg (563 000); privates Speditions- und Transportgewerbe Bundesgebiet und Westberlin (267 000); privates Versicherungsgewerbe, Versicherungsvermittler, Volksfürsorge-Versicherungsgruppe (224 700); Großhandel Baden-Württemberg (130 000); Landwirtschaft, mehrere Bereiche (65 000); Bäckerhandwerk, mehrere Tarifgebiete (60 000).

Bankengewinne

Seit 1970 sind die Gewinne der Banken nahezu kontinuierlich angestiegen. Es gab überhaupt nur drei Jahre, in denen die zusammengefaßten Bilanzen von derzeit etwa 4600 Bankinstituten einen leichten Gewinnrückgang aufwiesen. Die ausgewiesenen Erträge versiebenfachten sich zwischen 1970 und 1986. Für die Großbanken sieht die Entwicklung noch günstiger aus: Sie steigerten ihre ausgewiesenen Erträge um mehr als das Zehnfache.

Befragt man sich allerdings etwas näher mit der Bilanzstatistik der Banken, so wachsen die Zweifel an der Aussagefähigkeit der veröffentlichten Ziffern. Denn weder das Teilbetriebsergebnis noch der Jahresüberschuß vor Steuern geben ein auch nur annähernd zutreffendes Bild der Ertragslage wieder. Im Teilbetriebsergebnis sind die Erträge aus dem eigentlichen Kreditgeschäft und die Provisionen aus dem Zahlungsverkehr zusammengefaßt.

Letzterer Bereich gewinnt stark an Bedeutung. Nicht enthalten sind die Erträge aus dem „Eigenhandel“, d. h. aus dem Geschäft mit Wertpapieren und Devisen auf eigene Rechnung. Dieser Posten hat aber in den letzten Jahren geradezu explosionsartig zugenommen. Das eigentliche Betriebsergebnis, das auch die Erträge aus dem Eigenhandel einbezieht, wird nicht veröffentlicht, einzelne Banken machen allerdings summarische Angaben darüber: Die Großbanken beziffern für 1986 das Betriebsergebnis mit knapp 10 Milliarden DM, davon allein die Deutsche Bank mit gut 5 Milliarden. Das Betriebsergebnis scheint also doppelt so hoch zu liegen wie das ausgewiesene Teilbetriebsergebnis.

Der Jahresüberschuß faßt alle Erträge zusammen, abgezogen sind aber alle Arten von Wertberichtigungen, Abschreibungen usw., die von den Banken weitgehend nach Gutdünken bewertet werden können. Gibt es für Industrieunternehmen bestimmte gesetzliche Vorschriften, so sind Banken daran nicht gebunden. In den achtziger Jahren haben die Banken diese Art von Abschreibungen und Wertberichtigungen, die den ausgewiesenen Jahresüberschuß und damit auch die Steuern mindern, kräftig angehoben. 1986 werden sie in der Bilanzstatistik der Deutschen Bundesbank mit etwa 13 Milliarden DM beziffert.

Dies ist allerdings nicht vollständig, da die Banken Erträge aus Wertpapiergeschäften mit Bewertungsveränderungen bei Krediten und anderen Wertpapieren „über Kreuz“ verrechnen können. Die Deutsche Bundesbank meint dazu: „Die notwendigen Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen sind in ihrer exakten Höhe zwar nicht publiziert, doch gibt es genügend Anhaltspunkte dafür, daß die Banken gegenüber 1985, als bei einzelnen Kreditinstituten ein außergewöhnlicher Wertberichtigungsbedarf ent-

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Verarbeitendes Gewerbe

Index 1980 = 100	Juli 1987	Veränderung in v. H. gegenüber	
		Juni 1987	Juli 1986
Produktion	96,5	- 10,2	- 3,6
Auftragseingänge ¹	125,3	+ 2,7	- 1,8
¹ nominal (Quelle: Statistisches Bundesamt)			

2. Preise

Index 1980 = 100	August 1987	Veränderung in v. H. gegenüber	
		Juli 1987	August 1986
Lebenshaltung	121,2	- 0,1	+ 0,8
Industriepreise ¹	115,6	+ 0,3	- 1,8
Landw. Erzeugerpreise ¹	92,0	- 1,8	- 7,1
Importpreise ¹	95,3	+ 0,4	- 1,3
Exportpreise ¹	115,7	+ 0,2	- 0,8

¹ Juli 1987, Veränderung gegenüber Juni 1987 bzw. Juli 1986
(Quelle: Bundesanstalt für Arbeit)

3. Arbeitsmarkt (in 1000)

	August 1987	Veränderung in 1000 gegenüber	
		Juli 1987	August 1986
Beschäftigte ¹	25 990	+ 60	+ 136
Arbeitslose	2 165	- 11	+ 44
Kurzarbeiter	175	- 41	+ 98
Offene Stellen	177	- 3	+ 8

¹ Juli 1987, Veränderung gegenüber Juni 1987 bzw. Juli 1986
(Quelle: Bundesanstalt für Arbeit)

4. Bankengewinne¹

	Teilbetriebsergebnis		Jahresüberschuß	
	Alle Banken	Großbanken ²	Alle Banken	Großbanken ²
1970	4,6	0,4	3,6	0,5
1980	13,1	1,0	11,3	1,2
1981	18,5	1,9	12,8	1,2
1982	25,3	2,8	16,7	1,7
1983	30,9	3,7	19,4	2,4
1984	29,1	3,6	20,4	2,6
1985	29,2	3,7	20,9	3,5
1986	29,4	4,7	21,2	3,6

¹ in Milliarden DM

² Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank mit Westberliner Tochterinstituten
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd. Augusthefte)

standen war, insgesamt kaum in geringem Umfang Kreditengagements abwerten, obwohl im letzten Jahr keine spektakulären Ausfälle zu verzeichnen waren“ (Monatshefte, August 1987, S. 17).

Daß selbst die Deutsche Bundesbank diesbezüglich auf bloße Vermutungen angewiesen zu sein scheint, ist schon für sich ein Skandal. Der Charakter der Banken als „Staat im Staate“ manifestiert sich auch in der Souveränität, mit der sie die

Öffentlichkeit über die wirkliche Ertragsentwicklung hinwegtäuschen können und auch hinwegtäuschen. Da der Sektor des Bankgeschäfts, der sich nicht oder nur sehr verzerrt in den Bilanzen niederschlägt, rasch angewachsen ist, ist der Informationsgehalt der Geschäftsberichte immer dünner geworden. Eine Reform des Bilanzrechts der Banken mit dem Ziel der Abschaffung der besonderen Privilegien gegenüber dem Staat und der Öffentlichkeit ist längst überfällig.

J. G.

Arbeitsplätze erhalten und schaffen erfordert bundesweite Aktionen

Am 15. September führte die IG Metall in der Essener Grugahalle eine zentrale Konferenz von Vertrauensleuten, Betriebsräten und Jugendvertretern der Eisen- und Stahlindustrie sowie der Werften durch. Sie hatte das Motto: „Stahl und Werften: Arbeitsplätze sichern – Ersatzarbeitsplätze schaffen“. Daß die Beschäftigten in diesen Krisenbranchen nicht länger bereit sind, sich mit Sprüchen abzufinden, bekam Norbert Blüm zu spüren, dessen Begrüßungsrede in einem ohrenbetäubenden Lärm der 7 000 Teilnehmer weitgehend unterging. Die Anwesenden verlangten keine weiteren Versprechungen, sondern Taten.

Für die IG Metall bestand für diese Veranstaltung, wie ihr Vorsitzender, Franz Steinkühler, vor der Presse mitteilte, ein dreifacher Anlaß:

- die anstehende Entscheidung des EG-Ministerrates über die weitere Stahlmarktordnung und die damit verbundene Entscheidung der Bundesregierung zur finanziellen Beteiligung an sozialen Begleitmaßnahmen;

- die immer noch nicht richtig in Gang gekommene Umsetzung der Vereinbarung zwischen IG Metall und Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie vom 10. Juni 1987 hinsichtlich der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen durch die Stahlunternehmen an den betroffenen Standorten;

- die anstehende Tarifrunde für die Eisen- und Stahlindustrie.

Scharf ging Steinkühler mit den Steuerplänen der Bundesregierung ins Gericht. Die sogenannte Steuerreform stehe unter dem Motto: „Wer hat – dem wird gegeben.“

Die IG Metall wolle eine Senkung der Arbeitslosenquote, nicht aber eine Senkung der Staatsquote, wie dies die Bundesregierung betreibe. Der Kern der Auseinandersetzung sei die Erschließung neuer Chancen für die Zukunft gegen die alten Ideologien der Vergangenheit. Steinkühler faßte die Positionen der IG Metall zusammen: „Wir wollen Arbeit, dort wo sie gebraucht wird. Wir wollen eine soziale Perspektive für Arbeitnehmer und Auszubildende in Stahlbetrieben und Werften. Wir brauchen eine Überlebens- und Zukunftsperspektive für die traditionellen Industrie-Regionen. Wir wollen keine Armenhäuser in dieser Republik, weder im Norden, noch im Süden. Wer Arbeitsplätze abbaut, der muß auch neue aufbauen.“

Im Kampf für Ersatzarbeitsplätze und Zukunftsinvestitionen stehe die Stunde der Wahrheit in der Stahlwirtschaft unmittelbar bevor, meinte Steinkühler. Auf dem Papier gebe es einen Minimalkonsens zwischen Industrie und IG Metall. Er verwies hierbei auf das Gesprächsergebnis vom 10. Juni 1987 zwischen IG Metall und der

Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, das unter anderem vorsah, primär Ersatzarbeitsplätze, insbesondere in den betroffenen Regionen, zu schaffen, und hierbei insbesondere die von der IG Metall vorgeschlagene Konzeption einer Beschäftigungsgesellschaft zu berücksichtigen.

Dies alles kann nach Auffassung Steinkühlers allerdings nur verwirklicht werden, wenn die Bundesregierung bereit sei, den Stahlbelegschaften eine soziale Zukunft zu sichern und den Stahlrevieren eine ökonomische Perspektive zu verschaffen.

Ausführlich ging Franz Steinkühler auf die anstehende Tarifrunde in der Eisen- und Stahlindustrie ein. Die Tarifkommission der IG Metall für die Eisen- und Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen hatte am 14.

Gewinne für IG Metall bei Betriebsratswahl '87

Erneut zugelegt hat die IG Metall bei den diesjährigen Betriebsratswahlen. Sie erhöhte die Zahl ihrer Mandate um 1337 auf 52931. Damit gehören 82,4 Prozent von insgesamt 64 165 gewählten Betriebsräten der DGB-Gewerkschaft an. Wie das zuständige IGM-Vorstandsmitglied Horst Klaus am 23. September in Frankfurt meinte, darf seine Gewerkschaft darin „eine glänzende Bestätigung der Politik der IG Metall in den zurückliegenden Jahren“ sehen. Die IGM habe sowohl bei Angestellten (+ 527) wie bei Arbeitern (+ 810) Mandate dazugewonnen. Demgegenüber habe der Christliche Metallarbeiterverband (CMV) von bisher 420 Mandaten 88 verloren, die DAG 72 von 1216. Mit dem prozentualen Verhältnis von 69,4 zu 5,4 zwischen IGM und DAG sei seine Organisation „die anerkannte Interessenvertretung“ der Angestellten in der Metallindustrie, erklärte Klaus. Noch beachtlicher sei der Zuwachs der IGM bei den Frauen. Sie steigerten ihren Anteil um 1,9 Prozent, halten nun 13,7 Prozent der Betriebsratsmandate.

September die gleichen Forderungen aufgestellt wie zuletzt in der Metallverarbeitung: Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich ab 1. Januar 1988 und eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 5 Prozent ab 1. November 1987.

Die Auseinandersetzung bei Stahl¹ und Werften habe nach Steinkühlers Meinung Modellcharakter. Hier falle die Vorentscheidung „für oder gegen tarifpolitischen Verzicht der gesamten Gewerkschaften bei Strukturkrisen einzelner Branchen, für oder gegen soziale Demontage und gesellschaftlichen Abstieg in Krisenbranchen, für oder gegen Verödung und Verelendung von Krisenregionen“.

Vor Steinkühler hatten eine Kollegin und vier Kollegen die Probleme in ihren Bereichen dargelegt. Immer wieder wurde darauf verwiesen, daß es die Berg-, Stahl- und Werftarbeiter gewesen seien, die nach 1945 die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufschwung geschaffen hätten und nun zu Recht Hilfe von Bonn erwarten. Karl-Heinz Schönberger, Betriebsratsvorsitzender des Bremer Vulkan, sprach ein Problem an, das von anderen aufgegriffen wurde, Arbeitsplätze nicht irgendwo, sondern am Heimatort zu haben. Er erklärte: „Wir wollen dort arbeiten, wo wir leben und nicht als Wanderarbeiter den Maschinen nachlaufen.“ Auch der Vorsitzende des gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers der Max-Hütte, Alfred Ebert, wandte sich gegen „moderne Heimatvertreiber“ und gegen „modernes Nomadentum“ und sagte: „Wir wollen Arbeit in unserer Heimat.“

Otto König, der 1. Bevollmächtigte der IG-Metall-Verwaltungsstelle Hattingen, wies am Beispiel des dortigen Kampfes um Arbeitsplätze nach, daß ein Widerstandspotential gegen die Kahlschlagpolitik vorhanden sei. Dies gebe es allerdings nicht nur in Hattingen, sondern überall. Es müsse ohne Scheuklappen und Abgrenzungsängste mobilisiert werden. Für die Gewerkschaft komme es darauf an, deutlich zu machen, daß alle betroffen seien. Er wandte sich hierbei gegen die Anhänger des Sankt-Florian-Prinzips in den eigenen Reihen. Ihnen schrieb er ins Stammbuch: „Wer getrennt kämpft, der wird auch getrennt geschlagen.“ Deshalb sei es notwendig, gemeinsam zu handeln.

Von dieser Konferenz in Essen, meinte König, müsse ein Schulterschuß aller Stahl- und Werftarbeiter erfolgen und eine breite Mobilisierungskampagne ihren Ausgang nehmen. Er verwies dabei auf das Beispiel, als bundesweit für den Frieden eine fünfminütige Arbeitsniederlegung erfolgte. Warum, so fragte er, soll dies heute nicht möglich sein, und sogar länger als fünf Minuten, für das Ziel, Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen? Jetzt seien Aktionen gefragt. Unter Beifall sagte er: „Überwinden wir durch unseren solidarischen Kampf einen Zustand, nur die Wahl zu haben, mit hängendem Kopf oder erhobenem Haupt in die Arbeitslosigkeit gehen zu können.“

Heinz Schäfer

Gewerkschaftstag stand ganz im Zeichen der Bergbaukrise

Am 11. September 1987 fand im Essener Saalbau der 18. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie (IGBE) statt, der ganz im Zeichen der Krise im Bergbau stand. Einstimmig appellierten die 300 Delegierten „an alle Bürgerinnen und Bürger in allen Bundesländern, dabei mitzuhelfen“, Sicherheit für Bergbau, Bergleute und Bergbaustädte zu erreichen.

In seiner Eröffnungsansprache sagte Walter Beer, 2. Vorsitzender der IGBE, daß die Schatten der Krise in der gesamten Bergbauwirtschaft länger und ihre Konturen schärfer geworden seien. Am bedrohlichsten sei es jedoch im Steinkohlebergbau. Auch das Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes, Hans Berger, der zu dem Thema „Rohstoffe erhalten – Wandel gestalten“ referierte und dabei eine Reihe interessanter Akzente setzte, ging davon aus, daß „der gesamte Bergbau in der Bundesrepublik Deutschland“ in seine „schwerste Krise“ geraten ist. Das Elend der Arbeitslosigkeit als persönliches Einzelschicksal und die erschreckenden Arbeitslosenzahlen vor Ort fügten sich in der Gesamtschau zu einem katastrophalen Bild. Wer, wie es die Regierung tue, den Selbstheilungskraften des Marktes vertraue, leiste einen Offenbarungseid, wie er schlimmer nicht sein könne.

Berger bekannte sich zwar zur sozialen Marktwirtschaft, interpretierte sie dann aber in einer Weise, daß deren Vätern die Ohren klingen mußten. Für Berger ist der Markt ein Werkzeug und kein Ziel an sich. Werkzeuge müßten aber danach beurteilt werden, ob sie zu dem taugen, wozu sie gemacht seien. Dies gelte auch für den Markt, der angesichts anhaltender Massenarbeitslosigkeit versage und nicht verhindere, daß Menschen in Elend gestürzt würden. Damit müsse endlich Schluß sein, denn soziale Sicherheit dürfe keine angenehme Randerscheinung des marktwirtschaftlichen Prozesses sein, sondern prägendes Merkmal der Wirtschaftsordnung. Nur mit einer solchen Art sozialer Marktwirtschaft könne die IGBE in Frieden leben. Berger: „Marktwirtschaft ohne soziale Verantwortung bleibt eine ungerechte Veranstaltung zur Vermehrung des Reichtums von wenigen.“

Scharfe Kritik übte Berger an Bergbauunternehmen, die jahrhundertlang Arbeitskräfte und Ressourcen für sich beanspruchten und Gewinne machten, nun

aber sich der Verantwortung entzögen, Strukturschwächen der Bergbauregionen zu beseitigen. Er kritisierte die Unternehmer im Metallerzbergbau, die noch vor kurzem viel Geld verdienten, aber keine neuen Standbeine für die Produktion schufen und damit Vorsorge für schlechtere Zeiten.

Abhilfe gegen die hohen Arbeitslosenzahlen könne nur „durch gezielte Investitionen zur Einrichtung neuer industrieller Arbeitsplätze, zur Sicherung von Anschlußarbeitsplätzen, zur Weiternutzung des vorhandenen Wissens und Könnens geschaffen werden“. Wenn jemand sage, daß dies doch Investitionslenkung sei, meine er: „Lieber Investitionen lenken, als Arbeitslosigkeit produzieren und dulden.“ Man könne nicht warten, bis der letzte Förderwagen den Schacht verlasse, sondern es bedürfe „der gezielten Planung und Entwicklung von alternativen Nutzungsmöglichkeiten“. Deshalb sei eine gezielte, aktive Beschäftigungs- und Strukturpolitik vonnöten.

Am Schluß seiner Rede rief Berger aus: „Wenn wir weiterhin unsere Rohstoffversorgung den Zufällen einer unkalkulierbaren Marktwirtschaft ausliefern, dabei ganze Regionen unseres Landes ruinieren, ohne Rücksicht auf das Schicksal der dort lebenden Menschen, und dies alles auf Kosten unterentwickelter Länder, dann werden wir uns eines Tages nach unserem Verantwortungsbewußtsein, nach unserer wirtschaftlichen und politischen Klugheit fragen lassen müssen.“

Der 1. Vorsitzende der IGBE, Heinz-Werner Meyer, sprach zu dem Thema „Sichere Kohle – Sichere Energie – Arbeit für alle“. Ausgehend von dem „Überbrückungskonzept für den deutschen Steinkohlebergbau“ bemerkte er, daß die vielen Aktionen auf den Schachtanlagen und in den Bergbaurevieren für Bewegung gesorgt hätten. Ohne diese Bewegung sei das Überbrückungskonzept nur Papier. Die

IGBE brauche daher Bewegung in ihren Reihen, damit sie andere bewegen könne. „Wir brauchen diesen Druck, um unser Ziel zu erreichen.“

Die Bergleute wehrten sich, so Meyer, gegen die Behauptungen, Kostgänger der Nation zu sein und als nichtsnutzige Faulpelze verunglimpft zu werden. Sie stellten sich jedem Wettbewerb um bergmännisches Können und bergmännische Leistung. Von der Kohlevorrangpolitik dürfe nicht abgegangen werden. Die Kohle sei kein Relikt aus grauer Vorzeit, sie habe die Zukunft noch vor sich.

Meyer befürchtet aber, daß die Kohle zwischen Kernkraftgegnern und Kernkraftfreunden zerrieben werden könne. Die IGBE stehe zu dem Beschluß des DGB in Hamburg, „so rasch wie möglich auf den Einsatz der Kernenergie zu verzichten“. Kurzfristig sei aber ein Verzicht auf Kernenergie nicht möglich. Der Jahrhundertvertrag zwischen Bergbau und Elektrizitätswirtschaft basiere auf der Übereinstimmung, die Stein- und Braunkohle mit Kernenergie zu ergänzen. Der Jahrhundertvertrag dürfe durch keine Seite gefährdet werden. Eine neue Energiepolitik

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

erfordere Zeit. Heute sei sicher, und dies wäre mit den Mitgliedsgewerkschaften im DGB seit Hamburg sorgfältig geprüft worden, daß ein schneller Verzicht auf die Kernenergie unter akzeptablen Bedingungen nicht möglich sei. Die Kernenergie dürfe aber die Kohle nicht erdrücken, und der Vorrang der Kohle dürfe nicht aufgegeben werden. Die IGBE brauche für die Verwirklichung ihrer Vorstellungen alle und plädiere daher für Kompromisse. Am Ende könne niemand seine Ausgangspositionen wiederfinden.

Kompromisse sind immer das Ergebnis vorhandener Kräfteverhältnisse, sich widerstreitender und entgegengesetzter Interessen. Ob derjenige, der vorzeitig Kompromißangebote macht, nicht einen Kompromiß minderer Qualität bekommt, in dem die Ausgangsposition dann nur noch schemenhaft erscheint, steht auf einem anderen Papier. Heinz Schäfer

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

DPG beschloß „Dortmunder Erklärung“

Am 11. September haben Hauptvorstand und Gewerkschaftsrat der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) zum Bericht der Regierungskommission Fernmeldewesen ihre „Dortmunder Erklärung“ beschlossen. Ziel ist es, die beiden Bereiche Post- und Fernmeldewesen als einheitliches öffentliches Unternehmen zu erhalten. Zur Information unserer Leser dokumentieren wir die „Dortmunder Erklärung“ im Wortlaut.

I. Grundsätzliche Haltung der Deutschen Postgewerkschaft zu einer „Neuordnung der Bundespost“

Die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) stellt fest, daß die Mehrheit der Regierungskommission Fernmeldewesen grundlegende Zukunftsfragen einer öffentlichen Post- und Telekommunikationsversorgung völlig vernachlässigt oder nur unzureichend beantwortet hat. Ihre Empfehlungen gehen an wesentlichen Interessen der Bürger als Arbeitnehmer und Verbraucher vorbei. Die Kommissionsmehrheit formuliert statt dessen mit ihren Empfehlungen einseitig die Interessen weniger Großanwender und multinationaler Konzerne und verfolgt direkt oder indirekt eine bürger- und arbeitnehmerfeindliche Privatisierungspolitik. Die DPG lehnt deshalb die von der Mehrheit der Regierungskommission empfohlene „Neustrukturierung der Telekommunikation“ ab. Die DPG fordert Bundesregierung, Bundestag und politische Öffentlichkeit auf, den Empfehlungen der Regierungskommission nicht zu folgen.

Die DPG bekräftigt dagegen ihre Auffassung, daß an einer sozialstaatlich gebundenen Kommunikationsversorgung durch die Bundespost nicht gerüttelt werden darf. Die Fortentwicklung der Post- und Telekommunikationsversorgung sowie eine Modernisierung der Organisation, die volkswirtschaftliche Nutzung neuer Technologien erfordert keineswegs die von der Kommissionsmehrheit empfohlene grundsätzliche Strukturveränderung der Bundespost.

Die DPG fordert statt dessen die politische Anerkennung und Realisierung folgender Grundsätze:

– die Bundespost muß entsprechend der Kommunikationsbedürfnisse von Bürgern und Wirtschaft ihre Dienstleistungen uneinge-

schränkt anbieten, ausbauen und fortentwickeln. Dies gilt auch, wenn Dienstleistungen, die wirtschafts-, sozial- und kulturpolitisch, also gesellschaftlich sinnvoll sind, für sich allein nicht kostendeckend angeboten werden können,

– Post- und Fernmeldewesen müssen als Einheit erhalten bleiben; eine Trennung wird abgelehnt,

– die Möglichkeiten der Mischkalkulation und des internen Finanzausgleichs zwischen den und innerhalb der Dienstleistungen des Post- und Fernmeldewesens sind aufrechtzuerhalten,

– strukturelle Probleme einzelner Dienste müssen seriös analysiert und sozialverträglich gelöst werden,

– die Bundespost muß das Monopol für alle Netze im Fernmeldewesen uneingeschränkt behalten,

– Telekommunikationsdienste, die die Bundespost flächendeckend und nach einheitlichen Gebührengesetzen bereitstellt, müssen ihr ausschließlich vorbehalten bleiben; Rosinenpickerei jeder Form muß verhindert werden,

– die Bundespost muß im Sinne einer Grundversorgung die erste Kommunikationsmöglichkeit bereitstellen und sich an den übrigen Endgerätemärkten der Telekommunikation (Sprache, Bild, Daten, Text) ohne Benachteiligung betätigen können,

– die Abhängigkeit der Bundespost von anderen Bundesministern in Entscheidungen über Dienstleistungen, Personal- und Beschäftigungsfragen sowie Infrastruktur- und Investitionsmaßnahmen muß beseitigt werden,

– ein längst überfälliges einheitliches Personalrecht, das den Anforderungen einer modernen öffentlichen Daseinsvorsorge entspricht, ist endlich zu schaffen,

– gleichberechtigte Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten sind auch zum Nutzen der Postkunden zu verwirklichen.

II. Kritik an den Grundvorstellungen der Mehrheit der Regierungskommission Fernmeldewesen

Im Gegensatz zur Mehrheit der Regierungskommission Fernmeldewesen ist die DPG der Auffassung, daß die öffentliche Post- und Telekommunikationsversorgung kein historischer Fehler und auch kein überholtes sozialstaatliches Relikt ist. Sie ist vielmehr für die sozialstaatliche Weiterentwicklung unserer Gesellschaft unverzichtbar. Schon heute halten Umfang und Qualität der Dienstleistungen der Bundespost, ihr technisches Niveau und der Ausbau der Infrastruktur jedem Vergleich mit der Post- und Telekommunikationsversorgung anderer Industriestaaten nicht nur stand, sondern sind teilweise überlegen. Soweit berechtigte Kritik von Kunden der Bundespost geäußert wird, liegt deren Hauptursache in politischen Fehlentscheidungen und in den überkommenen zentralistisch-bürokratischen Verwaltungsstrukturen, die eine anforderungsgerechte Dienstleistungspolitik und Kundennähe erschweren.

Fälschlicherweise geht die Kommissionsmehrheit ganz offensichtlich von der Prämisse einer prinzipiellen Vorrangigkeit und Überlegenheit von Marktmechanismen gegenüber staatlichen Aufgaben und staatlicher Gestaltungskraft in Wirtschaftsprozessen aus. Sie entwickelt den Begriff Wettbewerb zum ideologischen Schlüsselbegriff, um dem Fernmeldewesen ein Modell überzustülpen, das sich an den Deregulierungs- bzw. Privatisierungsentscheidungen in den USA, Japan und Großbritannien orientiert. Gewachsene sozialstaatliche Strukturen bzw. die Notwendigkeit ihrer Fortentwicklung werden einfach gelehnet.

Wettbewerb darf nach Auffassung der DPG nicht als Selbstzweck verstanden werden, sondern muß im Rahmen der gesellschaftlichen Aufgabenstellung beurteilt werden. Die Mehrheit der Kom-



Kohle · Arbeit · Sicherheit

IG Bergbau und Energie

mission ignoriert trotzdem, daß öffentliche Unternehmen und Einrichtungen besser als private Unternehmen geeignet sind, Aufgaben zu erfüllen, die marktwirtschaftlich nicht oder nicht im gewünschten Umfang erbracht werden können. Öffentliche Unternehmen unterliegen nicht dem Zwang zur Gewinnmaximierung und können deshalb unmittelbar auf gesellschafts- und wirtschaftspolitische Ziele verpflichtet werden. Ferner verkennt die Mehrheit der Kommission, daß qualitatives Wachstum, Beseitigung von Massenarbeitslosigkeit und die sozialverträgliche Einführung und Anwendung neuer Technologien (einschließlich der Garantierung von Fernmeldegeheimnis und Datenschutz) nicht einen Abbau, sondern vielmehr einen Ausbau öffentlicher Verantwortung sowie demokratischer Kontrolle und Legitimation erfordern.

III. Kritik an den Kernempfehlungen der Kommissionsmehrheit

Im einzelnen begründet die DPG ihre ablehnende Haltung zu den Kernempfehlungen der Kommissionsmehrheit in folgenden Punkten:

1. Beschäftigungsinteressen

Würden die Empfehlungen der Mehrheit der Regierungskommission realisiert, hätte dies einschneidende Folgen für die Arbeits- und Lebensbedingungen der 550 000 Beschäftigten des Post- und Fernmeldewesens; zudem wären Zehntausende von Arbeitsplätzen gefährdet. Während die Kommissionsmehrheit ein Unternehmensbild skizziert, das mit einer Aktiengesellschaft vergleichbar ist, hält sie andererseits an einem Dienstrecht fest, das sich nicht an den sozialen Errungenschaften der Arbeitnehmer (z. B. gleichberechtigte Verhandlungs- und Mitbestimmungsrechte), sondern an den autoritären Vorstellungen des Beamtenrechts aus dem letzten Jahrhundert orientiert. Die Vereinbarkeit von Wettbewerb und privaten Rechtsbeziehungen nach außen und autoritärem Dienstrecht nach innen ist zumindest zweifelhaft. Tarifautonomie und gleiche Verhandlungsrechte für alle Beschäftigten gegenüber dem Vorstandsmanagement und Mitbestimmungsrechte im Verwaltungsrat, wie bei vergleichbaren Unternehmen des privaten Rechts, werden offensichtlich nicht gewollt.

Sind die Beschäftigten, was ihre Interessen angeht, für die Kommissionsmehrheit offensichtlich eine Restgröße, so werden sie dort jedoch interessant, wo sie als Kostenfaktor eine Rolle spielen: Ein verschärfter Rationalisierungsdruck durch Wettbewerb wird ausdrücklich befürwortet. Durch Personalkostenbudgetierung sollen die Führungsverantwortlichen zu mehr Flexibilität beim Personaleinsatz veranlaßt werden. Zusätzlich soll ein verstärktes Konkurrenzverhalten zwischen den Beschäftigten, z. B. durch flexiblere Gestaltung von Stellenobergrenzenregelungen und Belohnungsverfahren, angeheizt werden. Die geplante Entsolidarisierung der Beschäftigten ist offenbar Teil der von der Kommissionsmehrheit vertretenen Wettbewerbsideologie.

2. Organisation

Das nach dem Willen der Kommissionsmehrheit vorgesehene öffentliche Unternehmen Telekom soll von einem Vorstand und von Regionaldirektionen durch Manager allein nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt, die politische Verantwortung des Ministers für die Kommunikationsversorgung weitgehend eingeschränkt und die Rechte und Pflichten des Verwaltungsrates eingegrenzt werden. Die Erfahrungen mit einem vorrangig betriebswirtschaftlichen Grundsätzen verantwortlichen Vorstand der Bundesbahn und ihrem Verwaltungsrat zeigen, daß für die Beachtung und Sicherstellung sozialstaatlicher Ziele und Arbeitnehmerinteressen wenig Raum bleibt. Ein Vorstandsmodell, das eine politische Steuerung der Bundespost verhindern will, betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte in den Vordergrund stellt und die Notwendigkeit gleichberechtigter Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer negiert, bietet keine zukunftsweisende Perspektive.

3. Verbund von Post- und Fernmeldewesen; Mischkalkulation

Die zentrale Empfehlung der Kommissionsmehrheit, die organisatorische und finanzielle Einheit von Post- und Fernmeldewesen zu zerschlagen, bedroht Bestand und Zukunft einer gemeinwohlorien-

tierten Bundespost, ist der Modernisierung der Kommunikation für jedermann entgegengesetzt und würde in einem wichtigen Teil den grundsätzlich geforderten Sozialstaat zerstören.

Die Vorschläge, das Post- und Fernmeldewesen zu trennen und binnen fünf Jahren jede Form der „Quersubvention“ zwischen beiden Säulen der öffentlichen Kommunikationsversorgung zu verbieten, würde die aus volkswirtschaftlichen, sozialstaatlichen und politischen Gründen unverzichtbaren Leistungen des Postwesens aufs höchste gefährden. Es drohen sogar

- eine Einstellung von Diensten,
- eine massive Verschlechterung des Service,
- dramatische Gebührenerhöhungen und
- die Vernichtung von Arbeitsplätzen, insbesondere in strukturschwachen Gebieten.



Die Broschüre untersucht die verschiedenen Zweige der Post, fragt nach den Unternehmensstrategien und den Folgen für Beschäftigte und Kunden. Teil 1 (nr 35) zeigt u. a. die Rolle und Funktion der Bundespost sowie ihre Einbindung in Konzerninteressen.
nr 40: 84 S., 6,- DM
nr 35: 87 S., 6,- DM.

Vor allem sind bedroht:

- die umfassende Versorgung der Bevölkerung durch ein flächendeckendes Annahmestellen- und Zustellnetz;
- ein sozialstaatliches Gebührenprinzip, das die Chancengleichheit von Arm und Reich, Stadt und Land, Ballungsgebieten und der Fläche sichert;
- die Existenz nichtkostendeckender Dienste, die für die Bevölkerung unverzichtbar sind (z. B. Paketdienst, bare und halb bare Gelddienste und Zeitungsdienst);

Auch die Finanzierung notwendiger politischer betriebsfremder Lasten würde in Frage gestellt:

- die Subventionierung des Zeitungsdienstes und des Berlinverkehrs;
- die Ausgleichszahlungen für den Postverkehr mit der DDR sowie weitere internationale Verpflichtungen;
- die Konjunktur- und Mittelstandsförderung.

Mit ihren Empfehlungen verkennt die Kommissionsmehrheit, daß die Mischkalkulation die Voraussetzung für die Nutzung von Verbundleistungen zwischen körperlicher und elektronischer Kommunikation ist und in Zukunft durch die integrierende Wirkung neuer Techniken noch größere Bedeutung erhält. Die Verhinderung von „Quersubventionen“ bei Post und Telekommunikation brächte der Volkswirtschaft großen Schaden, da wertvolle Verbundvorteile nicht genutzt werden könnten.

Insbesondere ignoriert die Mehrheit der Regierungskommission bewußt, daß die Mischkalkulation innerhalb der Bundespost für jedermann nachvollziehbar, vor allem aber politisch legitimiert und gewollt ist. Erst die Möglichkeit der Mischkalkulation versetzt die

Bundespost in die Lage, ihren umfassenden Dienstleistungsauftrag zu erfüllen und jedermann, an jedem Ort, zu gleichen und sozialen Bedingungen mit modernsten Dienstleistungen der Post und Telekommunikation zu versorgen. Dies muß auch in Zukunft so bleiben.

Im übrigen sichert das Instrument der Mischkalkulation auch in der Telekommunikation die Existenz von Diensten, die für die Allgemeinheit notwendig sind (z. B. Telegrammdienst), aber nicht kostendeckend arbeiten können. Es dient darüber hinaus der Innovationsförderung, insbesondere in der Büro- und Datenkommunikation. Ohne Mischkalkulation wäre kein einziger neuer Dienst der Telekommunikation flächendeckend und zu erschwinglichen Gebühren einzuführen gewesen.

4. Netzträgerschaft

Die alleinige Netzträgerschaft und Netzverantwortung der Bundespost wird durch die Empfehlungen der Kommissionsmehrheit weitgehend ausgehöhlt. Die Kommissionsmehrheit schlägt u. a. vor:

- Kabelverbindungen zwischen Grundstücken entfernungsunabhängig weitgehend genehmigungsfrei zuzulassen, so daß private bundesweite Konzernnetze entstehen können;
- den individuellen Datenverkehr über Satelliten vom Netzmonopol auszunehmen;
- Privatfirmen einen vorrangigen Rechtsanspruch auf Überlassung von Mietleitungen zu nichtkostendeckenden Bedingungen einzuräumen.
- Privatfirmen auch als Agenturbetrieben die Möglichkeit zu verschaffen, Mietleitungen untereinander oder mit dem Wählnetz der Bundespost zusammenzuschalten und dadurch praktisch einen konkurrierenden Kommunikationsbetrieb nach dem Rosinenpickerprinzip zu ermöglichen.
- private Telefonzellen als Bestandteil des öffentlichen Netzes zuzulassen.

Darüber hinaus will die Mehrheit der Regierungskommission das „bedingte Netzmonopol“ der Bundespost ständig unter politischen Druck setzen, um Privaten Mietleitungen zum Billigsttarif zu überlassen. Anders ist die Forderung, daß alle drei Jahre seitens der Bundesregierung die Existenzberechtigung des Netzmonopols überprüft werden solle, nicht zu verstehen. Diese Empfehlungen der Kommissionsmehrheit würden zu ständigen Konflikten, für die Bundespost zu nichtkalkulierbaren Investitionsrisiken und alsbald zu einer faktischen Netzkonkurrenz führen. Dadurch werden der Infrastruktur der Bundespost, die gleichmäßige Kommunikationsversorgung aller Regionen, die Modernisierung der Fernmeldenetze und die Planungssicherheit von Herstellern und Anwendern stark gefährdet.

5. Dienste

Die Kommissionsmehrheit schlägt vor, künftig bei den Diensten zwischen Monopoleistungen, Pflichtleistungen und freien Leistungen zu unterscheiden. Die Beschränkung des Monopols nur auf den Sprachdienst (und dies auch nur vorläufig) ist abzulehnen. Sie gefährdet die flächendeckende Versorgung und damit den Infrastrukturauftrag und behindert die Entwicklung innovativer Massendienste. Die Zulassung privater Dienstanbieter im Bereich der Infrastrukturverpflichtungen der Bundespost unterläuft die Finanzkraft der Bundespost und kann zur Leistungsunfähigkeit führen.

Mit Ausnahme des Telefondienstes sollen alle anderen Dienstleistungen künftig in Konkurrenz mit privaten Unternehmen angeboten werden, obwohl von einem gleichen Wettbewerb keine Rede sein kann. Die Bundespost hat Pflichtleistungen im gesetzlichen Auftrag für jedermann und flächendeckend zu erbringen, wogegen es Privaten freisteht, die gleichen Leistungen nach eigenem Ermessen nur dann anzubieten, wenn dabei Gewinne gemacht werden. Damit wird der Rosinenpickerei Tür und Tor geöffnet.

Darüber hinaus ist es eine Fiktion der Kommissionsmehrheit, wonach die Bundespost in ihrem Verhalten gegenüber den Kunden so frei wäre wie ein Privatunternehmen. Es kennzeichnet gerade den öffentlichen Dienst, daß er mit seinem Angebot für jedermann zu gleichen Bedingungen zur Verfügung steht und sich nicht am Prinzip der Profitmaximierung orientieren darf. Dies gilt für alle Leistun-

gen der Bundespost gleichermaßen. Sie bleibt auch in Zukunft in ihrem gesamten Dienstleistungsangebot so sozialstaatlichem Handeln verpflichtet, was die Kommissionsmehrheit außer acht läßt.

6. Telefongebühren

Die Empfehlungen, die Telefongebühren im Fernverkehr den „tatsächlich entstehenden Kosten“ anzugleichen, also abzusenken, belegt eindeutig, daß die Vorschläge der Mehrheit der Regierungskommission gegen die Interessen der Masse der Verbraucher gerichtet sind. Um in erster Linie Großanwendern der Datenkommunikation wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen, wird eine willkürliche Trennung zwischen Fern- und Ortsnetz vorgenommen, obwohl sich der Nutzwert des Netzes nur aus seiner Gesamtheit ergibt. Die vorgesehene „kostenorientierte“ Gebührenpolitik hätte darüber hinaus empfindliche Gebührenerhöhungen im Nahbereich zur Folge. In jedem Fall würde durch die „kostenorientierte“ Festsetzung der Telefongebühren der Infrastrukturauftrag der Bundespost in Frage gestellt, da die Generationen übergreifenden Zukunftsinvestitionen nicht mehr zu finanzieren wären.

7. Endgerätemarkt

Die Vorschläge der Kommissionsmehrheit für die Neuordnung des Endgerätemarktes bergen große Risiken für die Kunden in sich. Dies gilt insbesondere für die Verdrängung der Bundespost aus ihrer Verantwortung für den Fernsprechnahanschluss. Die „Steckerlösung“ würde dem Kunden nur vordergründig Vorteile bieten. Denn letztlich bedeutet diese Empfehlung nichts anderes, als den bislang durch die Bundespost gebotenen Service aus einer Hand weitgehend einzuschränken. Negative Folgen z. B. bei Störungen, bei der Wartung und bei der Versorgung insbesondere dünn besiedelter Gebiete wären sehr wahrscheinlich.

Auch die empfohlene Teilnahme der Bundespost am Endgerätemarkt bietet keine Aussicht auf einen gleichberechtigten Wettbewerb. Die Bundespost bliebe verstärkt abhängig vom Wohlwollen ihrer Zulieferfirmen, die zugleich auch als Konkurrenten am Markt auftreten. Folgerichtig hätte die Kommission zumindest vorschlagen müssen, der Bundespost eine eigene Produktion zu gestatten.

IV. Appell der Deutschen Postgewerkschaft

Der Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft

– ruft alle Mitglieder auf, sich aktiv an den gewerkschaftlichen Aktionen „Sichert die Post – Rettet das Fernmeldewesen“ zu beteiligen. Die Beamten, Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden der Bundespost verteidigen mit ihren Aktivitäten ihre Arbeits- und Ausbildungsplätze, ihre beruflichen Erwartungen und ihre Arbeitsbedingungen gegen zusätzliche Arbeitshetze und Profitdenken;

– appelliert an alle Arbeitnehmer und die Kunden der Bundespost, für die Erhaltung und Fortentwicklung moderner Kommunikationsdienstleistungen durch ein einheitliches Post- und Fernmeldewesen einzutreten. Arbeitnehmer und Verbraucher sind in erster Linie auf sozialstaatlich orientierte Kommunikationsdienstleistungen angewiesen;

– fordert die Kunden der Bundespost in der Wirtschaft und alle gesellschaftlichen Gruppen auf, sich kritisch mit den Mehrheitsempfehlungen der Regierungskommission Fernmeldewesen auseinanderzusetzen. Insbesondere kleinen und mittleren Betrieben kann die Zukunft der Bundespost nicht gleichgültig sein.

Alle – insbesondere Bürger als Arbeitnehmer und Verbraucher – werden aufgefordert,

- Politiker,
- Parteien,
- politische Öffentlichkeit,
- Bundesregierung und
- Bundestag

zu überzeugen, den Empfehlungen der Regierungskommission Fernmeldewesen politisch nicht zu folgen.

Post- und Fernmeldewesen dürfen nicht zerschlagen werden!

Für eine sozialstaatliche Fortentwicklung der Bundespost!

Den privaten Postkunden droht ein blaues Wunder

Interview mit Peter Paterna, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für das Post- und Fernmeldewesen

Auf einer Pressekonferenz am 17. September in Hamburg hat der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für das Post- und Fernmeldewesen, Peter Paterna (SPD), vor den Folgen der Zerschlagung der Post gewarnt und dabei auf die Negativbeispiele England und USA verwiesen. Zu diesen Komplexen stellte NACHRICHTEN-Mitarbeiter Werner Staffen dem Experten Peter Paterna einige Fragen.

NACHRICHTEN: Welche Bereiche sollen ausgegliedert werden? Das Fernmeldemonopol soll doch bei der Post verbleiben?

Peter Paterna: Die Regierungskommission Fernmeldewesen geht von der Trennung zwischen Hoheit und Betrieb aus. Unterhalb des Postministeriums mit wenigen hundert Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen soll die Betriebsebene in drei Säulen – Postwesen, Postbankwesen und Fernmeldewesen – gegliedert werden. Über dem Netzmonopol soll sozusagen das Damoklesschwert hängen. Geplant ist, alle drei Jahre zu überprüfen, ob die Post in der von ihr erwarteten großzügigen Weise Mietleistungen zur Verfügung stellt.

Das einfache Fernsprechen soll also bis auf weiteres im Postmonopol verbleiben. Allerdings sind derartige Zusagen mit großer Vorsicht zu genießen. Wenn man die Post nur noch als reines Transportunternehmen für Bits und den ganzen Gewinn Privaten überläßt, wenn der „gelbe“ Bereich nicht mehr durch Gewinne aus dem Fernmeldewesen unterstützt werden kann, dann sind folgende Bereiche massiv bedroht:

– der gesamte Paketdienst, der auf Dauer dann nicht mehr zu erhalten sein wird.

– Es besteht die Gefahr, daß ganze Dienste wegfallen. Das beste Beispiel ist England, wo der Telegrammdienst plötzlich beseitigt wurde.

– Es besteht die Gefahr, daß Infrastrukturleistungen beseitigt werden. Auch auf diesem Gebiet gibt es negative Erfahrungen aus England. Die privatisierte „British Telecom“ stellt keine Fernsprechkablen auf. Das verursacht Kosten, die sie den Kommunen überläßt.

– Im „gelben“ Bereich wird es – wie das Beispiel USA zeigt – zu einschneidenden Verschlechterungen kommen. Wenn Sie mal versuchen, in Amerika einen normalen Brief, ein normales Paket oder ein normales Telegramm sozusagen von Privatperson an Privatperson zu verschicken, dann werden Sie Ihr blaues Wunder erleben. Das ist noch unter dem Niveau eines Entwicklungslandes.

NACHRICHTEN: Was bedeutet das für den privaten Benutzer, der z. B. von Hamburg nach Stuttgart telefonieren will?

Peter Paterna: Es kann sein, daß ein solches Telefongespräch billiger sein wird, als es heute ist, daß man beispielsweise ein Telefongespräch von Hamburg nach Stuttgart für weniger Geld führen kann als von Heide nach dem wenige Kilometer entfernten Elmsborn. Der Grund liegt darin, daß die Privaten nur an den Hochleistungsstrecken interessiert sind. Die Gewinner sind die Großkunden, die Banken, Versicherungskonzerne und die großen Handelsketten, die ihren Fernsprech- und Datenverkehr über große Strecken abwickeln. Verlieren werden die Privatkunden, denn wenn die Gebühren auf den Hochleistungsstrecken fallen, dann müßten auf der anderen Seite zwangsläufig – nur davon redet man nicht – die Gebühren für die Ortsgespräche steigen. Auch in den Großstädten besteht die Gefahr, daß der Zeittakt von 8 Minuten auf 50 Sekunden gesenkt wird.

NACHRICHTEN: Was geschieht mit den Beschäftigten, wenn ganze Bereiche privatisiert werden?

Peter Paterna: Dazu schweigt sich die Kommission aus. Die 550 000 Postbeschäftigten spielen in dem Konzept überhaupt keine Rolle. Und wenn man nachfragt, dann bekommt man folgende Ant-



wort: Natürlich werden dann im öffentlichen Bereich Arbeitsplätze verlorengehen, aber diese werden ja mehr als kompensiert durch zusätzliche Arbeitsplätze in der Privatindustrie. Auch dafür steht als Negativbeispiel die USA, wo zahlreiche Arbeitsplätze beseitigt wurden. Aber, um es noch mal zu sagen, Arbeitsplatzprobleme wurden von der Kommission überhaupt nicht beleuchtet.

NACHRICHTEN: Welche Möglichkeiten gibt es noch auf der politischen und gewerkschaftlichen Ebene, die Aufspaltung der Bundespost zu verhindern?

Peter Paterna: Ich sehe durchaus gute Chancen, die CDU und CSU beim Wort zu nehmen. Beide Parteien haben sich vor der Bundestagswahl für die Erhaltung der Post ausgesprochen. Daran wird man sie notfalls erinnern müssen. Schwieriger ist die Frage, was passiert unterhalb der Gesetzesschwelle? Es können Hunderte von Postämtern auf dem Lande schließen. Sie können die Mietleistungen unverantwortlich verbilligen und „liberal“ – wie es so schön heißt – handhaben. Und sie können die „Stecker“-Lösung – was übrigens gerade in den letzten Tagen passiert ist – einführen und damit das Monopol am einfachen Fernsprechapparat aufgeben, ohne daß überhaupt ein Komma im Gesetz geändert werden muß. Das kann man auf dem Verordnungsweg machen. Zuständig ist der Postverwaltungsrat – in dem auch ich sitze; aber wie die Mehrheitsverhältnisse aussehen werden, wird man dann feststellen können. Man kann auch vieles auf administrativem Wege machen; also durch den Postminister „per ordine de mufti“. Hier ergibt sich die Frage, ob der Widerstand bei der Bevölkerung und die Aufmerksamkeit in den Medien ausreichend sind, um genügend Gegendruck zu erzeugen. Aber für Gegendruck ist die Postgewerkschaft wohl eher zuständig.

NACHRICHTEN: Besteht die Gefahr, daß die Aufspaltung der Post quasi auf kaltem Wege vollzogen wird, wenn sich keine parlamentarischen Mehrheiten für eine entsprechende Gesetzesvorlage finden?

Peter Paterna: Das kann durchaus sein, ist aber im Augenblick schwer erkennbar. Selbst Leute aus der engsten Umgebung Schwarz-Schillings haben nicht erkennen können, wohin der Minister will. Was sich am 16. September auf der Bundespressekonferenz abgespielt hat, war natürlich ein ausgemachter Schwindel. Da ist der Kommissionsbericht übergeben worden, und Regierung sowie Postminister sagten sorgfältige Prüfung zu.

Für den Betrachter hören sich solche Worte gut an. Der Minister hat ja den Bericht erst bekommen, so meint er. Die Wahrheit ist jedoch, daß sein Staatssekretär Florian von Anfang bis Ende an jeder Kommissionssitzung teilgenommen hat, d. h., er hatte von vornherein seine Finger im Teig. Bis auf wenige Detailformulierungen standen die jetzt veröffentlichten Formulierungen seit Monaten fest. Wohlweislich verschwiegen wurde auch, daß der Postminister schon im Juni mehrere Arbeitsgruppen beauftragt hat, im einzelnen zu untersuchen, nicht ob die Empfehlungen der Kommission umgesetzt werden sollen, sondern wie sie umgesetzt werden sollen. Und diese Arbeitsgruppen haben Schwarz-Schilling bereits schriftlich Vorschläge gemacht. Der Prüfungsvorgang, von dem jetzt auf der genannten Bundespressekonferenz die Rede war, fängt nicht jetzt etwa an, sondern ist weitgehend abgeschlossen, allerdings unter der Decke.

DGB Hessen: Ausstieg aus der Kernenergie zügig vorantreiben!

Nach Auffassung des DGB-Landesbezirks Hessen müsse es vorrangiges Ziel der Energiepolitik sein, die Voraussetzungen für den Ausstieg aus der Kernenergie zu schaffen, und zwar so rasch wie möglich. Das erklärte DGB-Landesbezirksvorsitzender Karl-Heinz Jungmann Ende August auf einer Pressekonferenz, auf der ein entsprechendes Positionspapier des hessischen DGB vorgelegt wurde. Wie Jungmann weiter sagte, sei der Umstieg in eine alternative Energieversorgungsstruktur durchaus machbar. Es erfordere allerdings große Anstrengungen. Insbesondere gehe es darum, den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung zu intensivieren. Zur Information unserer Leser dokumentieren wir nachfolgend Auszüge aus dem Positionspapier.

Entwicklungstendenzen in der Stromerzeugung und im Stromverbrauch in Hessen

In der öffentlichen Stromerzeugung standen 1985 in Hessen insgesamt 5 527 Megawatt (MW) (Engpaß-)Leistung zur Verfügung. Hinzu kommen noch die Stromerzeugungskapazitäten der Industrie von rund 500 MW. Engpaßleistung ist die höchstmögliche Leistung, verfügbare Leistung ist die einsatzbereite Leistung unter Berücksichtigung von Reparaturen, zeitweiligem Kühlwassermangel usw.

Die hessische Stromerzeugung setzt sich (von den Engpaßkapazitäten her) aus folgenden Quellen zusammen:

	MW		
Kernenergie	2504	45,3%	(1978: 43,1%)
Steinkohle u. Mischfeuerung	1247,2	22,6%	(1978: 22,7%)
Heizöl	29,4	0,5%	(1978: 11,9%)
Wasser	644,6	11,7%	(1978: 11 %)
Braunkohle	258	4,7%	(1978: 8,3%)
Gas	800	14,5%	(1978: 2,4%)
Sonstige (z. B. Müll)	44,1	0,8%	(1978: 0,6%)

*) Alle Zahlen ohne besonderen Hinweis beziehen sich auf das Jahr 1985

Quelle: Hess. Stat. Landesamt, Hess. Minister für Wirtschaft und Technik, Hess. Minister für Umwelt und Energie

Die wichtigsten Kraftwerkskapazitäten in Hessen

	MW – Bruttoleistung
Biblis A und B (Kernenergie)	2504
Staudinger (Steinkohle/Erdgas)	1500
Edertalsperre (Wasser)	580
Frankfurt (4 Heizkraftwerke)	302
Borken (Braunkohle)	164*)
Wölfersheim (Braunkohle)	64
Frankfurt-Höchst (Steinkohle)	88
Offenbach (Mischfeuerung)	79
Kassel (Mischfeuerung)	70

*) ab 1987 = 103

Die vorliegenden Daten veranlassen zu folgenden Schlußfolgerungen:

a) Die Stromzuwächse folgen den Konjunkturzyklen, auch der Zuwachs der Jahre 1982–1985 ist im wesentlichen konjunkturbedingt. Der Trend der Zuwachsraten beim Stromverbrauch ist dabei jedoch schon seit über zehn Jahren rückläufig. Die Zuwachsraten betragen

im Konjunkturzyklus 1963–66 jahresdurchschnittlich	9,5%
im Konjunkturzyklus 1967–71 jahresdurchschnittlich	10,4%
im Konjunkturzyklus 1972–74 jahresdurchschnittlich	6,9%
im Konjunkturzyklus 1975–81 jahresdurchschnittlich	2,9%
1982–1985 (nur Aufschwungjahre) jahresdurchschnittlich	2,5%

(Quelle: Hess. Stat. Landesamt)

b) Auch unter Status-quo-Bedingungen wird der Stromverbrauch längerfristig kaum noch zunehmen.

c) Es kann davon ausgegangen werden, daß

– zunehmende Einsparerfolge beim Strom in Industrie und im Haushaltsbereich

– der Ausbau der dezentralen Energieversorgung (mit Kraft-Wärme-Kopplung)

– der Zubau von Kapazität auf der Grundlage heimischer Kohle

die Stromerzeugung auf Kernenergiebasis auch in Hessen mehr und mehr ersetzen. Diese Aussage erfolgt in Kenntnis der Tatsache, daß es eine „Stromerzeugung für Hessen“ nicht gibt. Die Trendannahme, daß der Stromverbrauch mittelfristig nur noch schwach und längerfristig nicht mehr steigen wird, sehr langfristig sogar sinken kann, erscheint realistisch.

Einstieg in eine neue Energieversorgungsstruktur

Dezentrale Energieversorgung – Kraft-Wärme-Kopplung

Die Sicherung unserer künftigen Energieversorgung ist modellhaft durch verschiedene Energiebereitstellungssysteme denkbar: durch zentrale Großsysteme, durch dezentrale Kleinanlagen oder – und dies dürfte der Praxis am nächsten kommen – durch Mischstrukturen, wobei in Mischstrukturen durchaus entweder die zentrale oder die dezentrale Komponente vorherrschen kann. Folglich ist es auch möglich, durch energiewirtschaftliche und energiepolitische Entscheidungen entweder die eine oder die andere Komponente zu stärken oder zurückzudrängen.

Die Position des DGB-Landesbezirks Hessen dazu ist in der Stellungnahme zum Hessischen Energiespargesetz vom November 1984 zusammengefaßt: „Dezentrale Energienutzungsanlagen sind eine wichtige Ergänzung zentraler Versorgungsstrukturen, ohne diese völlig ersetzen zu können. Dezentrale Energienutzungsanlagen erlauben eine optimale Nutzung der Primärenergie; der Energieverschwendung und Umweltbelastung wird somit entgegengewirkt. Die Kombination und sinnvolle Kooperation zentraler und dezentraler Konzeptionen sind ein Beitrag zu mehr Pluralität und Wettbewerb der Energiewirtschaft, die es erst zu schaffen gilt.“

Der DGB hat sich in der gleichen Stellungnahme insbesondere auch für den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung ausgesprochen, weil damit

1. der bisherigen Energieverschwendung entgegengewirkt werde und weil
2. durch Maßnahmen der Kraft-Wärme-Kopplung „ein erhebliches Investitionsvolumen mit beträchtlichen Arbeitsplatzauswirkungen auf den Weg“ zu bringen sei.

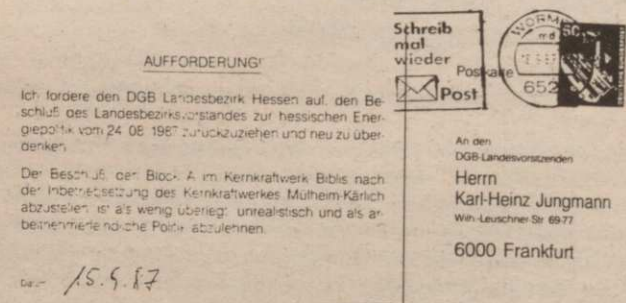
Vom Standpunkt gesamtgesellschaftlicher Rationalität ist aus Gründen des sparsamen Umgangs mit Ressourcen (hoher Nutzungsgrad), aus Gründen des Umweltschutzes (insbesondere Verringerung der Schadstoffbelastung) sowie des Arbeitsmarktes (insbesondere positive Regionaleffekte) Systemen der Kraft-Wärme-Kopplung der Vorrang zu geben. Die bisher vorliegenden Erfahrungen beim Vergleich der Wirtschaftlichkeit verschiedener Energiebereitstellungssysteme deuten auch an, daß Systeme der Kraft-Wärme-Kopplung, kombiniert mit verstärktem Energiesparen, der Kernenergie, aber auch anderen zentralen Systemen überlegen sein werden. Der Vorsprung der Kernenergie ist durch die starke Subventionierung – die Kernenergie wurde bisher mit fast 30 Milliarden DM öffentlich subventioniert – allerdings so groß und das Preisniveau noch dazu monopolistisch verzerrt, daß sich ohne massive staatliche Förderung dezentraler Systeme das Verhältnis nur sehr langsam ändern wird.

Auswirkungen dezentraler Systeme auf den Arbeitsmarkt

Es ist kaum möglich, wegen der sehr vielfältigen Multiplikator- und Akzeleratoreffekte Arbeitsmarktwirkungen exakt zu quantifizieren. Jedoch läßt sich aus gewonnenen Erfahrungen sehr wohl eine Tendenz ableiten. Nach vorliegenden Erfahrungen und Schätzungen sind die Beschäftigungseffekte, induziert durch die relativ hohen Investitionen für dezentrale Kleinanlagen größer als die Beschäftigungseffekte bei Investitionen für zentrale Großsysteme. Bei Investitionen im Bereich der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung, beim Ausbau der Nahwärme und verstärktem Energiesparen werden durch eine Investitionssumme von einer Million DM rund 10-Mann-Jahre induziert. Beim Bau eines Kernkraftwerkes werden mit einer Million Investitionssumme nur 3,5 Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen, d. h. also 3,5-Mann-Jahre. In der Betriebsphase stellt sich die Situation zwar etwas anders dar, dergestalt, daß die Unterschiede weniger groß und – global gesehen – annähernd gleich sind.

Atomlobby meldet sich

Karl-Heinz Jungmann, der hessische DGB-Landesbezirksvorsitzende, erhält zur Zeit von der Atomlobby organisierte Karten mit folgendem faksimilierten Text:



Da ein dezentrales System mit zahlreichen Investitionen verbunden ist, die wenig Folgekosten nach sich ziehen, sind auch die Arbeitsplatzwirkungen in der Folgephase entsprechend geringer als in der Investitionsphase. Jedoch liegen keinerlei Hinweise vor, daß dezentrale Systeme im Hinblick auf die quantitativen Beschäftigungswirkungen in der Betriebsphase einem zentralen System unterlegen wären. Die Frage nach den regionalpolitischen Wirkungen unterschiedlicher Energiebereitstellungssysteme läßt sich, was exakt die Quantität anbelangt, ebenfalls kaum beantworten. Doch läßt sich auch hier anhand vorliegender Erfahrungen eine Tendenz feststellen. Diese geht dahin, daß der regionale Effekt sowohl von Investitionsphasen als auch von Betriebsphasen um so größer ist, je mehr Firmen und je mehr Arbeitnehmer aus der Region selbst an dem jeweiligen Projekt beteiligt werden.

Es dürfte leicht einleuchten, daß der Ausbau der rationellen Energieverwendung sowie verstärkte Energiesparmaßnahmen für die regionale Wirtschaft und für die in der Region ansässigen Arbeitnehmer mehr Aufträge und mehr Arbeit bringen als ein Großprojekt. Dies gilt sowohl für die Investitions- als auch für die Betriebsphase. Ein Großprojekt im Rahmen eines zentralen Systems würde in der Investitionsphase überwiegend mit auswärtigen Bau-

leistungen und auswärtigen Arbeitnehmern errichtet werden. In der Betriebsphase würden Arbeitnehmer, die schon früher in der Region ansässig waren, in einer Minderheit sein.

Von Investitionen und Konsum gehen Folgewirkungen (Multiplikator- und Akzeleratoreffekte) aus, die sich für die Region um so positiver darstellen, je mehr Nachfrage „vor Ort“ eingesetzt wird. Eine Verstärkung der dezentralen Komponente des Energiebereitstellungssystems wäre daher auch eine Stärkung der strukturschwachen Region. Bei einem Großprojekt würde zwar effektive Nachfrage durch eben dieses Projekt in einer Region entstehen, doch diese Nachfrage würde zu einem großen Teil in der Region nicht wirksam werden, weil die positiven Folgewirkungen an den Standorten der von außen beteiligten Unternehmen und an den Wohnorten der von außen herangezogenen Arbeitnehmer auftreten würden.

Es ist notwendig, nicht nur die Zahl der zu schaffenden bzw. der zu erhaltenden Arbeitsplätze zu sehen, sondern auch die Frage nach deren Qualität und Sicherheit zu stellen. Nach allen Erfahrungen sind nur umwelt- und sozialverträgliche Arbeitsplätze langfristig auch sichere Arbeitsplätze, während Arbeitsplätze umwelt- und energiepolitisch umstrittener Anlagen als unsicher angesehen werden müssen. Daher ist es von der Beschäftigungspolitik her ein Gebot der Vernunft, die dezentrale Komponente in unserem Energieversorgungssystem erheblich zu verstärken. Bis zur Jahrtausendwende und darüber hinaus gibt es hier ein erhebliches Investitionspotential mit beträchtlichen Arbeitsplatzauswirkungen; dieses Investitionspotential ist auch nicht abhängig von den Standortentscheidungen eines Energiekonzerns, sondern kann gezielt dahin gelenkt werden, wo energiewirtschaftlich und arbeitsmarktpolitisch Bedarf vorhanden ist.

Forderungen des DGB

Energiesparen und rationelle Energieversorgung

Nach dem Willen der neuen Regierungskoalition in Hessen soll das Hessische Energiespargesetz novelliert werden; dabei sind Richtung und Ausmaß noch unklar. Der DGB läßt keinen Zweifel daran, daß er dieses Gesetz unterstützt hat und die Inhalte weiter stützen wird. Er sieht daher auch keinerlei Novellierungsbedarf. Vielmehr sind die Grundsätze und der Förderrahmen angemessen fortzuschreiben.

Der DGB fordert

– Fortsetzung der Förderung des Energiesparens im Mietwohnungsbestand. Wegen der Abwälzbarkeit von Heizkosten sind die Eigentümer von Mietwohnungen an energiesparenden Investitionen nicht von vornherein interessiert. Daher sollten auch von Mietern vorgenommene Investitionen in bestimmtem Umfang in die Förderung einbezogen werden.

– Fortsetzung des Energiesparens in landeseigenen Gebäuden und Einrichtungen, insbesondere Universitäten, und Verknüpfung der Sparmaßnahmen mit örtlichen Energieversorgungskonzepten.

– Fortsetzung der Förderung von dezentralen Energiesystemen, insbesondere

★ Kohleheizkraftwerken mit moderner Umwelttechnik und optimaler Nutzung der eingesetzten Energie durch Ausbau der Fernwärme. Dabei kommt dem Standort Kassel auch wegen der Aufrechterhaltung der Förderung nordhessischer Braunkohle besondere Bedeutung zu;

- ★ Umrüstung bestehender Heizwerke zu Heizkraftwerken;
- ★ der Wasserkraftnutzung;
- ★ der Wärmerückgewinnung und Abwärmenutzung;
- ★ Blockheizkraftwerken mit Nahwärmeanschluß;
- ★ Klär- und Deponiegasnutzung;
- ★ Solarenergienutzung.

– Fortsetzung der Förderung von Forschung und Entwicklung alternativer Energien und des Energiesparens sowie von Demonstrationsanlagen.

– Fortsetzung der Verbraucheraufklärung über die Einsparmöglichkeiten von Strom im Haushaltsbereich. Ohne auf bestimmte Modelle und Daten von Einsparungen einzugehen, soll doch betont werden, daß insbesondere durch Einsatz moderner Geräte noch erhebliche Einsparpotentiale vorhanden sind.

Energieversorgungskonzepte

Die Weiterführung der Förderung kommunaler und regionaler Energieversorgungskonzepte ist als ein besonders wichtiger Bestandteil einer Reformpolitik anzusehen. Ein Energieversorgungskonzept ist nicht nur eine Handlungsanleitung für mögliche Sparmaßnahmen auf verschiedenen Ebenen, sondern eine Perspektivplanung, die insbesondere Antwort auf die Fragen gibt,

– wie die Energieversorgung in der Kommune/Region insgesamt in der Zukunft aussehen soll,

– wer deren Träger sein soll,

– welche Energien zum Einsatz kommen und welche zurückgedrängt werden sollen,

– unter welchen Voraussetzungen und mit welchem Mitteleinsatz Einsparungen zu erwarten sind und

– welche Maßnahmen insgesamt zu ergreifen sind und welche Kosten/Entlastungen dabei zu erwarten sind.

Ein Energiekonzept sollte folgende grundsätzliche Mindestanforderungen erfüllen:

a) Es sind – nach einer Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Versorgung – Alternativen der Bereitstellung von Energiedienstleistungen zu entwickeln und hinsichtlich ihrer Umwelt- und Sozialverträglichkeit sowie der betriebswirtschaftlichen und energiepolitischen Gesichtspunkte zu vergleichen.

b) Neben den Angeboten an verfügbaren Energieträgern und -quellen ist die Nachfrage nach den verschiedenen Formen von Nutzenergie zu untersuchen. Bei der Abstimmung von Angebot und Nachfrage sind insbesondere energiebedarfs- und energieverbrauchssenkende Maßnahmen zu untersuchen. Die erforderlichen Schritte zur Verwirklichung der abgestimmten technischen und organisatorischen Maßnahmen sind darzulegen.

c) Die von den Energiekonzepten betroffenen Unternehmen und Bürger sind an der Energieentwicklung und Verwirklichung der Konzepte zu beteiligen.

d) Bei der Entwicklung des Energiekonzepts ist besonderer Wert auf die Einsparung nichterneuerbarer Primärenergie und die Ermittlung sinnvoller Nutzungsmöglichkeiten für Abwärme und regenerative Energien zu legen. Vorrangig ist zu prüfen, welche Möglichkeiten zur dezentralen Stromerzeugung und -verteilung im kommunalen Bereich in Frage kommen.

Ein Hauptansatzpunkt ist dabei die Umstrukturierung des Niedertemperatur-Wärmemarktes unter dem Gesichtspunkt der Energieeinsparung und rationellen Energieverwendung. Dabei kommt der Einsparung von Mineralöl – nicht zuletzt auch wegen der damit verbundenen Verminderung von Schadstoffemissionen bei Einzelfeuerungsanlagen – besonderes Gewicht zu. Allerdings darf der Grundsatz „Weg vom Öl“ nicht zu dem „Ausweg“ „Hin zum Gas“, sondern nur dahin führen, daß die Nahwärme im Verbund mit der Stromerzeugung optimal ausgebaut und genutzt wird.

Die oft als Vorteil angesehene Preiswürdigkeit des Erdgases geht von den heute bestehenden Preisen aus. Bei einer Verstärkung des Gasanteils und entsprechender Erhöhung der Nachfrage ist ein Anstieg der Gaspreise zu erwarten. In diesem Zusammenhang ist zu bedenken, daß Investitionsentscheidungen zugunsten eines bestimmten Heizenergieträgers auf lange Sicht nicht umkehrbar sind.

Eine Ausweitung des Gasanteils führt erstens nicht zu einer sinnvollen Mischung der Energieträger mit dem Ziel, Versorgungsrisi-

ken zu begrenzen. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund, daß es sich bei Erdgas um einen importierten Energieträger handelt. Eine einseitige Versorgungsstruktur wäre vorprogrammiert. Zweitens würden die Möglichkeiten, zu einem hohen Energienutzungsgrad zu kommen, vergeblich. Es bliebe bei der gegenwärtigen Versorgungsstruktur, die durch eine weitgehende Trennung von Stromerzeugung und Wärmeversorgung und damit durch Verschwendung gekennzeichnet ist.

Daher ist zu erwarten, daß Initiativen, die Energieversorgung auf örtlicher und regionaler Ebene neu zu regeln, die Kraft-Wärme-Kopplung auszubauen und den kommunalen Einfluß zu stärken, auf den Widerstand zentraler Versorger stoßen wird, wie Erfahrungen der Vergangenheit zeigen. Jede Stärkung kommunaler Aktivitäten wird als unerwünscht, den Expansionsinteressen zuwiderlaufende Konkurrenz angesehen und als „Eingriff in die Marktwirtschaft“ verurteilt. Die (Re-)Aktivierung örtlicher Energiepolitik ist aber nicht nur ein Beitrag zu mehr energiewirtschaftlicher Pluralität und Rationalität, sondern bietet auch den örtlichen politischen Kräften – und somit tendenziell auch den DGB-Ortskartellen – mehr Einflußmöglichkeiten.

Landesenergiebeirat und regionale Beiräte

Der DGB erneuert seine Forderung, zur Herstellung eines breiten öffentlichen Konsenses in energiepolitischen Fragen auf Landesebene einen Energiebeirat zu bilden. Das gleiche gilt auf der regionalen Ebene, insbesondere im Zusammenhang mit der Erarbeitung regionaler und kommunaler Energieversorgungskonzepte. In den Beiräten ist eine maßgebliche gewerkschaftliche Beteiligung sicherzustellen.

Neue Werkstoffe – Risiken und Chancen für Arbeitnehmer

Am 13. August stellte Jochen Richert, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands, auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf eine Dokumentation über neue Werkstoffe vor. Bereits heute sei festzustellen, daß Entwicklung und Einsatz neuer Werkstoffe mit zahlreichen Risiken verbunden sind. Unter anderem würden sie mit dem Ziel der Rationalisierung eingesetzt und führten zu Arbeitsplatzverlusten. Andere negative Aspekte seien neue Gesundheitsgefahren am Arbeitsplatz, die Verdrängung von Frauen aus ganzen Produktionsbereichen sowie neue Umweltbelastungen. Namens des DGB schlug Jochen Richert vor, daß sich die neu einzusetzende Enquetekommission „Technik – Folgen – Abschätzung“ des Bundestages „speziell mit den neuen Werkstoffen und ihren Folgen für Arbeitnehmer und Umwelt auseinandersetzt“. Zugleich sprach er sich für mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beschäftigten im Planungsprozeß für neue Werkstoffe aus. Nachfolgend dokumentieren wir aus Kapitel 5 der 77seitigen Dokumentation mit der Überschrift „Neue Werkstoffe – alte Risiken“ Auszüge.

Die krisenhafte Wirtschaftsentwicklung in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre und zu Beginn der achtziger Jahre hat zu einer „Neuentdeckung“ der staatlichen Industrie- und Technologiepolitik geführt. Mit ihrer Hilfe, genauer: durch die innovationsorientierte Förderung der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien, soll nun erreicht werden, was weder der keynesianischen Nachfragebelebung noch ihrem konservativen Gegenstück, dem Monetarismus, gelang: die Stärkung nationaler Industrien im harten internationalen Wettbewerb, die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Entwicklung, der Abbau der Arbeitslosigkeit sowie die Überwindung der Umweltzerstörung.

Besondere Aufmerksamkeit wird in diesem Zusammenhang der staatlichen Förderung vermeintlich zukunftsträchtiger Technolo-

gien zuteil. Als solche gelten vor allem die Informations- und Kommunikationstechnik, die Bio- und Gentechnologie sowie – seit kurzem – neue, für spezifische Anwendungen maßgeschneiderte Werkstoffe. Durch deren Entwicklung und Anwendung, so wird vielfach argumentiert, eröffnen sich den Industriegesellschaften neue Zukunftschancen. Neue Werkstoffe sollen die Industriegesellschaften befähigen, so erfahren Leser zusammenfassender Überblicksartikel in einem amerikanischen Wissenschaftsmagazin unlängst, „drängende Probleme anders und wirksamer als bisher anzugehen, insbesondere sich auf die Erschöpfbarkeit von Rohstoffquellen einzustellen, das Wirtschaftswachstum in Gang zu halten und die Wertschöpfung zu fördern“. Darüber hinaus wird hervorgehoben, daß neue und verbesserte Werkstoffe hohe Energieeinsparungen ermöglichen und die Sicherheit sowie die Zuverlässigkeit technischer Produkte erhöhen.

Überzeugende empirische Belege zur Untermauerung ihrer optimistischen Erwartungen vermochten die Vertreter dieser Auffassungen bislang nicht beizubringen. Bemühungen um eine vorausschauende Abschätzung und Bewertung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Technikfolgen auf dem Feld neuer Werkstoffe fehlen bisher. Statt dessen wird das „Prinzip Hoffnung“ verkündet und mit Plausibilitätsannahmen begründet. Kritische Einwände werden mit Verweisen auf die bereits vorliegenden Marktprognosen abgetan. Deren grundlegende Konzepte basieren zumeist auf der Annahme einer autonomen Technologieentwicklung (technology push) deren spezifischen technischen und wirtschaftlichen Eigenschaften ihnen quasi automatisch zur Durchsetzung und zu Markt- und Wettbewerbserfolgen verhelfen!

Dabei wird übersehen, daß die Entwicklung und Durchsetzung neuer Technologien im Rahmen der Wechselwirkung zwischen einzelwirtschaftlichen Interessen, gesellschaftlichen Machtverhältnissen und kulturellen Wertvorstellungen erfolgt. Keineswegs gewährleistet dabei ist, daß die sich durchsetzende Technologie im Einklang mit sozialen und ökologischen Zielen der gesellschaftlichen Entwicklung steht. Im Hinblick auf die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer ist dies folgenreich: Weder neue Technologien im allgemeinen noch neue Werkstoffe im besonderen verfügen über einen Automatismus, der im Zusammenhang mit dem technisch-organisatorischen Wandel zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen führt.

Die Gewerkschaften teilen nicht die in modischen Zukunftsszenarien vorgenommene naive Gleichsetzung des technisch-industriellen Fortschritts mit einem sozial-kulturellen Fortschritt. Betriebliche und gesellschaftliche Erfahrungen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften begründen vielmehr die Auffassung, daß der wirtschaftlich-technische Wandel die Interessen der Arbeitnehmer an sicherer Beschäftigung, ausreichendem Einkommen, an einer qualifizierten und die Gesundheit nicht beeinträchtigenden Tätigkeit in vielfältiger Weise sozial negativ beeinflussen kann. Die Entwicklung und Anwendung neuer Werkstoffe macht davon keine Ausnahme. Auch sie hat Auswirkungen auf die Beschäftigung, die Qualifikationsanforderungen, die Arbeitsbedingungen und die Gesundheit der Arbeitnehmer.

Trotz des Mangels an vorausschauenden TA-Analysen auf dem Feld neuer Werkstoffe lassen sich ... erste Schlußfolgerungen hinsichtlich ihrer möglichen Auswirkungen auf Arbeit und Umwelt ziehen. Dabei ist davon auszugehen, daß der Wandel betrieblicher Produktions- und Arbeitsprozesse infolge der Herstellung und Verarbeitung neuer Werkstoffe in einem engen Zusammenhang steht mit der computertechnischen Informatisierung und Automatisierung der Produktion. Dabei unterstützen die an die moderne Werkstofftechnologie gekoppelten Herstellungs- und Verarbeitungsverfahren ... „den Übergang von Arbeits- und Steuerungsfunktionen an die Maschinen“ und bewirken „eine wachsende Selbstregulierungsfähigkeit der Anlagen“. In ersten Ansätzen sichtbar sind die mit dieser Entwicklung einhergehenden arbeitspolitischen Auswirkungen auf dem Feld der stoffverformenden Fertigung, insbesondere beim Einsatz spanender Werkzeugmaschinen in der metallverarbeitenden Industrie.

Das Beispiel der CNC-Werkzeugmaschinen

Durch die Integration von computergesteuerten Bearbeitungsma-

schinen, neuen Werkstoffen und Formgebungsverfahren werden bisher dominierende Fertigungstechniken ersetzt. Als Folge davon wird der Bedarf an spanenden Werkzeugmaschinen – und damit die Beschäftigung von Metallfacharbeitern – in Zukunft erheblich schrumpfen. Die Situation spanender Werkzeugmaschinen derzeit gleicht jener Situation von Pferdedroschken zu Beginn des 20. Jahrhunderts – dies ist das Ergebnis einer vom Battelle-Institut durchgeführten Untersuchung über „Auswirkungen neuer Bearbeitungstechniken und neuer Werkstoffe auf den Einsatz spanender Verfahren“.

Den schrumpfenden Bedarf an computernumerisch gesteuerten (CNC-)Werkzeugmaschinen führt Battelle auf folgende Einflußfaktoren zurück:

- die rasante Entwicklung der Mikroelektronik, die zu einer flexiblen Automatisierung in der Teilefertigung führt;
- die Hochgeschwindigkeitsbearbeitung infolge des Einsatzes keramischer Schneidwerkstoffe, welche Zerspanungszeiten reduziert und den Maschinenbedarf verringert;
- neue Werkstoffe (wie z. B. spritzfähige, verstärkte Thermoplaste), die spanend geformte Metallteile ersetzen;
- neue Bearbeitungstechniken und endkonturnahe Formgebungsverfahren (Laserbearbeitung, Pulvermetallurgie, Präzisionsschneiden), die eine spanende Bearbeitung weitgehend überflüssig machen, sowie
- die Rationalisierung in den Anwenderbranchen (z. B. durch Verringerung der Zahl der Teile/Werkstücke, durch den Ersatz der Mechanik infolge des Einsatzes von Elektronik).

Wenn bis zum Jahre 2000 alle neuen Werkzeugmaschinen computernumerisch gesteuert sind und über die erwähnten Rationalisierungsmöglichkeiten hinaus weitere Rationalisierungspotentiale der CNC-Technik ausgeschöpft werden (z. B. durch Dreischichtbetrieb, automatischen Werkzeugwechsel und die Verringerung der Mehrfachbearbeitung), dann verringert sich der Inlandsbedarf (gegenüber 100 konventionellen Maschinen) auf nur noch knapp 30 v. H.!

Für die Metallfacharbeiter dürfte ein sinkender Bedarf an spanenden Werkzeugmaschinen mit weitreichenden Folgen verbunden sein. Er führt zu einer einschneidenden Verringerung von Beschäftigungsmöglichkeiten, er bewirkt eine Ausweitung der Schichtarbeit und führt für die verbleibenden Maschinenarbeiter zu gravierenden Veränderungen ihrer Arbeitsbedingungen, die selbst im Rahmen von positiv zu bewertenden arbeitsorganisatorischen Gestaltungsmaßnahmen kaum ausreichend aufzufangen sind. Dabei wächst die Gefahr gesundheitsgefährdender Belastungen durch eine Zunahme körperlicher Belastungen sowie durch die fortschreitende Chemisierung des Zerspanungsprozesses. In einer ersten, von der IG Metall vorgelegten Untersuchung über „Gesundheitsprobleme an numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen“ wird darauf hingewiesen, daß die fortschreitende Automatisierung keineswegs eine Tendenz zu einer abnehmenden Belastung durch körperliche Arbeit bewirkt. Im einzelnen wird dazu folgendes ausgeführt:

- „1. Die enorm gesteigerten Zerspanungsleistungen der numerischen Werkzeugmaschinen bedingen natürlich einen schnelleren Werkstückwechselrhythmus, d. h., die Anzahl der innerhalb einer Schicht zu bewegenden Teile erhöht sich.
2. Prozeßzeiten gelten in der Arbeitswissenschaft als sogenannte erholungswirksame Zeiten. Kürzere Prozeßzeiten sind also gleichzusetzen mit einem sinkenden Anteil erholungswirksamer Zeiten.
3. Die Tendenz, in die Prozeßzeiten zusätzliche „Füllarbeiten“ (z. B. Mehrmaschinenbedienung) hineinzulegen, führt zu einer weiteren Reduzierung erholungswirksamer Zeitanteile.“

Darüber hinaus weist die Untersuchung zugleich auf eine steigende Zahl von Hautallergien und Reizungen der Schleimhäute bei den Metallarbeitern hin. Diese stehen im Zusammenhang mit der Chemisierung des Zerspanungsprozesses:

„Schnellere Zerspanung bedingt höhere Zerspanungsparameter (Umdrehungszahlen, Schnittgeschwindigkeiten, Schnitttiefe), und

dabei entstehen Prozeßbedingungen, denen mit den klassischen Bohrwasseremulsionen nicht mehr beizukommen war. Andererseits findet auch eine ständige Substitution der Werkstoffe hin zu verschleißfesteren Werkstoffarten statt, deren Zerspanungseigenschaften durch geeignete Kühl- und Schmierstoffe positiv beeinflusst werden müssen. Es ist bittere Realität, daß bei der Entwicklung dieser „Prozeßbeschleuniger“ deren technische, nicht aber deren Wirkung auf den menschlichen Körper und die Umwelt im Mittelpunkt steht. Bei den meisten der heute den Kühl- und Schmiermitteln zugesetzten Stoffen kann man davon ausgehen, daß sie gesundheitsschädliche Bestandteile enthalten.“

Die gesundheitlichen Risiken des zunehmenden Kühl- und Schmiermitteleinsatzes werden dabei betrieblichen Erfahrungen zufolge vielfach durch konstruktive Mängel der Kühlsysteme an den Bearbeitungsmaschinen verstärkt. Die unzureichend ausgelegten Kühlaggregate bewirken, „daß die von der Zerspanung zurücklaufende Kühlmittelflüssigkeit keine genügende Verweildauer im Kühlbehälter aufweist und noch vorgewärmt weiterverwendet und damit auch weiter aufgewärmt wird.“

Bei großen Zerspanungsoperationen mit hoher Wärmeentwicklung verdunstet dabei das den Kühl- und Schmiermitteln beigefügte Wasser. So kommen relativ schnell stark veränderte Emulsionen oder aber auch die reinen Zusätze zum Einsatz. Die Maschinenarbeiter werden dabei durch direkten Hautkontakt, die gesamte Maschinenumgebung über den Umweg der Verdampfung belastet. Verschärft wird die Situation noch über die mit den hohen Umfangsgeschwindigkeiten verbundenen Zerstäubungseffekte der Prozeßabläufe. Diese Feinstpartikel von Kühl- und Schmiermitteln lagern sich in der Luft ab und gelangen mit der Atmung in den menschlichen Körper.“

Die betriebliche Integration neuer Informationstechnologien und neuer Werkstoffe, dies kann an dieser Stelle zusammenfassend festgehalten werden, geht für die Arbeitnehmer mit erheblichen Beschäftigungs- und Gesundheitsrisiken einher. Das Beispiel der weitreichenden Folgen der Integration neuer Bearbeitungstechniken und neuer Werkstoffe für den Produktions- und Arbeitsprozeß in der Metallverarbeitung kann dabei nicht als Ausnahme gelten. Durchaus vergleichbare, die Gesundheit beeinträchtigende Entwicklungen lassen sich auch in einer anderen, als zukunftssträchtig geltenden Branche mit vermeintlich „sauberen Jobs“ beobachten – nämlich in der Halbleiter- und Elektronikindustrie ...

Auszüge aus der Rede Ernst Haars in Bonn

Vor den mehr als 25000 Eisenbahnern, die am 10. September in Bonn gegen Kahlschlag bei der Bahn protestierten, hielt GdED-Vorsitzender Ernst Haar eine vielfach beachtete Rede. Er kündigte weitere große Aktionen an, falls dem Bahnsterben und der damit einhergehenden Vernichtung von Arbeitsplätzen nicht Einhalt geboten wird. Nachfolgend dokumentieren wir Auszüge aus seinem schriftlichen Redemanuskript.

Dies ist der größte bundesweite Massenprotest der Eisenbahner seit 1945. Über 25000 Kolleginnen und Kollegen sind heute nach Bonn gekommen. Wir sind nicht scharf auf Demonstrationen. Jedermann wird den Eisenbahnerinnen und Eisenbahnern bestätigen, daß sie besonnen sind. Aber man muß die Entwicklung sehen. Die Deutsche Bundesbahn war nach 1945 der größte Arbeitgeber in Europa. Über 500000 Arbeitsplätze standen zur Verfügung. Heute sind es nur noch die Hälfte. Und trotzdem verkauft der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bundesbahn es freudestrahlend als Erfolgsrezept, daß bei der Bahn monatlich jahrein, jahraus 1000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Ich wiederhole: tausend Arbeitsplätze monatlich.

In Wahrheit führt dieser Weg nicht zur Gesundung, sondern zum Ausverkauf der Bahn. Denn dieser Ausverkauf der Bahn geht weiter. Nach Schließung von AWen (Ausbesserungswerken) droht Pri-

vatisierung und Ausverkauf des Baudienstes mit Gleisbauhöfen und Bahnmeistereien, der Bahnstromversorgung, des Reinigungsdienstes, der Busdienste, der Güterabfertigung und des Stückgutladedienstes, des Fahndungsdienstes und anderer Dienststellenbereiche. Unter dem Strich kann das die Vernichtung von weiteren 40000 Arbeitsplätzen bedeuten. Mit dieser Politik wird der große Kahlschlag unserer Arbeitsplätze sinnlos fortgesetzt.

Deswegen sagen wir: Jetzt reicht's, das Maß ist voll! Und deshalb demonstrieren wir heute in Bonn gegen den Ausverkauf der Bahn. Gegen die Privatisierung und den Verlust unserer Arbeits- und Ausbildungsplätze. Wir protestieren gegen die seit Jahren übertriebene Einsparungspolitik und gegen unannehmbare Arbeitszeitverschlechterungen. Wenn die Arroganz der Macht bei den Regierenden in Bonn dazu führt, daß Sachargumente, die wir seit Jahren vortragen, mit Kanzleitrost in den Wind geschlagen werden, dann waren alle Opfer, die wir erbracht haben, umsonst.

Wir lassen nicht zu, daß die Bahn mit Intercity-Tempo in die Pleite geführt wird. Und ich sage euch, wenn die Verkehrs- und Bahnpolitik der Bundesregierung nicht endlich den Weg der Vernunft einschlägt, dann wird dies nicht unsere letzte große Aktion sein, dann werden weitere Aktionen folgen. Das wollen wir, die wir heute hier versammelt sind, uns gegenseitig fest und unerschütterlich versprechen. Wir wollen für ein umfassendes und sicheres Angebot im Schienenverkehr sorgen: für die Bevölkerung, für den Umweltschutz, für das Gemeinwohl auch für die Gebiete außerhalb der städtischen Ballungsräume, für das menschliche Leben, damit eben nicht um uns herum die Gift-Lkws hochgehen wie die Bomben im Krieg, damit eben nicht die Luft verpestet, das Trinkwasser verseucht und der Straßenlärm zur Folter wird, damit endlich das Massensterben auf unseren Straßen aufhört.

Die Bundesrepublik Deutschland darf nicht durch den schamlosen Slogan: „Freie Fahrt für freie Bürger“ zu einer Nation der Lemminge werden, die sich stumpf und gefühllos mit dem Unfalltod auf unseren Straßen abfindet. In jeweils weniger als 60 Minuten erleidet ein Mensch den Verkehrstod, rund um die Uhr, Jahr für Jahr in unserem Land.

Das sind die Realitäten im Verkehr. Aber leider ist auch etwas anderes nackte Wirklichkeit, nämlich das Bahnsterben. Die Bundesbahn wirbt mit rosaroten Zeiten. „Wir schaffen die neue Bahn“, steht auf den Plakaten. Was aber ist die Wahrheit? Fortschreiten der Privatisierungsdruck, Streckenstilllegungen, Werkschließungen, der Wegfall von Dienstleistungen, der Verkauf von Bahnanlagen, die unter politischem Druck sich verschärfende Verringerung des Angebots, der planmäßige Abbau an Lebensqualität.

Dies alles ist für uns kein glaubwürdiger Weg zur neuen Bahn. Das ist das Gegenteil. Die FDP ruft mit einer Überheblichkeit ohnegleichen nach Privatisierung. Die Unionsparteien winden sich kreuz und quer und weisen seit Jahren jede Initiative für die Bahn mit der Begründung ab: kein Handlungsbedarf. Das ist die neue Vokabel für das Nichtstun. Und die Bundesregierung steht daneben und schaut zu, wie immer noch mehr Güter- und Personenverkehr von der Schiene weggeht und auf die Straßen gequetscht wird.

Ein Beispiel: die angekündigte Schließung von über tausend Güterbahnhöfen und diametral die Forderung aller Bundestagsfraktionen „Gefährliche Güter müssen auf die Schiene“. Es gibt Empfehlungen zur Privatisierung der Bahnstromversorgung. Schwarze Sheriffs werden herumlaufen, wenn der Fahndungsdienst an Private geht. Auf die Güterabfertigung mit dem Stückgutladedienst will man verzichten. Über den Ausverkauf des Baudienstes mit Gleisbauhöfen und Bahnmeistereien werden Pläne geschmiedet. Der Nah- und Regionalverkehr geht von der Schiene auf die Straße. Und immer noch sind Privatisierungswühler dabei, die Busbereiche ganz von der Bahn abzuschneiden. Im Werkstättendienst grassiert nackte Angst. Scheibchenweise wird ohne offizielles Konzept verkauft und geschlossen.

Und weiter: Nach dem Vorschlag des Hauptprüfungsamtes soll die Wagenreinigung völlig privatisiert werden. Die Werkbewachung und Werkreinigung in Bahnregie soll wegfallen, ebenso die Instandhaltung der Containerkrananlagen, außerdem Umbau und Revision der Citybahnwagen, die Reparatur von beschädigten Loks. Es gei-

stern Vorschläge herum zum völligen Stopp eigener Fertigung von Ersatzstoffen und Ersatzteilen. Es gibt Papiere zur Privatisierung im Vegetationsanbau. Und, und, und.

Dies ist ein Netzwerk. Glaube keiner, er habe damit nichts zu tun. Denke niemand, sein Arbeitsbereich sei gegen Vernichtung sicher. Seine Dienststelle werde möglicherweise geschont. Kein Wunder, Unsicherheit und Mißtrauen ist bei den Eisenbahnern eingekehrt. Herr Bundeskanzler, ist das die Einlösung ihres Versprechens vom Sommer letzten Jahres, bei der Bahn werde sich etwas tun, der Bahn müsse geholfen werden? Sie haben sogar formuliert, in vielerlei Hinsicht, auch finanziell und strukturell. Die Antwort sind Sie uns bis heute schuldig geblieben...

Wir pfeifen auf schöne Worte. Damit könnten wir nämlich schon lange einen Großhandel aufmachen: Renaissance der Schiene, neue Blütezeit der Bahn, große Zukunft des öffentlichen Verkehrs. Das haben wir massenweise auf Lager. Nein, wir wollen Taten sehen. Lieber kleine Schritte – die aber stetig und langfristig – als aufgeblasene große Worte. Zweimal im Jahr, zu Ostern und zu Weihnachten. Oder kurz vor irgendwelchen Wahlen. Da klopft man den Eisenbahnern auf die Schulter und sagt: Ihr seid brave und zuverlässige Leute und trägt die Rationalisierung mit, dafür danken wir euch.



Rosarot soll sie sein, die Zukunft der Bahn. Aber Rationalisierung, Streckenstilllegungen usw. zeichnen ein düsteres Bild. Pahlke zeigt die Bahn im Geflecht der Verkehrspolitik insgesamt.

96 Seiten, 6 DM (Abo: 5,- DM), Bestell-Nr. 065.

Ich frage jeden von euch: Was steht unserer Eselsgeduld im Ertragen einschneidender Maßnahmen gegenüber? Was hat man uns denn dafür gegeben? Hat das die Arbeitsplätze sicherer gemacht? Nein. Haben sie den Azubis eine Zukunft im erlernten Bahnberuf gesichert? Nein. Haben sie den Nahverkehr attraktiver gemacht? Nein. Haben sie die Bahn kundenfreundlicher gemacht? Ja! In den Zügen und Abteilen erster Klasse! Bringen sie den Schwerverkehr auf die Schiene? Keineswegs. Oder als Beispiel für die Entwicklung im Berufsverkehr. Geben sie der Umwelt eine faire Chance? Überhaupt nicht. Aber dem Eisenbahner an die Gurgel gehen, das wird praktiziert...

Vieles, was wir zum Einsatz für die Bahn erwartet haben, hat man gegen uns gerichtet: eiskalt – planvoll – mit messerscharfer Methode. Zerschlagen, verscherbeln, zertrümmern, wegschneiden, ausquetschen, aushöhlen, kleinschneiden. Das sind Teile einer in Bonn gewollten und in Frankfurt generalstabsmäßig vollzogenen Unternehmenspolitik. Das Wort Unternehmensphilosophie lassen wir ohnehin nicht gelten. Was haben denn Kant, Voltaire, Hegel, Spinoza gemeinsam mit Wortakrobatik und Vernebelung? Corporate identity! Wo soll sie denn herkommen – unsere Identifizierung mit dem Unternehmen? Ja, das haben wir mal gehabt. Ohne daß es dieses aufgeblasene Wort dafür schon gegeben hätte. Ich erinnere an die Hungerzeit nach 1945. Jetzt macht man vieles mit Banalitäten, mit trivialen Pfeil- und Kästchenmalereien kaputt.

Kolleginnen und Kollegen, wir sind gegen die Wand gedrückt worden, und jeden Tag wird das weiter versucht. Aber wir wissen es, wir haben nichts zu verlieren, wir haben wirklich nur zu gewinnen. Ich wiederhole es: Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Max Faulhaber: An der falschen Front, Kollege Rappe!

Der Vorsitzende der IG Chemie – Papier – Keramik (IG ChPK), Hermann Rappe, hat sich auf der Beiratstagung seiner Gewerkschaft am 15. Juni 1987 in Fulda in seinem Referat mit der Gewerkschaftspolitik der Kommunisten, nach 1945 und heute, auseinandergesetzt, ihnen dabei unterstellt, diese Politik ziele „noch immer“ auf die „Zerschlagung der freien Gewerkschaftsbewegung und ihre Überführung in den verlängerten Arm der Partei zur Disziplinierung und Anpassung der Massen“. NACHRICHTEN haben sich damit in Heft 7/87, Seite 25, auseinandergesetzt. Als selbst Angesprochener schrieb am 17. August Max Faulhaber, gerade 83 Jahre alt geworden, aktiv beim Aufbau der Einheitsgewerkschaft beteiligt, an den IG-Chemie-Vorsitzenden, um einige Fakten in Rappes Geschichtsdarstellung zu korrigieren. Wir veröffentlichen den Brief des Gewerkschaftsveteranen, den dieser in Durchschrift auch der „gewerkschaftspost“, der IG-ChPK-Mitgliederzeitschrift, und der Bezirksleitung Baden-Württemberg der Chemie-Gewerkschaft zustellte, nun mit seiner Genehmigung, da er in der „gewerkschaftspost“ nicht abgedruckt wurde. Zur Person: Max Faulhaber wurde schon kurz nach seiner Rückkehr aus der Emigration in den badischen Landtag gewählt, wurde Gewerkschaftssekretär, dann Vorsitzender der IG ChPK im damaligen Land Baden und 2. Vorsitzender des Badischen Gewerkschaftsbundes, zugleich dessen Betriebsrätesekretär. Im November 1951 wird er aus allen hauptamtlichen Funktionen entlassen und aus der Gewerkschaft ausgeschlossen.

Werter Kollege Rappe!

Mit Erstaunen habe ich in der Gewerkschaftspost 7/8-1987 sowie im Handelsblatt vom 20. 7. 1987 über Deine Rede auf der Beiratssitzung am 16./17. Juni in Fulda gelesen. Du hast dort den Versuch unternommen, verschiedene Vorgänge aus der Gewerkschaftsgeschichte der 50er Jahre wieder aufzunehmen. Da Du dabei meinen Namen erwähnt hast und in fataler Weise die Geschichte unvollständig und falsch dargestellt hast, möchte ich mich dazu äußern.

Für uns aus der Emigration, dem KZ und dem Widerstand gekommene Arbeiterfunktionäre war schon während des Krieges klar, daß unsere höchste Pflicht das Schaffen der Einheit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung war. Der Faschismus und damit die aggressivste und barbarischste Form des Kapitalismus konnte in Deutschland nur siegen, weil sich Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nicht einig waren!

Überall entstanden nach dem Kriege spontan antifaschistische Ausschüsse, die begannen, den Aufbau des zerstörten Landes in die Hand zu nehmen. Bei uns in Südbaden gab es – wie auch in anderen Regionen – eine sehr weitgehende Übereinstimmung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, die auch die politische Einheit damals nicht unmöglich erscheinen ließ. Tragfähig und bis heute wirksam ist die damals geschaffene Einheitsgewerkschaft. Sie erstarkte in der Auseinandersetzung mit dem wiederauflebenden Kapitalismus, mit der Restauration alter Machtverhältnisse, die bei uns mit aller Macht von den Besatzungsmächten gefördert wurde. Die Bundesrepublik sollte zum Ausgangspunkt der Rollback-Strategie gegen Osten werden.

Du erinnerst Dich sicher an die großen Kämpfe gegen die Demontage der Betriebe und um Mitbestimmung. Bei uns in Südbaden gelang es, mit unserer gesamten Kraft ein Betriebsrätegesetz durchzusetzen, das – bis heute beispielhaft – u. a. folgende Punkte enthielt:

- keine Entlassung oder Einstellung ohne Zustimmung des Betriebsrates;
- gewerkschaftliche Vertrauensleute genießen den gleichen Schutz wie Betriebsräte;
- monatlich 1 Tag frei für Betriebsräte zur Ausübung ihrer Be-

triebsratsarbeit und für gewerkschaftliche Fortbildung;
– weitgehende Mitbestimmung in wirtschaftlichen Fragen.

Dieses Betriebsrätegesetz konnte nur durchgesetzt werden, weil der Badische Gewerkschaftsbund damals einheitlich und geschlossen handelte und es nicht zuließ, daß Zwiespalt in seine Reihen getragen wurde. In allen Betrieben entwickelte sich eine Bewegung, und oft fanden Teilstreiks statt. Man zog geschlossen 1 Stunde vor Betriebsschluß zu Kundgebungen, wo oft Redner aus drei Parteien den Arbeitern die Notwendigkeit des Kampfes um Mitbestimmung erklärten. Es gab Unterstützung aus Kreisen weit über die Gewerkschaft hinaus; auch der Bauernverband schaltete sich ein.

In vielfältiger Weise wirkten in diesen Kämpfen Kommunisten mit. Ich kann aus dem Kopf etwa 120 Kollegen dieser Strömung der Arbeiterbewegung nennen, die damals als Betriebsräte oder als Funktionäre der Gewerkschaft in unserer Region alle Kraft für die Ziele der Gewerkschaft einsetzten. Ich selbst war 2. Vorsitzender des Badischen Gewerkschaftsbundes und Landesvorsitzender der IG Chemie. Nicht von ungefähr wurde ich damals einstimmig zum Delegierten des Badischen Gewerkschaftsbundes gewählt, um den DGB bei seinem Gründungskongreß in München mitzugründen. Im DGB war ich Sekretär für Betriebsrätearbeit. An der Entstehung der Einheitsgewerkschaft unseres Landes, das ist historische Wahrheit, waren neben Sozialdemokraten und Kollegen anderer Strömungen maßgeblich Kommunisten beteiligt!

Den Herren von damals war unsere Einheit ein Dorn im Auge. Sie inszenierten alles mögliche, um Mißtrauen und Spaltung in unsere Reihen zu tragen. Es gelang ihnen, den Antikommunismus wiederzubeleben. Kontakte von Gewerkschaftern der Bundesrepublik zum FDGB der DDR wurden genehmigungspflichtig. Mein Ignorieren dieses die Spaltung Deutschlands vertiefenden Beschlusses wurde der Anlaß, mich 1951 aus Gewerkschaftsdiensten zu entlassen. Bezeichnenderweise war der Hauptvorstand der IG Chemie durch gewisse amerikanische Dienststellen über mein „Vergehen“ informiert worden.

Im internationalen Rahmen war es damals leider nicht gelungen, die Einheit der Gewerkschaftsbewegung durchzusetzen. Jeder, der sich heute mit der Macht multinationaler Konzerne herumschlagen muß, weiß, wie nötig gerade diese Einheit wäre. Ich begrüße daher die zunehmenden Kontakte zwischen WGB und IBFG und den entsprechenden Einzelgewerkschaften, vor allem das Abkommen zwischen DGB und FDGB. Erinnern möchte ich an die Rede des Kollegen Gustl Fehrenbach (DGB) auf dem 11. FDGB-Kongreß in diesem Jahr.

Es ist heute für die Menschheit und damit vor allem für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung überlebensnotwendig geworden, sich von den Klischees der 50er Jahre zu lösen. Thomas Mann nannte den Antikommunismus die „Grundtorheit dieses Jahrhunderts“. Das gilt heute mit den neuen Chancen der Zusammenarbeit mehr denn je. Wir haben einen Bundeskanzler, der als „Enkel Adenauers“ in die 50er Jahre zurück will. Er schadet unserem Land damit genug. Das allein schon, werter Kollege Rappe, sollte uns Warnung sein, im Kampf gegen Kapital und Kabinett nicht in die falschen Frontstellungen der Vergangenheit zurückzukehren.

Die Mitarbeit von Kommunisten in der Gewerkschaft und ihre Rolle in der Friedensbewegung war nie und ist auch heute keine „Unterwanderungsstrategie“, wie es von Feinden der Arbeiterbewegung und auch leider von Dir – natürlich ohne den geringsten Beweis – unterstellt wird. Weder Sozialabbau noch Atomblitz machen um kommunistische Kollegen einen Bogen. Es geht in unserer Gewerkschaft eben nicht um den „freien Westen“ und den „unfreien Osten“, sondern um den Kampf zwischen Kapital und Arbeit und eingebettet darin um Abrüstung und das Überleben der Menschheit!

In diesem Sinne verbleibe ich mit kollegialen Grüßen.

Max Faulhaber

betriebliche Praxis

BEILAGE IN NACHRICHTEN ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Ein neuer Service der NACHRICHTEN

Ab Heft 11/87 als vierteljährliche Beilage (4 Seiten) zusätzlich zum 36seitigen Umfang der NACHRICHTEN, im Preis inbegriffen.

Aktuelle Schwerpunktthemen, Fallbeispiele, Praxishilfen, Tips und Hinweise für die Vertrauensfrau, den Betriebsrat, die Jugendvertreterin – für jeden, der im Betrieb gewerkschaftlich aktiv ist.

Schwerpunkt in Heft 11/87: ungeschützte Arbeitsverhältnisse

Leider müssen wir unseren Lesern auch mitteilen, daß uns – nach 5 Jahren Preisstabilität – erhöhte Postvertriebsgebühren ab 1. 1. 1988 und gestiegene Produktionskosten zwingen, ab kommendem Jahr den Abonnementpreis auf 48 DM im Jahr inkl. Zustellung zu erhöhen. Der Preis des Einzelheftes beträgt dann 5,- DM.

Mit der zusätzlichen Beilage **betriebliche Praxis** hoffen wir, unseren Lesern zumindest einen kleinen Ausgleich bieten zu können. Betriebliche Praxis soll der Anfang sein, unsere betriebliche Berichterstattung und die Hilfestellung für die Arbeit des Gewerkschafters im Betrieb auszubauen.

Helfen Sie uns bitte, **NACHRICHTEN** und den neuen Service **betriebliche Praxis** noch besser unter Gewerkschaftern bekanntzumachen. Werbeexemplare können beim Verlag kostenlos angefordert werden.

Redaktion

NACHRICHTEN
ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

IG Druck und Papier wird aktiv gegen schleichende Entrechtung

Interview mit Detlef Hensche, stellvertretender Vorsitzender der IG Druck und Papier

Ein Problem, das vielfach von den Gewerkschaften unterschätzt wird, ist die Zunahme ungeschützter Arbeitsverhältnisse. Erschreckende Zahlen nannte dafür Detlef Hensche, der stellvertretende Vorsitzende der IG Druck und Papier, in einem Interview mit Werner Petschick und Gisela Mayer. Dagegen macht die IG Druck und Papier jetzt mobil. Eine sich über zwei Jahre erstreckende Kampagne wird gegenwärtig vorbereitet. Einer der Höhepunkte wird zweifellos das Tribunal am 12. März in Wiesbaden sein. Auch dazu nimmt Detlef Hensche Stellung.

NACHRICHTEN: Ihre Gewerkschaft plant eine Aktion „Gesicherte Arbeitszeiten – geschützte Arbeitsverhältnisse“. Was ist der Anlaß für diese Kampagne?

Detlef Hensche: Vor Jahren haben die Unternehmer eine sogenannte Flexibilisierungsoffensive eröffnet. Sie zielt in doppelter Richtung: zum einen auf flexible Arbeitszeiten und zum anderen darauf, arbeitsrechtlichen Schutz abzubauen. Im Grunde ist das eine Politik der schleichen- den Entrechtung. Arbeitsverhältnisse sollen nicht mehr, wie das in jahrzehntelangen Kämpfen durchgesetzt worden ist, abgesichert sein durch Kündigungsschutz, durch Tarifverträge, durch Einkommen, von denen man leben kann, durch gesicherte Renten und durch sozialversicherungsrechtlichen Schutz. Im Grunde genommen wird das Arbeitsverhältnis aufgelöst in befristete Arbeitsverträge, in Teilzeitarbeit – oftmals unter der sogenannten Geringfügigkeitsgrenze –, in Abrufverträge, bei denen man sich streitet, ob die Betroffenen überhaupt Arbeitnehmer des Betriebes sind, sowie in Heim- und Leiharbeit. Und diese Entwicklung beobachten wir schon seit Jahren.

NACHRICHTEN: Wie hoch ist die Zahl der ungeschützten Arbeitsverhältnisse, und welche Gruppen sind besonders davon betroffen?

Detlef Hensche: Wir müssen feststellen, daß in den letzten Jahren die Zahl der ungeschützten Arbeitsverhältnisse zugenommen hat. Es gibt kaum noch einen Betrieb ohne sogenannte „Randbelegschaften“ in der einen oder der anderen Form. Eine jüngst im Auftrag der Hans-Böckler-Gesellschaft durchgeführte Untersuchung weist nach, daß inzwischen jeder vierte Beschäftigte dazu verurteilt ist, in einem ungeschützten Arbeitsverhältnis tätig zu sein.

Besondere Sorge macht uns der steile Anstieg der befristeten Arbeitsverhältnisse. Ihre Zahl hat sich von 1984 bis Ende 1986 verdoppelt, von vier Prozent auf mittlerweile 8,5 Prozent. Um es noch einmal besonders kraß zu beleuchten: In der Altersgruppe der 16- bis 19-jährigen Männer

ist jeder zweite nur noch befristet beschäftigt. Wenn diese Entwicklung so weitergeht, werden wir in absehbarer Zeit nicht mehr das gesicherte Arbeitsverhältnis als Regelfall haben, sondern ungeschützte Arbeitsverhältnisse mit all den negativen Folgewirkungen. Wer auf diese Weise beschäftigt ist, kann sich kein sicheres Einkommen ausrechnen und sich auch keine Existenz aufbauen.



Nehmen wir als Beispiel einen jungen Mann, der nur befristet beschäftigt ist. Er ist nicht in der Lage, eine Familie zu gründen; er bekommt noch nicht einmal eine Wohnung. Wer ungeschützt beschäftigt ist, genießt nicht den kollektiven Schutz, die Solidarität der Belegschaft und des Betriebsrats; er hat es schwer, Gewerkschaftsmitglied zu werden und ist gezwungen, sich so zu verhalten, daß er dem Chef nicht auffällt, wenn er beispielsweise die Chance haben will, unbefristet übernommen oder ein zweites Mal eingestellt zu werden. Was den aufrechten Gang im Betrieb angeht, die gemeinsame Gegenwehr, das alles ist für ungeschützte Arbeitsverhältnisse in Frage gestellt. Wir müssen befürchten, daß sich nicht nur Not, Angst und Verunsicherung breitmachen, sondern darüber hinaus auch für die gewerkschaftliche Arbeit die Grundlage entzogen wird.

NACHRICHTEN: Welchen Stellenwert räumen Sie der Ausweitung ungeschützter

Arbeitsverhältnisse und flexibler Arbeitszeiten im Rahmen des Angriffs der Koalition von Kapital und Kabinett auf gewerkschaftliche Rechte und soziale Leistungen ein?

Detlef Hensche: Zum einen handelt es sich aus der Sicht der Unternehmer um ein Rationalisierungsinstrument. Zwei Teilzeitbeschäftigte arbeiten beispielsweise mehr als ein Vollzeitbeschäftigter. Ihn wird mehr Leistung abgepreßt, zu geringerem Lohn. Oftmals erhalten sie noch nicht einmal den nackten Tariflohn. Darüber hinaus hat der Unternehmer die Chance, arbeitsrechtliche Bestimmungen zu umgehen. Das befristete Arbeitsverhältnis ist der Prototyp dafür, um Kündigungsschutz und Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates auszuhebeln.

Lassen Sie mich noch einen weiteren Punkt nennen: Für die Herrschenden sind ungeschützte Arbeitsverhältnisse willkommen. Möglicherweise, die Bereitschaft zur Gegenwehr zu schwächen und gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen zu verhindern. Wer befristet beschäftigt ist, ist anfällig für die Nötigung zum Streikbruch. Das haben wir bereits erlebt, und das wird zunehmen. Insofern verbindet sich mit diesem Rationalisierungsinstrument ein massiver Angriff auf die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit. Das „Beschäftigungsförderungsgesetz“ ist auch ein Antistreikgesetz.

NACHRICHTEN: Um noch einmal auf die angesprochene Aktion zurückzukommen. Was ist geplant, und was will die IG Druck und Papier erreichen?

Detlef Hensche: Geplant ist eine Kampagne, die sich über zwei Jahre erstrecken soll. Mit der allgemeinen Orientierung beginnen wir in den nächsten Monaten. Voraussichtlich ab Februar des nächsten Jahres soll sich die Arbeit der Organisation auf den Typ des befristeten Arbeitsverhältnisses konzentrieren. Später werden wir für jeweils ein halbes Jahr Teilzeitarbeit, Heimarbeit und Leiharbeit aufs Korn nehmen; denn wir müssen feststellen, daß derzeit unsere Gegenwehr noch unterentwickelt bzw. geschwächt ist. Gründe dafür sind die dünnen rechtlichen Möglichkeiten. Das Bundesarbeitsgericht z. B. hat uns in den letzten Jahren von Urteil zu Urteil die rechtlichen Möglichkeiten, befristete Arbeitsverhältnisse zu bekämpfen, beschnitten, wenn nicht gar beseitigt.

Des weiteren erleben wir, daß sich die Betriebsräte vielfältigen Angriffen ausgesetzt sehen. Sie müssen sich herumschlagen mit neuen Techniken und anderen Formen von Rationalisierung. Und da kommen noch die ungeschützten Arbeitsverhältnisse hinzu. Oder aber: Betriebsräte sehen sich oftmals, tatsächlich oder vermeintlich, vor die Alternative gestellt, entweder der befristeten Übernahme eines Ausgebildeten oder der Entlassung zuzustimmen. Welcher Betriebsrat lenkt da nicht ein und stimmt der befristeten Übernahme zu. Durch die Bank also ist ein gewisses Maß an Hilflosigkeit zu beobachten. Das

war für uns der Anlaß für die Aktion, um den einzelnen Betriebsrat aus der Vereinzelung und der schier ausweglosen Lage gegenüber den vielfältigen Unternehmerrpressionen herauszuholen, ihm Hilfestellung zu geben.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf zwei Elemente der Kampagne eingehen: Wir wollen erstens den Betriebsräten den Eindruck vermitteln, daß sie nicht isoliert kämpfen, sondern die gesamte IG Druck und Papier die Verteidigung des Normalarbeitsverhältnisses zu ihrem Schwerpunktthema macht. Wir organisieren überbetrieblichen Erfahrungsaustausch, und wir werden positive wie auch negative Erfahrungen vermitteln. Darüber hinaus werden wir ungeschützte Arbeitsverhältnisse zum Thema von Betriebsversammlungen machen. Vorgesehen sind Aktionspläne für Betriebsräte, um den Unternehmer in die Zange zu nehmen. Des weiteren müssen wir versuchen, daß – sozusagen als Flankenschutz – juristische Maßnahmen hinzukommen. Nüchtern gehen wir jedoch davon aus, daß das juristische Handwerkzeug allein nicht ausreicht. Wir werden nur dann Erfolg in unserem Kampf gegen die weitere Ausbreitung ungeschützter Arbeitsverhältnisse haben, wenn die Belegschaft hinter uns steht.

Ich komme zum zweiten Kennzeichen: Ein Grund unserer Schwäche ist der, daß diejenigen, die unmittelbar betroffen sind, sich kaum wehren können, die Teilzeitbeschäftigten und befristet Beschäftigten. Sie fühlen sich oft nur als Gast im Betrieb und kennen den Betriebsrat nicht. Auf der anderen Seite gibt es die Stammbeslegschaften, die die Mittel hätten, sich zu wehren; doch die fühlen sich nicht betroffen.

Hauptaufgabe der Kampagne ist es, deutlich zu machen, daß die sich ausbreitenden ungeschützten Arbeitsverhältnisse ein zentraler Angriff auf uns alle sind. Die Leiharbeitsfirma „Idemo“ preist bezeichnenderweise ihre Dienste mit dem Argument an: „Viele der in den vergangenen ‚fetten‘ Jahren angehäuften Privilegien für ihre Mitarbeiter werden bei uns ausgeschaltet. Das ebnet Ihnen den Weg, Schritt für Schritt eine Annäherung an unsere Personalhandhabung zu erlangen.“ Das ist ein entlarvendes Zitat für die Ziele der Unternehmung. Je mehr Arbeit zerstört wird in Leiharbeit, je mehr Arbeit außer Haus gegeben wird, je mehr Arbeit in Abrufverhältnisse vergeben wird, desto mehr sind auch die Rechte und Leistungen der Stammbeslegschaften bedroht, beispielsweise der Übertarif, die Möglichkeit der Gegenwehr und die Chance der beruflichen Weiterbildung. Und das wollen wir mit unserer Kampagne deutlich machen.

NACHRICHTEN: Können Sie schon etwas sagen zu der geplanten Aktion in Wiesbaden?

Detlef Hensche: Wir planen unter anderem auf Initiative unseres Hauptfrauenaus-

Eisenbahner sind entschlossen, zu retten, was noch zu retten ist

Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), in der Vergangenheit mehr durch Resolutionen und Appelle an die hieszulande Herrschenden als durch Aktionen und Demonstrationen bekannt, will nicht länger zusehen, wie von der Bahn „Stück für Stück abgehackt wird“ mit monatlich rund 1000 vernichteten Arbeitsplätzen als Bilanz. Eine Kundgebung am 10. September auf dem Bonner Münsterplatz mit über 25 000 Teilnehmern – die größte dieser Gewerkschaft seit Kriegsende – war Auftakt. Weitere Aktionen sollen folgen, wenn die Bahn weiter mit „Intercitytempo in die Pleite geführt wird“, so GdED-Vorsitzender Ernst Haar. Er selbst konstatierte eine bislang an den Tag gelegte „Eselsgeduld“ (siehe Einhefter).

Mit Sonderzügen waren die Eisenbahner angereist. Sie mußten sich einen Tag Urlaub nehmen. Die sonst allgemein üblichen Ebepakete fehlten. Dafür wurden von den Eisenbahnern selbstbelegte Brötchen und im Supermarkt erstandene Getränke verkauft. Um so höher ist zu werten, daß rund 10 Prozent der bei der Bahn Beschäftigten auf einen Erholungstag verzichtet haben, um in Bonn Dampf zu machen. Auf zahlreichen Transparenten wurde der Ausverkauf der Bahn angeprangert

schusses am 12. März des nächsten Jahres ein Tribunal. Vor Gericht gestellt werden sollen die Verursacher dieser Entwicklung. Es werden Zeugen auftreten, unmittelbar Betroffene, Teilzeitfrauen, auch -männer. Denn von ungeschützten Arbeitsverhältnissen sind nicht nur Frauen betroffen. Wir werden Sachverständige laden und hoffen, daß dieses Tribunal ein Baustein sein wird, um mehr Öffentlichkeit herzustellen.

NACHRICHTEN: Und wie ist die Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften in dieser Frage?

Detlef Hensche: Seit längerer Zeit bemühen wir uns auf allen Ebenen, auch andere Gewerkschaften dazu zu bewegen, in ähnlicher Form Pflöcke einzuschlagen. Die IG Druck und Papier hat vor einem Jahr eine Handlungsanleitung vorgelegt: die Nummer 37 der Schriftenreihe unserer Organisation. Wir haben uns auch auseinanderzusetzen mit manchen ideologischen Anfechtungen, die unter den Stichworten „neue Bedürfnisse“ und „Wertewandel“ meinen, das eine oder andere bei den ungeschützten Arbeitsverhältnissen wäre doch ganz günstig. Mittlerweile habe ich den Eindruck, daß die Brisanz des Themas allgemein begriffen wird. Ziel ist es, das Normalarbeitsverhältnis tarifvertraglich wieder zu festigen und die Fluchtmöglichkeiten der Unternehmer einzudämmen. Das schaffen wir aber nur, wenn innerhalb des DGB eine breite Front aufgebaut wird, ähnlich wie beim Kampf um die 35-Stunden-Woche.

und auf anderen die 35-Stunden-Woche gefordert.

Solidarisch unterstützt im Kampf gegen den Ausverkauf der Bahn wird die GdED durch die anderen DGB-Gewerkschaften. Und so sah man unter den Kundgebungsteilnehmern Gruppen von Kolleginnen und Kollegen anderer Gewerkschaften, beispielsweise der IG Bergbau und der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten. Von der IG Metall nahm das Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes, Horst Klaus, an der Kundgebung teil. Die Deutsche Postgewerkschaft war durch ihren stellvertretenden Vorsitzenden Emil Bock präsent. Von der Spitze der Gewerkschaft Öffentliche Dienste war Eike Eulen gekommen. Alle übrigen Gewerkschaften hatten Solidaritätsschreiben geschickt.

Auch die Bundestagsparteien hatten sich durch Delegationen vertreten lassen. So nahm die SPD mit 50 und die Grünen mit fünf MdBs an der Kundgebung teil. Ein gellendes Pfeifkonzert setzte ein, als die CDU-Abordnung mit Heribert Scharrenbroich an der Spitze begrüßt wurde.

Namens des DGB sprach das Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, Ilse Brusis, zu den Teilnehmern. Sie erwähnte die rund 250 000 Arbeitsplätze, die mittlerweile im Bahnbereich wegrationalisiert worden sind. In keinem anderen deutschen Unternehmen habe sich eine derartige Entwicklung abgespielt. Die für den Ausverkauf der Bahn Verantwortlichen bezeichnete sie als „Privatisierungshaie“, „Sozialstaatszerstörer“ und „uner-sättliche Arbeitsplatzvernichter“, die in den nächsten Jahren weitere 40 000 Arbeitsplätze beseitigen wollten. Ilse Brusis rief dazu auf, keine Ruhe zu geben und sich nicht hinter Licht führen zu lassen, „denn Vernunft allein bewegt noch gar nichts“.

Hauptredner Ernst Haar befaßte sich mit dem Sündenkatolog des Bahnvorstandes und rief zum Handeln auf, denn „was einmal demontiert und geschlossen ist, ist weg für immer. Verhungernlassen des Schienenverkehrs ist aber auch Frevel an

DPG-Jugend macht mobil: „Wir ziehn dem Hai die Zähne“

Mehr als 3000 junge Postgewerkschafter fanden sich vom 18. bis 20. September in der südhessischen Kreisstadt Groß-Gerau zum zentralen Jugendtreffen der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) ein. Motto: Arbeit und Umwelt. Unter dieser Losung führt die DPG-Jugend seit dem Frühjahr eine Aufklärungs- und Aktionskampagne durch, um das Umweltbewußtsein zu stärken, nicht zuletzt beim größten Arbeitgeber Europas, der Deutschen Bundespost.

Auf einem Umweltbasar, dem „Markt der Möglichkeiten“ am zweiten Tag in der Groß-Gerauer Innenstadt, waren erste Resultate der Bemühungen der DPG-Jugend in Augenschein zu nehmen. Die Postgewerkschafter hatten sich im vergangenen halben Jahr mit zentralen Umweltthemen wie Fischsterben und Kernenergie, aber auch mit ganz unmittelbar den eigenen Arbeitsplatz betreffenden Umweltschutzmaßnahmen, etwa dem Einsatz von Umweltschutzpapier und schadstoffarmen Autos bei der Post, auseinandergesetzt.

Parallel zum Umweltbasar fanden auf drei Bühnen Musikveranstaltungen statt, gab es Infostände zu weiteren politischen Themen, Nicaragua z. B., weiterhin Kulinari-sches zu genießen, aber auch die Ausführungen prominenter Umweltschutzpoliti-ker, die sich in mehreren Foren der Dis-kussion stellten, darunter der hessische Umweltminister Karlheinz Weimar (CDU), sein Amtsvorgänger Joschka Fischer (Die Grünen) oder Saarlands Umweltminister Jo Leinen (SPD). Deutlich wurde dabei, daß es noch weitaus stärkerer Anstren-gungen der Gewerkschaften bedarf, um auf europäischer Ebene den Umwelt-schutz voranzubringen. Die Gewerk-schaftsjugend jedenfalls drängt danach, will Politikerworte, die sich oft genug am

der Umwelt, Vernichtung des Waldes, Rohstoff- und Energieverschwendung und Abhängigkeit, Vergeudung knapper Bod-flächen“, erklärte er. Wenn jetzt die Bevölkerung nicht informiert und mobili-siert würde, werde der Schaden irrepara-bel. Es müsse gelingen, die „Weichen in der Bahn- und Umweltpolitik neu zu stel-len“, sonst werden unsere Kinder ein schweres, erstickendes, buchstäblich gif-tiges Erbe zu tragen haben. Leider könne nicht mehr gesagt werden „wehret den Anfängen. Dazu ist es viel zu spät. Aber wir können verlangen, rettet, was zu ret-ten ist, rettet die Bahn.“

Und dazu scheint die Eisenbahnergewerk-schaft entschlossen. Das erklärte auch der stellvertretende GdED-Vorsitzende, Rudi Schäfer, in seinem Resümee der Kundgebung. „Die Eisenbahner werden nicht mehr stillhalten. Unsere Geduld ist zu Ende. Uns reicht es jetzt. Wir haben lange genug schöne Reden gehört.“ G. M.

St.-Florians-Prinzip orientieren, überwin-den. Die DPG-Kampagne ordnet sich be-wußt ein in das von der EG auserufene europäische Umweltschutzjahr, die EG wiederum unterstützt die DPG-Aktion.

Am Samstagabend stieg die große Rock-nacht. „Für Frieden und internationale So-lidarität“ spielten Léon Gieco und Band



aus Argentinien und die Rodgau Monoto-nes. Vor rund 5000 begeisterten Zuhörern trug der stellvertretende DPG-Vorsitzende Klaus-Dieter Zemlin sechs „Groß-Gerauer Friedens-Thesen“ vor, begrüßte die bevor-stehende Einigung der USA und UdSSR zum weltweiten Abbau der Mittelstrecken-raketen und forderte zugleich auch die Bundesregierung zu weiteren Abrüs-tungsinitiativen auf. Von Bonn verlangte er, die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr fallenzulassen. Das sei „kein Schritt zur Gleichberechtigung, sondern nur ein Lückenfüllerprogramm“.

Höhepunkt und Abschluß des bereits tra-ditionellen Treffens junger Postler war die Kundgebung mit dem DGB-Vorsitzenden Ernst Breit, der lange Jahre an der Spitze der DPG gestanden und sozusagen ein Heimspiel hatte, sowie seinem Nachfolger Kurt van Haaren. Der Beifall wurde fast zum Stakkato als der DGB-Vorsitzende ankündigte, daß die Verkürzung der Wo-chenarbeitszeit durchgesetzt werden müsse, „wenn nicht durch Argumente – dann mit Kampf“.

Als handfesten politischen Skandal, „der auch nicht durch noch so lockere Sprüche des zuständigen Arbeitsministers Blüm weggewischt werden kann“, bezeichnete Breit den Entwurf eines neuen Arbeitszeit-

gesetzes mit der Möglichkeit, die Arbeits-zeit auf 60 Stunden in der Woche auszu-dehnen. Die Unternehmer hätten dadurch die Chance, ihre Flexibilisierungsvorstel-lungen durchzudrücken. Kritisch setzte er sich auch mit der sogenannten Steuerre-form auseinander, die in erster Linie den Beziehern „hoher und höchster Einkom-men“ Vorteile brächte. Statt dessen for-derte er eine öffentliche Investitionsoffen-sive mit einem Umfang von mindestens 20 Milliarden DM jährlich, um dadurch die Ar-beitslosigkeit wirkungsvoll zu bekämpfen. Vor allem müßte den krisengeschüttelten Bereichen wie Kohle, Stahl und Werften bei der notwendigen Umstrukturierung geholfen werden.

Verständlicherweise stellte Kurt van Haaren die geplante Trennung von Post und Fernmeldewesen in den Mittelpunkt sei-ner Ausführungen. Letzteres „würde weit-gehend den Profitinteressen von Großan-wendern der Datenverarbeitung und multi-nationaler Konzerne ausgeliefert im Inter-esse von Banken und Versicherungen, des BDA und BDI. Als Aufgabe stellte er, Verbündete zu werben, damit die Bundes-post erhalten bleibt. Die Teilnehmer des Jugendtreffens rief van Haaren auf, die Aktion „Sichert die Post – Rettet das Fernmeldewesen“ zu unterstützen. Wörtlich sagte er: „Ihr müßt euch in diesen Kampf einbringen. Wir brauchen zu unse-rer Überzeugungskraft eure Phantasie und euren Elan.“ Daß dieser Appell auf of-fene Ohren gestoßen ist, zeigte das Lied mit dem Refrain: „Wir ziehn dem Hai die Zähne.“

Ausgehend von dem Motto des Jugend-treffens ging van Haaren auch auf die viel-fältigen Formen „geistiger, moralischer und politischer Umweltverschmutzung“ ein. U. a. nannte er die politische Brunnen-vergiftung durch alte und neue Nazis, die dreister werdenden Versuche, ein antige-werkschaftliches Klima zu erzeugen durch den Antistreikparagrafen 116, den er-zwungenen Streikbrechereinsatz von Be-amten, die beabsichtigte Spaltung und Schwächung von Betriebs- und Personal-räten sowie die Behinderung der Gewerk-schaftsarbeit im Betrieb. Auf all diese An-griffe gäbe es nur eine Antwort: sich in der Postgewerkschaft zu engagieren und sich nicht einschüchtern zu lassen.

Einen eindringlichen Appell richtete der DPG-Vorsitzende an die Teilnehmer des Treffens, sich an der Spendenaktion für die südafrikanischen Kolleginnen und Kol-legen zu beteiligen, zu der der Hauptvor-stand aufgerufen hat. Zusammen mit dem Bergarbeitern hatten die schwarzen Post-ler, die erstmals auf nationaler Ebene eine Postgewerkschaft gegründet hatten, ge-streikt. Die Gewerkschafter wurden ent-lassen und leiden nun harte Not. Wer die DPG-Jugend kennt, weiß, daß der Appell ihres Vorsitzenden nicht auf taube Ohren gestoßen ist. Wie hoch die internationale Solidarität eingeschätzt wird, zeigt das Beispiel Nicaragua, wo durch zahlreiche Brigaden tatkräftige Hilfe beim Aufbau ei-nes Post- und Fernmeldewesens geleistet wurde. B. K./G. M.

DAG-Kongreß mit viel CDU-Prominenz Weiter „verlässliche Sozialpartner“

Fünf Tage, vom 21. bis 25. September, nahm sich die Deutsche Ange-stellten-Gewerkschaft (DAG) Zeit, um auf ihrem 14. Kongreß gewerk-schaftspolitische Probleme aus ihrer Sicht zu erörtern und entspre-chende Beschlüsse zu fassen. Dazu hatten die 197 Delegierten in der Stadthalle von Hannover über den Wust von mehr als 1500 Anträgen und Entschlüssen zu befinden. Der Kongreß wählte einen Teil des geschäftsführenden Vorstands, darunter auch den DAG-Vorsitzenden, neu.

Es liegt wohl in der Natur der Sache, daß die DAG, die ständig im Schatten des Rie-sen DGB steht, ein vitales Bedürfnis zur öffentlichen Selbstbestätigung hat. So lud sie denn alle, die in der Politik Rang und Namen haben, ein und gab ihnen die Mög-lichkeit des Auftritts. Obgleich CDU-An-hänger in dieser Gewerkschaft – wenn auch stärker repräsentiert als in DGB-Gewerkschaften – in der Minderheit sind, ge-riert der DAG-Kongreß zu einem überpro-portionalen Aufmarsch von CDU/CSU-Prominenz. Während Hans-Jochen Vogel und Rudolf Dreßler die Positionen der SPD und Christian Schmidt die der Grü-nen einbrachten, beherrschten unter den Gastrednern die Repräsentanten der Bon-ner Koalition die Szene: Haußmann von der FDP, Zimmermann von der CSU, Kohl und Blüm von der CDU. Auch Bundesprä-sident von Weizsäcker (CDU) trat mit sei-ner Befürwortung der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und von mehr Teilzeit-arbeit, der Warnung vor Arbeitszeitverkür-zung bei vollem Lohnausgleich und philo-sophischen Betrachtungen über das schwere Los der Arbeitslosigkeit als Apo-loget von Unternehmerinteressen auf.

Weizsäcker, Kohl, Zimmermann und Blüm lobten den verabschiedeten langjährigen DAG-Vorsitzenden Hermann Brandt für die erwiesene Kooperationsbereitschaft und den Kurs der „parteipolitischen Unab-hängigkeit“ der Angestellten-Gewerk-schaft. An den Nachfolger Roland Issen richteten sie gleiche Erwartungen, die die-ser auch zu erfüllen versprach. Ausdrück-lich sicherte Issen in seinem Grundsatzre-ferat den Unternehmern und Parteien ei-nen DAG-Beitrag für den „gesellschaftli-chen Grundkonsens“ zu. „Den Unterneh-mern und ihren Verbänden sage ich: Wir bieten Ihnen die Zusammenarbeit auf der Grundlage einer Sozialpartnerschaft an.“ Folgerichtig plädierte er für die Wiederbe-lebung der konzertierten Aktion, indem er Kanzler Kohl bat, die Initiative zu ergrei-fen, „um den gemeinsamen Dialog zwis-chen Staat, Arbeitgebern und Gewerk-schaften wieder aufleben zu lassen“.

Damit ist der Standort der DAG, zumin-dest ihrer Führung, hinreichend beschrie-ben. Offenbar in dem Bemühen, den „Konsens“ zu bewahren und der CDU/CSU immer aufs Neue die „parteipoliti-sche Unabhängigkeit“ von der SPD zu be-

weisen, gehen die sozialdemokratischen Mitglieder der Führungsmannschaft nicht selten auf Distanz zur Politik ihrer eigenen Partei und halten sich in wesentlichen Fra-gen von Positionen fern, die im DGB mehrheitsfähig sind.

Neben der konzertierten Aktion oder der sogenannten Vermögensbildung in Arbeit-nehmerhand betrifft das insbesondere die Abrüstung. Gegen die Empfehlung der Antragskommission verabschiedeten die

Wahlergebnisse

Bundesvorstand

	abge-genebte Stimmen	Ja	Nein	Enth.	ungültige Stimmen
Roland Issen, 49, Vors., SPD	185	167	12	5	1
Walter Quartier, 59, CDU	187	163	13	10	1
Karl Kaula, 59, SPD	190	167	16	6	1
Ursula Konitzer, 49, SPD	192	128	51	13	—
Dr. Herbert Nierhaus, 58, SPD	191	174	12	4	1
Lutz Freitag, 44, SPD	189	167	16	6	—
Hubert Gartz, 48, CDU	190	149	28	13	—
Gerhard Renner, 40, CDU	188	146	31	11	—
Christian Zahn, 39, SPD	190*	171	—	4	—

* Davon entfielen auf den Gegenkandidaten Peter Stumph 15 Jastimmen.

Stellvertretende Vorsitzende

Walter Quartier	183	157	15	9	2
Karl Kaula	186**	99	—	3	—

** Davon entfielen auf den Gegenkandidaten Dr. Herbert Nierhaus 84 Jastimmen.

Delegierten neben einer allgemein gehal-tenen Vorstandsentschließung für „Ab-schaffung aller atomaren, biologischen und chemischen Waffen“ einen Antrag mit konkreten Forderungen, z. B. nach atom-waffenfreien Zonen und einem Teststopp-abkommen.

Die Delegierten diskutierten grundsätzli-che und spezifische gewerkschaftliche Fragen und Forderungen zum Teil sehr engagiert. Das kommunale Wahlrecht für Ausländer wurde befürwortet, der Wehr-dienst für Frauen – auch der freiwillige – abgelehnt. Eine Minderheit, die den politi-schen Streik als legitim ansah, konnte sich nicht durchsetzen. Nur knapp, mit 90:86 Stimmen, wurde die Forderung nach Auflösung der CDU-nahen „Stiftung Mut-ter und Kind“ und statt dessen Erhöhung des Erziehungsgeldes nicht als Antrag, sondern als „Material für den Vorstand“ beschlossen. Während Kohl sprach, ließen

junge Delegierte unter Beifall ein großes Transparent mit der Forderung „Rettet die Jugendvertretung!“ an Ballons aufsteigen. Abgelehnt wurden längere Ladenöff-nungszeiten und sogenannte Dienstlei-stungsabende.

In der verabschiedeten Grundsatzent-schließung zur Tarifpolitik wird versichert, diese werde „weiterhin im Zeichen reali-tätsgerechter Forderungen“ stehen. So sollen nun auch die 35-Stunden-Woche und ein Erholungsurlaub von acht Wochen angestrebt werden. Die Flexibilisierung der Arbeitszeit will die DAG insoweit zu-lassen, wie Mitbestimmung am Arbeits-platz über Lage und Verteilung individu-eller Arbeitszeit möglich und die Einbezie-hung des freien Wochenendes nicht zu vermeiden ist. Auch Frauenförderpläne soll es künftig geben, und bis 1989 wird ein besonderes tarifpolitisches Programm für Frauen erarbeitet. Gegen Zeitarbeits-verträge – „solange es sie gibt“ – hat die DAG nichts einzuwenden, wenn Sonder-zahlungen wie Urlaubs- und Weihnachts-geld tariflich abgesichert werden.

Der neue Vorsitzende Issen will sich be-sonders auch der drückenden Existenz-probleme der DAG annehmen. Bei steti-

gem Anwachsen des Anteils der Ange-stellten an der Arbeitnehmerschaft auf na-he 50 Prozent ist die Mitgliederzahl der DAG in 20 Jahren auf weit unter 500000 gesunken. Die DGB-Gewerkschaften ha-ben – bei steigender Tendenz – schon über 1,5 Millionen Angestellte organisiert. Das verstärkte Bemühen des DGB um den großen Teil der unorganisierten Ange-stellten spitzt für die DAG den „Konkur-renzdruck“ weiter zu.

Darin besteht offenbar der Hintergrund des auf dem Kongreß wiederholt deutlich gewordenen Bestrebens, nicht als „Anti-DGB“ zu erscheinen und zu partieller Ko-operation mit DGB-Gewerkschaften zu gelangen. Doch da wird die DAG zunächst aufhören müssen, dem DGB – was gewerkschaftliche Konzepte und Verhaltens-weisen betrifft – unternehmerfreundliche Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Gerd Siebert

VS wählte neuen Vorstand Mediengewerkschaft unverzichtbar

Nach der einstimmigen Verabschiedung eines befürwortenden Kompromißvorschlages zu INTERLIT II war der Weg für die Wahl eines neuen Bundesvorstandes des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier geebnet. Noch zu Beginn der Bundesdelegiertenkonferenz vom 24. bis 26. September in Hamburg/Harburg befürchteten viele der 46 Delegierten ein Auseinanderbrechen des VS. Diese Gefahr scheint überwunden, jedoch herrschen nach wie vor große Meinungsverschiedenheiten.

Die „Krise“ im VS spitzte sich insbesondere nach INTERLIT I zu. Unter dieser Bezeichnung trafen sich 1982 Schriftsteller aus Ost und West in Köln und verabschiedeten unter der Federführung des damaligen VS-Vorsitzenden Bernt Engelmann und des Präsidenten des Schriftstellerverbandes der DDR, Hermann Kant, einen berühmt gewordenen Appell der Schriftsteller für Frieden und Abrüstung. Gegen diese Gemeinsamkeit wütete nicht nur die großbourgeoise Presse – allen voran die FAZ –, sondern auch Teile des VS, vor al-

Die vom Berliner Verband ausgehende Opposition nahm, unterstützt von der Bundesvorstandsminderheit – Angela Hoffmann und Gerd Beier –, INTERLIT II zum Anlaß, einen derartigen Druck auf die Bundesvorstandsmehrheit auszuüben, daß diese im Juni 1987 ihren Rücktritt zum Zeitpunkt der jetzt stattgefundenen Bundesdelegiertenkonferenz erklärte. Gerhard Beier hatte nach der Demission der Bundesvorstandsmehrheit in einem Leserbrief an die „Welt der Arbeit“ vom 23. Juli 1987 geschrieben: „Ich habe seit Februar (im Februar 1987 rückte Beier in den Bundesvorstand nach – W. P.) auf den Rücktritt Bleuels gezielt. Einen Rücktritt habe ich tatsächlich gewollt.“

Wenn jetzt der VS in Harburg nicht auseinandergebrochen ist, eine Kompromißkoalition zustande kam und die Uneinigkeit der Einzelgänger zumindest in einigen Fragen

überwunden wurde, so habe laut „Frankfurter Rundschau“ vom 28. September 1987 Bernt Engelmann einen großen Anteil. Er ist auf den anwesenden prominenten Schriftsteller Günter Grass zugegangen und hat ihn im Interesse des Weiterbestehens des VS gebeten, im neuen Bundesvorstand mitzuarbeiten. Neben der neuen Vorsitzenden, der 41jährigen Lyrikerin Anna Jonas, und Günter Grass sind mit dem bisher in Berlin wohnenden Johano Strasser drei Vertreter dieses VS-Landesverbandes im neuen Bundesvorstand.

Problematisch sind die Äußerungen von Günter Grass im Hinblick auf die IG Medien. Er sei zwar für die IG Medien, aber der VS müsse nach seiner Meinung prüfen, ob er genügend autonome Wirkungsmöglichkeiten habe und gegebenenfalls auch die IG Medien verlassen könne. Mehrere Redner, darunter Bernt Engelmann und auch der stellvertretende Vorsitzende der IG Druck und Papier, Heinz Müller, warnten eindringlich vor solch einem Schritt; für eine IG Medien wären die Schriftsteller unverzichtbar.

Wegen der langen Debatten um die Geschäftsordnung der künftigen Fachgruppe VS in der IG Medien blieb keine Zeit, über die Perspektiven und Ziele des VS und weitere Sachfragen zu diskutieren. In einem der angenommenen Initiativanträge protestierte der VS gegen die geplante Steuerreform, die zu Kürzungen der Kulturetats führen müsse; in einem weiteren Initiativantrag setzten sich die 46 Delegierten im Namen der 2400 organisierten Schriftsteller für die Erhaltung der „Welt der Arbeit“ ein. Werner Petschick

Gewerkschaften diskutieren Grundsätze der Energiepolitik

Was die Möglichkeiten und Probleme der friedlichen Nutzung von Kernenergie anbelangt, sind in den Gewerkschaften die Gemüter nach wie vor bewegt. Vor allem diejenigen Gewerkschaften, zu deren Organisationsbereich die Atomwirtschaft zählt, bemühen sich um eine Interpretation eines entsprechenden DGB-Beschlusses vom Mai 1986. Noch unter dem frischen Eindruck der Katastrophe von Tschernobyl hatte das „Parlament der Arbeit“ den Einsatz von Kernenergien nur noch in einem begrenzten Zeitraum für verantwortbar gehalten und den Ausstieg aus der Atomwirtschaft „so rasch wie möglich“ befürwortet.

Dieser Beschluß ging weit über die bisherigen gewerkschaftlichen Positionen hinaus, denn lange Zeit galt die Nutzung der Kernenergie als unverzichtbar. Die Formulierungen des DGB-Beschlusses 113 ließen dennoch reichlich Spielraum für Interpretationen. So richtete die ÖTV, in deren Reihen wohl die Masse der organisierten Beschäftigten in der Atomwirtschaft zu finden ist, im Oktober 1986 eine spezielle Kommission ein. Diese legte im Juli 1987 Analysen und Empfehlungen vor, auf deren Grundlage der Hauptvorstand der ÖTV am 24. September eine Stellungnahme be-

schloß. Auch die IG Chemie – Papier – Keramik hatte eine Kernenergiekommission eingerichtet, deren Arbeitsergebnisse Ende August vom Hauptvorstand „zustimmend zur Kenntnis genommen“ wurden. Nach den bisherigen Stellungnahmen gehen beide Gewerkschaften – wie auch der DGB-Beschluß – grundsätzlich davon aus, daß eine Energieversorgung ohne Rückgriff auf Atomkraft möglich ist. Beide lehnen jedoch einen sofortigen Ausstieg ab. Im Kommissionsbericht der ÖTV werden Forderungen formuliert, die erfüllt sein müßten, damit ein „schrittweiser geordne-

ter Verzicht auf die Nutzung der Kernenergie so rasch wie möglich stattfinden kann“. Neben einer Fülle von Gesetzesänderungen werden folgende Bedingungen angeführt: Bau von Ersatzkapazitäten zur Sicherung der Versorgung, Sicherung heimischer Energiequellen, rationaler und sparsamer Umgang mit Energie, Förderung regenerativer Energien, Überprüfung der Energieversorgungsstruktur, Abstimmung der europäischen Energiepolitik und Sicherung der Arbeitsplätze.

Aus dem Gesagten folgt als zwingende Notwendigkeit, daß in die Produktion, die industrielle und private Nutzung der Energie sowie die Option für bestimmte Energiequellen in weitaus stärkerem Maße als bisher Elemente der Planung eingehen müssen. Und dies gilt sicherlich über den nationalen Rahmen hinaus. Gleichzeitig wird erkennbar, daß solche Maßnahmen nicht „sofort“ durchführbar sind. In einer Stellungnahme zum Kommissionsbericht rückte auch die ÖTV-Vorsitzende von der Vorstellung des Nürnberger Parteitags der SPD ab, wonach der Umbau der Energieversorgung innerhalb von zehn Jahren zu verifizieren sei. Sie maß dieser Zahl lediglich „den Charakter eines politischen Signals“ bei.

Als Position der ÖTV legte sie fest: „Wir wollen den Einstieg in eine veränderte Energiepolitik sofort, und wir wollen Druck machen, damit jetzt konkrete Maßnahmen eingeleitet werden.“ Dazu gehört ganz sicherlich als Sofortmaßnahme, daß die Forschungsförderung der Kernenergie zur Stromerzeugung zugunsten einer verstärkten Forschung auf dem Gebiet regenerativer Energien eingestellt wird. Somit bleibt als Grundposition der ÖTV: Umstieg in der Energiepolitik ja, aber bei Sicherung des erreichten Lebensstandards und bei Schutz der betroffenen Beschäftigten vor Verlust ihrer Arbeitsplätze.

Gerade diese beiden letztgenannten Bedingungen werden den Gewerkschaften häufig zum Vorwurf gemacht; sie werden in der sehr verhärteten Diskussion oft als Schutzwall der „Atomlobby“ auch in den Gewerkschaften bezeichnet. Man sollte aber nicht übersehen, daß es sich hierbei um genuine gewerkschaftliche Aufgaben handelt. Vor allem die Frage nach der Bereitstellung von Ersatzarbeitsplätzen, nach den Perspektiven der in den Energiebetrieben Beschäftigten muß ein großes Gewicht erhalten, ökonomische Planungen müssen mit ihnen zusammen vollzogen werden.

In den Grundzügen vertritt auch die IG Chemie – Papier – Keramik eine ähnliche Position. Fazit: „Hinter einem langfristig geplanten, realistischen Umstiegskonzept verbergen sich nicht nur Risiken, sondern auch Chancen für die deutsche Wirtschaft... Wir glauben, daß – wenn wir heute beginnen, ernsthaft nach Alternativen für die zukünftige Energieversorgung zu suchen – wir eine wohldurchdachte, langfristig angelegte und verantwortungsbewußte Energiepolitik betreiben.“

Renate Bastian

Massenentlassungen bei Adidas

Massenentlassungen von rund 1400 Beschäftigten in verschiedenen Werken der Firma Adidas in diesem Jahr sind vom Hauptvorstand der Gewerkschaft Leder (GL) auf seiner Sitzung Mitte September in Stuttgart „auf das Schärfste“ verurteilt worden. Sie fänden statt in Bayern und Rheinland-Pfalz, in Regionen mit bereits hoher Arbeitslosigkeit. Die Betroffenen hätten somit kaum eine Chance, neue Arbeitsplätze zu erhalten. Nach bereits erfolgten Massenentlassungen stehen jetzt laut einsamem Beschluß des Adidas-Vorstandes weitere 912 Kündigungen bevor, darunter im Werk Wallhalben bei Pirmasens (280 Entlassungen), in den Werken Thüngfeld und Scheinfeld bei Nürnberg (440) sowie im Hauptwerk Herzogenaurach (80). Damit werde die größte Entlassungswelle eingeleitet, die je in der deutschen Schuhindustrie vorgenommen wurde. Der Hauptvorstand befürchtet, daß dies der erste Schritt ist, die gesamte Produktion der Firma Adidas ins Ausland zu verlagern.

Zukunft sichern – Lehrer einstellen

Der stellvertretende DGB-Landesbezirksvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Walter Haas, hat zu Schuljahresbeginn Anfang September die Landesregierung aufgefordert, Unterrichtsausfall, Unterrichtsunterbrechung durch fachfremde Lehrer und immer noch zu große Klassen durch Einstellung neuer Lehrer zu beheben. Haas wörtlich: „In einem Land, das die Zukunft gestalten will, kann damit gleichzeitig die Zukunft gut ausgebildeter Kinder von Arbeitnehmern und die Zukunft gut ausgebildeter junger Pädagogen gesichert werden.“ Auch für die Entwicklung eines zukünftigen qualitativ hochstehenden Bildungssystems sei die Einstellung junger Lehrer/innen von hoher Bedeutung.

IGM: Umweltstudie über Sondermüll

Die IG Metall will ihre Betriebsräte auf den bevorstehenden Bau von neuen Verbrennungsanlagen für Sondermüll vorbereiten. Wie die Gewerkschaft Mitte September in Frankfurt mitteilte, müßten sich die Betriebsräte in der Metallindustrie immer häufiger mit der Beseitigung giftiger Industrieabfälle beschäftigen. Mit einer Studie „Notfall Sondermüll“, die die IG Metall zusammen mit dem Öko-Institut erstellt hat, will sie Betriebsräte und Beschäftigte deshalb auf die bevorstehende brisante Diskussion um die Umweltverträglichkeit dieser Anlagen vorbereiten. Der IG Metall gehe es vor allem um die Vermeidung von Sonderabfall.

PERSONALIEN

Michael Böhm, 33, bisher Chefredakteur der sozialdemokratischen „Berliner Stimme“, wurde Anfang Oktober Chef vom Dienst bei der IG-Metall-Mitgliederzeitschrift „metall“ in Frankfurt.

Kurt Golda, der frühere Betriebsratsvorsitzende von BMW, München, übernahm am 6. April 1987 nach seinem Ausscheiden aus dem Betriebsrat die Funktion „Koordination sozialpolitische Sonder- und Gesamtbetriebsratsaufgaben“. Als leitender Angestellter wird er dafür von BMW mit rund 250 000 DM honoriert.

Detlef Haag, 44, 1. Bevollmächtigter der IG-Metall-Verwaltungsstelle Friedrichshafen, Mitherausgeber der NACHRICHTEN, ist am 18. September von der Vertreterversammlung der IGM-Verwaltungsstelle Ulm zum Nachfolger von **Peter Edelmann** gewählt worden. Dieser hatte sich – wie berichtet – im August das Leben genommen.

Hanjo Lucassen, 43, wechselte das Ressort in der DGB-Bundesvorstandsverwaltung in Düsseldorf. Mit Wirkung vom 1. Oktober übernahm der Chef der Abteilung Organisation und Verwaltung die Leitung der Abteilung Personal. Sein Vorgänger, **Arno Wechsel**, trat in den Ruhestand.

Anton Nindl, 47, im geschäftsführenden Hauptvorstand der Gewerkschaft Holz und Kunststoff zuständig für Finanzen, stellte sich am 2./3. Oktober beim Kongreß des gewerkschaftseigenen Automobilclub Europa (ACE) in Hamburg zur Wahl für die Funktion des 2. Vorsitzenden. Nindl wird daher seine Funktion in der GHK niederlegen.

Gisela Schade, 39, Anfang 1986 in den dreiköpfigen geschäftsführenden DGB-Landesbezirksvorstand Hessen gewählt, trat Ende September aus privaten Gründen von ihrer Funktion zurück. Der vakante Posten soll auf einer außerordentlichen Landesbezirkskonferenz am 5. November in Frankfurt wieder besetzt werden.

Hanshorst Viehof, 47, Ende '85 von Bundesarbeitsminister Blüm geschasster Ministerialdirektor im Streit um den Paragraphen 116 AFG, bis 1980 im geschäftsführenden Hauptvorstand der Gewerkschaft HBV, Mitglied der CDA (CDU-Sozialausschüsse), soll laut Bericht der „Neuen Rhein/Ruhr-Zeitung“ Anfang 1988 die Abteilung Berufliche Bildung beim DGB-Bundesvorstand übernehmen. Der derzeitige Leiter, **Felix Kempf**, ginge dann in Rente. Möglicherweise bewahrheitete sich dann, was NACHRICHTEN bereits in Ausgabe 8/86 schrieben, daß sich Viehof damit als Nachfolger von **Gustav Fehrenbach**, 62, anbietet, der im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand u. a. für Bildungspolitik zuständig ist und gleichfalls der CDU angehört.

Der neue VS-Vorstand

Abgegebene Stimmen: 46	Ja-Stimmen
Vorsitzende:	
Anna Jonas	36
stellv. Vorsitzende(r):	
Josef Reding	44
Angela Baumann	24
Beisitzer:	
Günter Grass	40
Klaus Birkenhauer	28
Karlhans Frank*	22
Johano Strasser*	21
* Im 2. Wahlgang	

lem der Landesverband Berlin (West), sprachen sich unter antikommunistischen Vorzeichen gegen INTERLIT aus.

In der Folgezeit entwickelte sich eine regelrechte Schmutzkampagne gegen Engelmann, der daraufhin seine Funktion niederlegte. Auf der Bundesdelegiertenkonferenz 1984 in Saarbrücken wählten die Delegierten mit äußerst knapper Mehrheit den Münchener Sachbuchautor Hans-Peter Bleuel zum neuen Vorsitzenden; 1986 wurde er auf dem VS-Kongreß in Westberlin in dieser Funktion ebenfalls mit knapper Mehrheit bestätigt. Eine bereits in Saarbrücken beschlossene Aufgabe für den VS war die Vorbereitung von INTERLIT II unter dem Arbeitsthema „Literatur und Dritte Welt“ (INTERLIT II wird nunmehr im Herbst 1988 in Erlangen mit 50 Schriftstellern aus der Dritten Welt stattfinden).

Schweigen oder nicht schweigen – das ist oft die Frage!

Nach der Betriebsratswahl – was jetzt? (Teil 6)

Ähnlich Hamlet, den die Schicksalsfrage: Sein oder Nichtsein? bewegte, quält den Betriebsrat in seiner praktischen Arbeit oft die Gewissensfrage: Schweigen oder nicht schweigen? Der Gesetzgeber hat nämlich im Betriebsverfassungsgesetz einige Schlingen ausgelegt, in die ein Betriebsrat schon mal hineintappen kann, wenn er nicht die nötige Vorsicht walten läßt. Da ist neben dem Gebot der „vertrauensvollen“ Zusammenarbeit mit dem Unternehmer (§ 2 Abs. 1) auch die heimtückische Geheimhaltungspflicht (§ 79) für den Betriebsrat.

Aus der Kombination beider Bestimmungen und unter Zuhilfenahme der Friedenspflicht (§ 74 Abs. 2) basteln nicht wenige Unternehmer ein solches Geflecht von Schlingen und Fesseln, daß es einen furchtsamen Betriebsrat regelrecht zur Untätigkeit bringen kann. Und wenn der Chef gar noch aus dem BAG-Urteil vom 15. Dezember 1977 (3 AZR 184/76) zitiert, wird's erst recht haarig. Darin ist die Kennzeichnung der vertrauensvollen Zusammenarbeit als „Unterdrückungsinstrument gegen die Arbeiterklasse“, etwa in einem Flugblatt eines Wahlbewerbers, als „Diffamierung“ dieser gesetzlichen Bestimmung dargestellt worden und als Grund für die außerordentliche Kündigung.

Doch Bangemachen gilt nicht. Es ist ebenso ein anerkannter Grundsatz, daß die vertrauensvolle Zusammenarbeit, so sehr sie tatsächlich den Betriebsrat von der Belegschaft entfremdet und vom konsequenten Auftreten gegenüber dem Unternehmer abhalten soll, keine Einbahnstraße ist und auch dem Unternehmer bestimmte Verpflichtungen auferlegt. Wenn der z. B. dem Betriebsrat Informationen und Unterlagen vorenthält oder gar verweigert, eigenmächtig Überstunden oder andere beteiligungspflichtige Maßnahmen anordnet, gegen den Betriebsrat mit Druck, Einschüchterung und Verleumdungen vorgeht und was es in den Betrieben sonst noch an provokativem Unternehmerverhalten gibt, so handelt es sich im Sinne des BetrVG um Verletzungen des Grundsatzes der vertrauensvollen Zusammenarbeit.

Damit das richtig verstanden wird: Hier soll nicht dafür plädiert werden, eine Vertrauensbasis zwischen Betriebsrat und Unternehmer herzustellen. Es geht darum, diesen ungeliebten Gesetzespassus, wenn er schon da ist, so anzuwenden, daß er als zusätzliches Hilfsmittel für die Betriebsratsarbeit dienen kann. Viel zu selten wird nämlich der Spieß umgedreht! Ein Unternehmer, der die Rechte und Würde des Betriebsrats nicht respektiert, sollte vor der Belegschaft, bei der Gewerkschaft und in der Öffentlichkeit als jemand darge-

stellt werden, mit dem ein fairer Umgang fast nicht möglich ist.

Grundsätzlich empfiehlt sich in jedem Betriebsrat die Anlage eines „Sündenregisters“: Jede Mißachtung von Betriebsrats- und Arbeitnehmerrechten, jedes rüde Unternehmerverhalten sollte – unabhängig vom jeweiligen gewerkschaftlichen oder arbeitsrechtlichen Vorgehen – aktenkundig gemacht werden. Dem Unternehmer wäre auch jedesmal mitzuteilen, daß der konkrete Fall vom Betriebsrat als abermaliger Verstoß gegen § 2 Abs. 1 BetrVG angesehen wird, wogegen er ausdrücklich protestiert. Eine solche Akte kann in Konfliktfällen, namentlich im arbeitsgerichtlichen Verfahren, die Position des Betriebsrats oder eines betroffenen Arbeitnehmers erheblich verbessern. Unternehmer sind z. B. sehr schnell bei der Hand mit dem Vorwurf gegen Betriebsratsmitglieder, die „Vertrauensbasis“ sei zerstört, weshalb eine Weiterbeschäftigung unzumutbar sei. Der Nachweis fortgesetzter Unzumutbarkeit eines Unternehmerverhaltens ist dann wertvoll. Außerdem kann ein Betriebsrat, der an dieser Flanke längere Vorarbeit geleistet hat, im Konfliktfalle sowohl im Betrieb als auch in der Öffentlichkeit mit mehr Aufgeschlossenheit und Solidarität rechnen.

Schwierigkeiten gibt es in manchen Betriebsräten auch im Umgang mit der Geheimhaltungspflicht nach § 79 BetrVG. Da teilt der Unternehmer fast beiläufig im Wirtschaftsausschuß mit, daß die Bandstraßen in Halle X demnächst durch Vollautomaten ersetzt werden sollen; da die Überlegungen aber noch nicht abgeschlossen seien, bitte er um Stillschweigen. Oder der Unternehmer sagt dem Betriebsrat, der Zwang zur Sparsamkeit zwingt wahrscheinlich zur Abschaffung der Werksbusse oder des Kantinenessens oder sogar von beidem. Das werde aber noch durchgerechnet, und bis dahin möge der Betriebsrat das noch für sich behalten. Und vielleicht verweist er dabei noch auf § 79 BetrVG.

Es ist schon vorgekommen, daß die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses tatsächlich geschwiegen haben, und das so-

gar gegenüber den eigenen Betriebsratskollegen. Aber in beiden genannten Beispielen ist das Geheimhaltungsverlangen nach § 79 nicht gerechtfertigt. Zunächst einmal soll nach dem Gesetzestext die Geheimhaltungspflicht nur greifen, wenn dem Betriebsrat bzw. dem außerdem bezeichneten Personenkreis ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis „bekannt geworden“ ist und dies außerdem vom Unternehmer „ausdrücklich als geheimhaltungsbedürftig bezeichnet“ wurde.

Was Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse sind, kann man in den BetrVG-Kommentaren nachlesen. Weder die Ersetzung einer Produktionsanlage noch die Streichung von Werksbussen oder Betriebsessen fallen darunter. Die Geheimhaltung eines tatsächlichen Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses kann der Unternehmer nur vom Organ Betriebsrat und seinen Mitgliedern als betriebsverfassungsrechtliche Funktionsträger verlangen. Alle anderen Personen und auch Betriebsratsmitglieder in ihrer Eigenschaft als Arbeitnehmer sind ohnehin aus ihrem Arbeitsvertrag in der Regel zur Geheimhaltung verpflichtet.

Der Betriebsrat ist jedoch gehalten, unverzüglich zu prüfen, ob es sich wirklich um ein geheimzuhaltendes Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis handelt. Er kann sich darüber mit der Gewerkschaft beraten, da Gewerkschaftsvertreter nach § 79 Abs. 2 ebenfalls der Schweigepflicht unterliegen. Zum Problem wird die Schweigepflicht für den Betriebsrat immer dann, wenn sie ihn hindert, Maßnahmen zum Schutz der Interessen der Betroffenen zu ergreifen.

Im BetrVG-Kommentar Siebert/Degen/Becker (zu § 79, Rdn. 7) haben wir dazu u. a. geschrieben: „Es können auch Fälle auftreten, wo die Interessen der Beschäftigten so sehr berührt werden, daß die Profitinteressen des Unternehmers dahinter zurücktreten müssen (z. B. bei Betriebsstillegungen). Hier könnte der Betriebsrat seine elementarsten Schutzaufgaben nach dem Gesetz nicht mehr wahrnehmen, wenn er die Belegschaft nicht informieren würde. Damit würde aber das Betriebsverfassungsgesetz praktisch außer Kraft gesetzt; eine derart weite Auslegung darf daher § 79 nicht erfahren.“

In der Praxis haben sich dem Betriebsrat, wenn er sich auf vernünftige Rechtspositionen allein nicht verlassen will, verschiedene Wege eröffnet, um aktiv zu werden. So entstehen im allgemeinen vor drohender Stilllegung oder anderen drastischen Maßnahmen sehr schnell Gerüchte im Betrieb oder außerhalb (vielleicht hat einer vom Betriebsrat, der nicht ausfindig zu machen ist, sogar nachgeholfen?). Wo aber Gerüchte kursieren, kann der Betriebsrat den Unternehmer zur klaren Stellungnahme auffordern. Oder in der Betriebsversammlung berichtet ein Arbeitnehmer von den Gerüchten und verlangt vom Unternehmer eine Erklärung. Auf jeden Fall gilt: Die Geheimhaltungspflicht greift viel seltener als mancher glaubt, und die Wahrheit kennt verschlungene Wege. (Wird fortgesetzt) Gerd Siebert

Konservative Zukunftsvision: Rente unter Sozialhilfeniveau

Die marktradikalen Vordenker des Kronberger Kreises (siehe Kasten) haben sich wieder zu Wort gemeldet. Diesmal mit umfangreichen Vorschlägen zur „Reform der Alterssicherung“, die im Juni veröffentlicht wurden. Praktische Bedeutung haben diese Vorschläge, weil bereits kurz darauf bekanntgewordene Überlegungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) in die gleiche Richtung zielen: Erhöhung des Rentenalters, starke Senkung des Rentenniveaus, Privatisierung der Altersversorgung.

Der BDI hat sich mit seinen Vorschlägen deutlich von dem ebenfalls im Juni vorgelegten sozialpartnerschaftlichen Gutachten des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger distanziert, das von Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände erarbeitet wurde. In diesem Gutachten wurde nachgewiesen, daß mit einer erheblichen Erhöhung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung die zukünftige Belastung von Rentnern und Beitragszahlern in Grenzen gehalten werden kann. Der BDI will nun einen höheren Bundeszuschuß verhindern, damit statt dessen auf der anderen Seite weitere Steuersenkungen zugunsten der Gewinne möglich bleiben. In diese Überlegungen passen die Vorschläge des Kronberger Kreises, die das gleiche Ziel verfolgen und die überdeutlich die angestrebte Richtung bei der Rentenreform aufzeigen.

Die konservativen Professoren verstehen ihre Überlegungen für eine „ideale Alterssicherung und wie vor allem die Rolle des Staates dabei auszusehen hätte“ denn auch als Orientierungshilfe für die bis 1989 durchzuführende Strukturreform der Rentenversicherung. Nach einer Übergangszeit von 40 Jahren, in der die Maßnahmen schrittweise eingeführt werden, soll nach diesen Vorstellungen die Rentenversicherung folgendermaßen aussehen:

- Die dynamische, lohnbezogene Rente wird durch eine beitragsabhängige „Existenzsicherungsrente“ in Höhe von etwa 40 Prozent des Nettolohnes bei 45 Beitragsjahren ersetzt; es wird vorgeschlagen, ernsthaft zu erwägen, die Renten „etwas unterhalb der Sozialhilfeansprüche festzusetzen“. Wer mehr Rente will, muß sich privat versichern (Lebensversicherung usw.). Der Beitragssatz für die „Existenzsicherungsrente“ bleibt allerdings auf der heutigen Höhe von rund 19 Prozent!

- Der Arbeitgeberbeitrag zur Rentenversicherung entfällt. Statt dessen wird der Bruttolohn einmalig um diesen Beitrag erhöht, von dem dann der gesamte Rentenbeitrag (einschließlich aller Erhöhungen) gezahlt wird. Gleichzeitig besteht Beitragspflicht für alle (auch Nichtberufstätige und Angehörige) über 20jährigen.

- Das normale Rentenalter wird etwa vom Jahr 2000 an stufenweise auf 67 Jahre heraufgesetzt; bei vorzeitigem Pensionsalter wird die Rente entsprechend gekürzt.

- Das Solidarprinzip (soziale Umverteilung) in der Rentenversicherung wird ab-

Was ist der Kronberger Kreis?

Der Kronberger Kreis ist ein Zusammenschluß konservativer Wirtschaftsprofessoren, u. a. Wirtschaftswoche-Herausgeber Wolfram Engels (CDU), die den wissenschaftlichen Beirat des Frankfurter Instituts für wirtschaftspolitische Forschung e. V. bilden. Sie wollen als eine Art marktradikale Vordenkfabrik ein konservatives, sozialreaktionäres und geschlossenes Gesamtkonzept für die Anpassung der bundesdeutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik an die veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen entwickeln. Dementsprechend lauten ihre seit 1983 veröffentlichten Vorschläge: MEHR MARKT – ... für den Mittelstand, ... im Verkehr, ... in der Wohnungswirtschaft, ... im Arbeitsrecht, ... im Gesundheitswesen, usw. Ihre letzten Vorschläge: „Reform der Alterssicherung“, Bad Homburg, Juni 1987 (Alle Zitate im Text aus dieser Broschüre).

geschafft, sogenannte versicherungsfremde Aufgaben (u. a. Ersatz- und Ausfallzeiten) werden drastisch verringert. Der Staatshaushalt wird fast vollständig von der Finanzierung entlastet, indem gleichzeitig der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung nicht mehr pauschal, sondern nur noch für die (weitgehend abgebauten) versicherungsfremden Aufgaben erfolgt.

Hinter diesen Vorschlägen steckt ebenso wie hinter den sozial stärker verschleierte Vorstellungen von Arbeitgeberverbänden und Wenderegierung nur ein Ziel: Es

geht um eine bislang unvorstellbare Umverteilung des gesellschaftlich geschaffenen Reichtums von unten nach oben. Mit der Rentenstrukturreform soll die Gewinnquote zu Lasten des Anteils der Löhne und Gehälter weiter erhöht werden. Zum einen entfällt der Arbeitgeberbeitrag. Die einmalige Erhöhung der Bruttoalöhne um diesen Anteil ermöglicht – so die Überlegung – geringere Lohnsteigerungen als ohne diese Maßnahme, und die Unternehmen haben mit zukünftigen Beitragssatzerhöhungen nichts mehr zu tun – die tragen allein die Versicherten. Gleiches gilt für die bisher erworbenen höheren Rentenansprüche, die in der Übergangszeit fällig werden: sie sollen von den heutigen Rentnern, den heutigen Erwerbstätigen und den zukünftigen Beitragszahlern aufgebracht werden. Die andere und bedeutendere Umverteilung zugunsten der Gewinne soll über den Bundeshaushalt erfolgen. Die Sozialausgaben, wie der Zuschuß zur Rentenversicherung, sollen verringert werden oder möglichst ganz entfallen. Dafür soll es auf der Einnahmenseite zu weiteren Senkungen der Unternehmens- und Gewinnsteuern kommen.

Staat und Kapital wären nach diesem Modell aus der sozialen Sicherung weitgehend ausgeschaltet – die sozialen Folgen privatwirtschaftlichen Produzierens sollen von den Betroffenen vollkommen selbst getragen werden. Zur Finanzierung der Renten blieben nur Versicherte und Rentner, wobei nach den Vorschlägen des Kronberger Kreises selbst die minimale „Existenzsicherungsrente“ zwar beitrags-, aber nicht mehr lohnbezogen sein soll. Und damit wären dann in Zukunft sogar Lohnsenkungen möglich, ohne die Rentenfinanzen zu gefährden!

Mit den gemachten Vorschlägen sollen aber gleichzeitig auch neue Anlagemöglichkeiten für die erhöhten Gewinne geschaffen werden: Das große Geschäft würden private Lebens- und Rentenversicherungskonzerne machen. Die von den Versicherungen gesammelten Gelder sollen – so ein weiterer Vorschlag – im In- und Ausland investiert und bei Bedarf wieder abgezogen werden: Kapitalexpert aus Rentenbeiträgen zur Stärkung der internationalen Machtpositionen des deutschen Finanzkapitals! Man sieht: die Professoren des Kronberger Kreises haben umfassend nachgedacht.

Das Gefährliche an den Plänen zur Strukturreform der Rentenversicherung ist, daß die Maßnahmen schrittweise im Laufe von Jahren einsetzen und der einzelne Betroffene die Auswirkungen zunächst kaum wahrnehmen und abschätzen kann. Soll der einzig sozial verträgliche Weg zur Sicherung der Rentenfinanzen durch einen erheblich höheren Bundeszuschuß offengehalten werden, dann muß jetzt der von den Gewerkschaften angekündigte Widerstand gegen die unsoziale Steuerreform vorangetrieben werden, dann muß darüber hinaus aber auch durch eine wieder stärkere Gewinnbesteuerung die Finanzierung der Renten gesichert werden.

Udo Gelhausen

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT:

Rund um die Kündigung

Nach wie vor sind über 80 Prozent aller Arbeitsgerichtsverfahren Kündigungs-schutzklagen. Aus dem Bereich des Kündigungsrechts einige neuere Urteile:

Krankheitsbedingte Kündigungen

Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) ist die Kündigung wegen langanhaltender Krankheiten bzw. wegen häufiger Kurzerkrankungen möglich. Ob eine derartige Kündigung gerechtfertigt ist, soll sich nach den Umständen des Einzelfalls richten. Sozial gerechtfertigt soll die Kündigung nur dann sein, wenn aufgrund objektiver Umstände mit einer Arbeitsunfähigkeit auf nicht absehbare Zeit zu rechnen ist. Außerdem müssen die entstandenen und für die Zukunft zu erwartenden Fehlzeiten zu einer erheblichen Beeinträchtigung der betrieblichen Interessen führen. Allerdings zeigt sich in der Rechtsprechung des BAG die gefährliche Tendenz, den betrieblichen Interessen immer mehr Vorrang einzuräumen. Grundlegend hatte das BAG mit Urteil vom 7. November 1985 (2 AZR 657/84) entschieden, daß eine Kündigung wegen häufiger Kurzerkrankungen nur dann sozial gerechtfertigt ist, „wenn aufgrund der abschließenden Interessenabwägung im konkreten Einzelfall sich eine unzumutbare betriebliche oder wirtschaftliche Belastung ergibt“. Für den Fall einer langandauernden krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit hat das BAG am 30. Januar 1986 (2 AZR 668/84) dagegen entschieden, daß der Arbeitgeber eine „erhebliche Betriebsbeeinträchtigung nicht darlegen müsse“.

Kündigung wegen Betriebsstillegung

Problematisch ist auch diese Entscheidung des BAG (Urteil vom 27. Februar 1987 – 7 AZR 652/85): Das BAG stellt ausschließlich auf den Willen des Arbeitgebers ab: „Der Arbeitgeber ist nicht gehalten, eine Kündigung erst nach Durchführung der Stillegung auszusprechen. Neben der Kündigung wegen erfolgter Betriebsstillegung kommt deshalb auch eine Kündigung wegen beabsichtigter Stillegung in Betracht. Wird die Kündigung auf einen Entschluß des Arbeitgebers gestützt, der die künftige Entwicklung der betrieblichen Verhältnisse betrifft, so kann sie bereits dann ausgesprochen werden, wenn die betrieblichen Umstände greifbare Formen angenommen haben und eine vernünftige und betriebswirtschaftliche Betrachtung die Prognose ergibt, daß bis zum Auslaufen der einzuhaltenden Kündigungsfrist die geplante Maßnahme durchgeführt ist und der Arbeitnehmer somit entbehrt werden kann.“

Die soziale Rechtfertigung einer Kündigung wegen beabsichtigter Betriebsstillegung setzt voraus, daß der Unternehmer im Zeitpunkt des Zugangs der Kündigung den ernsthaften und endgültigen Entschluß gefaßt hat, den Betrieb nicht nur vorübergehend stillzulegen.

Die Ernsthaftigkeit und Endgültigkeit dieses Entschlusses erfordert nicht, daß er dem eigenen Wunsch des Unternehmers entspricht. Sieht sich der Unternehmer zu dem Entschluß durch außerbetriebliche Umstände gezwungen, so ist es unschädlich, wenn er sich vorbehält, einen Entschluß nicht zu verwirklichen, wenn sich die Verhältnisse wider Erwarten anders als bei vernünftiger Betrachtung vorhersehbar entwickeln.“

Gratifikationen bei betriebsbedingten Kündigungen

Es gibt tarifvertragliche Klauseln, die die Zahlung von Gratifikationen von einem „ungekündigten Arbeitsverhältnis“ abhängig machen. Mit Urteil vom 4. September 1985 (5 AZR 655/84) hat das BAG entschieden, daß die Gratifikationen auch dann gezahlt werden müssen, wenn die Arbeitsverhältnisse aus betriebsbedingten Gründen gekündigt worden sind.

Änderungskündigungen

Zu der Sozialauswahl bei Änderungskündigungen hat das Bundesarbeitsgericht am 13. Juni 1986 (7 AZR 623/84) ein Grundsatzurteil gefällt:

„1. Das Gebot der ausreichenden Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte bei der Auswahl des zu kündigenden Arbeitnehmers gilt auch für betriebsbedingte Änderungskündigungen.“

2. Für die Frage der in die Sozialauswahl einzubeziehenden vergleichbaren Arbeitnehmer kommt es bei einer Änderungskündigung nicht nur darauf an, ob die betreffenden Arbeitnehmer nach ihren bisherigen Tätigkeiten miteinander verglichen werden können und damit auf ihren innergehabten Arbeitsplätzen gegeneinander austauschbar sind. Hinzukommen muß, daß diese Arbeitnehmer auch für die Tätigkeit, die Gegenstand des Änderungsangebotes ist, wenigstens annähernd gleich geeignet sind. Die Austauschbarkeit muß sich also auch auf den mit der Änderungskündigung angebotenen Arbeitsplatz beziehen.

3. Bei Änderungskündigungen ist im Rahmen der sozialen Auswahl auch zu prüfen, welcher der vergleichbaren Arbeitnehmer durch die angebotenen neuen Arbeitsbedingungen schwerer belastet wird. Insofern können u. a. Vorbildung und persönliche Eigenschaften wie Wendigkeit,

schnelle Auffassungsgabe, Anpassungsfähigkeit und Gesundheitszustand von Bedeutung sein.“

Eine Änderungskündigung ist unwirksam, wenn die unternehmerische Maßnahme, auf der sie beruht, der Mitbestimmung des Betriebsrats unterliegt, der Betriebsrat jedoch nicht ordnungsgemäß beteiligt worden ist: „Die ordnungsgemäße Durchführung des Mitbestimmungsverfahrens nach § 87 BetrVG ist Voraussetzung für die Wirksamkeit einer individualrechtlichen Maßnahme gegenüber dem Arbeitnehmer.“ Da der Betriebsrat nicht ordnungsgemäß beteiligt war, gab das LAG Frankfurt/M. mit Urteil vom 27. November 1986 (9 Sa 828/86) einer Metallarbeiterin recht, die – bei Einführung eines Zweischichtenbetriebes – gegen die Änderung ihrer Arbeitszeit geklagt hatte.

Kündigung nach Abmahnungen

Verhaltensbedingten Kündigungen gehen in der Regel Abmahnungen voraus. Gegen diese Abmahnungen kann der Betroffene arbeitsgerichtlich vorgehen. Was passiert, wenn er das nicht tut? In einem Fall, in dem eine Kündigung wegen häufiger Verspätungen nach mehreren Abmahnungen ausgesprochen wurde, hatte das Landesarbeitsgericht den Standpunkt vertreten, der Betroffene könne sich im Kündigungsschutzprozeß nicht mehr auf die Unrichtigkeit und Unwirksamkeit der Abmahnungen berufen. Er hätte sich dagegen vorher wehren müssen.

Das BAG wies diesen Standpunkt ausdrücklich zurück und entschied:

„1. Für den Arbeitnehmer besteht weder eine arbeitsvertragliche Nebenpflicht, noch eine entsprechende Obliegenheit, gegen die Richtigkeit einer Abmahnung gerichtlich vorzugehen.“

2. Hat der Arbeitnehmer davon abgesehen, die Berechtigung einer Abmahnung gerichtlich überprüfen zu lassen, so ist er grundsätzlich nicht daran gehindert, die Richtigkeit der abgemahnten Pflichtwidrigkeit in einem späteren Kündigungsschutzprozeß zu bestreiten.“ (BAG, Urteil vom 13. März 1987 – 7 AZR 601/85)

Zeugnis bei Kündigungsschutzprozeß

Der Unternehmer kann auf einen gekündigten Arbeitnehmer keinen Druck dadurch ausüben, daß er während des Kündigungsschutzprozesses nur ein Zwischenzeugnis erstellt: „Ein fristgerecht entlassener Arbeitnehmer hat spätestens mit Ablauf der Kündigungsfrist oder bei seinem tatsächlichen Ausscheiden Anspruch auf ein Zeugnis über Führung und Leistung (§ 630 BGB) und nicht lediglich auf ein Zwischenzeugnis. Das gilt auch dann, wenn die Parteien in einem Kündigungsschutzprozeß über die Rechtmäßigkeit der Kündigung streiten.“ (BAG, Urteil vom 27. Februar 1987 – 5 AZR 710/85).

Barbara Degen

Bundesarbeitsgericht entschied gegen geringfügig Beschäftigte

Elke Zwoch, Gebäudereinigerin aus Kiel, ist wütend: „Wenn man mir eine pauschalierte Lohn- und Kirchensteuer abziehen darf, die noch nicht einmal auf einer Lohnsteuerkarte eingetragen wird und bei einem Lohnsteuerjahresausgleich geltend gemacht werden kann, dann ist da etwas faul!“ In einem höchstrichterlichen Urteil hatte der 5. Senat des Bundesarbeitsgerichtes in Kassel am 5. August entschieden, daß ein Arbeitgeber durchaus berechtigt sei, die pauschalierte Lohnsteuer von 10 Prozent sowie eine eventuell darauf zu erhebende Kirchensteuer vom Arbeitnehmerlohn abzuziehen (Az.: 5 AZR 22/86).

„Ich habe hier getobt!“ beschreibt die 42jährige Betriebsrätin Zwoch ihre Empörung, als sie von diesem Urteil erfuhr. Mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft, der IG Bau – Steine – Erden, hatte sie vor dem höchsten bundesdeutschen Arbeitsgericht geklagt. Der im Gebäudereinigerhandwerk allgemein verbreiteten Praxis, die pauschale Lohnsteuer vom als „Bruttolohn“ deklarierten Tariflohn einzubehalten, sollte endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Vergeblich.

Dabei schien die Sachlage zumindest aus steuerrechtlicher Sicht klar: Um Finanzämtern und Arbeitgebern Verwaltungskosten zu ersparen, kann bei „kurzfristigen“ oder „geringfügigen“ Beschäftigungsverhältnissen auf eine Lohnsteuerkarte verzichtet werden. Statt dessen wird eine vereinfachte Lohnsteuerpauschale von 10 Prozent des Arbeitsentgeltes erhoben. Der Arbeitgeber ist Steuerschuldner. Er muß die Lohnsteuer (ob pauschaliert oder nicht) an das zuständige Finanzamt abführen (§ 40 a EStG).

Besser informiert durch NACHRICHTEN

Das bedeute aber noch lange nicht, so argumentierte der Bundesinnungsverband des Gebäudereinigerhandwerks, daß der Arbeitgeber verpflichtet sei, die Pauschalsteuer auch selbst zu tragen, auch wenn dies in anderen Wirtschaftsbereichen durchweg übliche Praxis ist. Im Rahmen der „Vertragsfreiheit“ zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern könne die pauschalierte Lohnsteuer auch auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden. Dies hatte das Bundesarbeitsgericht bereits am 22. Juni 1978 festgestellt (Az.: 3 AZR 156/77). Ein Urteil, das nicht einmal die „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ beeindrucken konnte: „Der Normalfall

ist, daß der Arbeitgeber die Pauschalsteuer trägt“, so eine Stellungnahme vom 11. September 1986. Der „Bundesverband der Deutschen Industrie“ (BDI) ist da gleicher Ansicht, denn „die Lohnsteuerpauschale wird ja selbstverständlich im Lohn mit einkalkuliert“.

In einem für die IG Bau – Steine – Erden erstellten Rechtsgutachten verwies die Bonner Wissenschaftlerin Prof. Dr. Brigitte Knobbe-Keuk darauf, daß

Beziehungskiste: gutes Klima

In erfreulichem Umfang haben in jüngster Zeit die Kontakte bundesdeutscher Gewerkschaften, des DGB und seiner Landesbezirke sowie der Einzelgewerkschaften, zu Gewerkschaften sozialistischer Länder, insbesondere der DDR, zugenommen. Erst Ende August schloß die IG Bau – Steine – Erden eine Lücke. Als letzte der 17 Einzelgewerkschaften im DGB knüpfte sie zarte Bande mit der entsprechenden Partnergewerkschaft im anderen deutschen Staat, der IG Bau – Holz (vgl. NA 9/87). Intensiviert hat sich der Kontakt auf (Landes-)Bezirksebene DGB-FDGB. Kürzlich weilte eine Delegation des hessischen DGB im Bezirk Erfurt. Repräsentanten des nordrhein-westfälischen DGB waren Ende September zu Gast beim FDGB des Bezirks Leipzig. Zur gleichen Zeit hielt sich eine Delegation der Gewerkschaft Erziehung und Unterricht in Kassel auf, zur Fortsetzung des friedenspädagogischen Dialogs mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Vom 21. bis 24. Oktober wird der Vorsitzende der IG Metall, Steinkühler, zu Gesprächen mit dem Vorsitzenden der gleichnamigen Organisation der DDR, Sommer, nach „drüben“ fahren.

Grundlage verbesserter Beziehungen, insbesondere auf der Ebene DGB-FDGB, ist die zwischen Ernst Breit und Harry Tisch Ende Mai in Berlin/DDR unterzeichnete 9-Punkte-Erklärung (veröffentlicht in NA 7/87), in der der weitere Besuch, Erfahrung- und Kulturaustausch vereinbart

● die Entscheidung über eine pauschale Lohnbesteuerung nach der gesetzlichen Regelung allein beim Arbeitgeber liegt und auch gegen den Willen des Arbeitnehmers erfolgen kann;

● bei der individuellen Lohnsteuer Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen, Freibeträge und der Familienstand des Arbeitnehmers berücksichtigt und im Lohnsteuerjahresausgleich geltend gemacht werden können. Bei der Pauschallohnsteuer sei dies nicht der Fall.

Für die Richter in Kassel waren dies offenbar keine ernstzunehmenden Bedenken. Ihre Urteilsbegründung wird erfahrungsgemäß noch einige Monate auf sich warten lassen, aber für Elke Zwoch ist schon heute klar, daß „die Gefahr besteht, daß diese Entscheidung jetzt auch auf andere Bereiche übergreifen wird“. Sie fordert von der Bonner Regierung eine Gesetzesänderung, die die geringfügig Beschäftigten Arbeitnehmer nicht länger benachteiligt. „Alles, was heute unter 2 Stunden pro Tag liegt, ist hoffnungslos. Das einzigste, worauf wir Betriebsräte hinwirken können, ist, daß die betroffenen Kolleginnen und Kollegen sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden und dann über die Lohnsteuerkarte ihre Steuern bezahlen!“ W. St.

wurden. Beigetragen hat aber sicher auch die allgemeine Klimaverbesserung im Ost-West-Verhältnis insgesamt, vor allem frische, unorthodoxe Abrüstungsvorschläge aus dem Osten, die jetzt – erstmals in der Menschheitsgeschichte – zur realen Abrüstung hochgefährlicher Waffen führen können. Was liegt näher, als diesen Prozeß der Entspannung von seiten der Gewerkschaften zu untermauern, ja, weiter voranzutreiben?

Mehr noch als Staaten haben die arbeitenden Menschen Interesse an einer sicheren Zukunft, an gesunder Umwelt und humanen Lebensbedingungen. Die Einsicht, daß Konfrontation zwischen Menschen, Parteien, Staaten unterschiedlicher Systemzugehörigkeit niemandem etwas bringt, war auch Leitgedanke bei der Erarbeitung des Dokuments zwischen SPD und SED. Globale Probleme sind nur noch gemeinsam zu lösen. Aus dieser Erkenntnis – durchaus nichts Normales! – formulierten sie, ohne Unterschiede zu verwischen, auch Prinzipien des vernünftigen Dialogs, die gleichwohl der Gewerkschaftsbewegung hüten wie drüben Vorbild sein können. Zu fragen ist allerdings abschließend auch, ob es nicht angesichts globaler Gefahren und traditionell internationalistischer Haltung von Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nun an der Zeit ist, auch das multilaterale Gespräch zwischen den internationalen Gewerkschaftsbünden zu beleben. B. K.

Strittige Themen vom TUC-Kongreß in eine Kommission verlagert

Konfrontiert mit einem enormen Mitgliederschwund, einer erneuten Niederlage der Labour-Party bei den jüngsten Parlamentswahlen und einem schlechter werdenden Image der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit, beschäftigte sich der 119. Kongreß des britischen Gewerkschaftsdachverbandes, TUC, vom 7. bis 11. September in Blackpool überwiegend mit den eigenen Organisationsstrukturen. Eine befriedigende Lösung für die vorhandenen Probleme konnte noch nicht gefunden werden.

Die Mitgliederverluste kamen nicht von heute auf morgen. Seit 1979 verminderte sich die Zahl der Gewerkschafter/innen kontinuierlich jedes Jahr um mehrere hunderttausend. Insgesamt verließen – per Saldo – über drei Millionen Beitragszahler die traditionsreichen britischen Arbeitnehmerorganisationen. Die Mitgliedskarteien schrumpften damit um ein rundes Viertel. Der dritte Wahlsieg der Tories war auch keine allzu große Überraschung. Dennoch verhielten sich die Gewerkschaften in den vergangenen acht Jahren so, als wäre ihr politischer Arm, die Labour-Party, nur vorübergehend nicht an der Regierung. Da die Ursache für die Talfahrt ausnahmslos in der gewerkschaftlichen Regierungspolitik gesehen wurde, ist den hausgemachten Problemen bislang wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden.

Die mit viel Aufwand erarbeiteten wirtschaftspolitischen Empfehlungen des TUC an die Thatcher-Administration stießen zunehmend auf taube Ohren. Zur gleichen Zeit sank der Anteil an Labour-Wählern unter den Gewerkschaftsmitgliedern auf 42 Prozent im Juni dieses Jahres. John Edmonds, Generalsekretär der dritt-

vereinigten Unterstützung ihrer Mitglieder basiere und schlußfolgerte: „Wir müssen zuerst unsere Mitglieder überzeugen, bevor wir irgend jemand anderen für unsere Politik gewinnen können.“

Die mangelnde Flexibilität der Gewerkschaften gegenüber den veränderten Beschäftigungsstrukturen wurde in vielen Redebeiträgen als eine der wesentlichen Ursachen für die aktuellen Probleme gewertet. Alle Delegierten stimmten darin überein, daß die steigende Zahl von Angestellten, Teilzeitkräften, Arbeitnehmerinnen und Beschäftigten mit befristeten Arbeitsverträgen bei der zukünftigen Gewerkschaftspolitik stärker berücksichtigt werden muß.

Die wachsenden Schwierigkeiten gewerkschaftlicher Rekrutierung erhöhten auch die Konflikte zwischen den 87 Verbänden, die derzeit unter dem TUC-Dach vereinigt sind. Da in dem britischen Gewerkschaftssystem viele Organisationen für mehrere Regionen, Branchen und Berufsgruppen zuständig sind, bewerben sie sich in manchen Unternehmen in zweistelliger Anzahl um die Gunst der Beschäftigten. Auch wenn sich die Zahl der Gewerkschaften in den letzten Jahren durch einzelne Zusammenschlüsse vermindert hat, nahm die Konkurrenz unter den verbliebenen Verbänden nicht ab, sondern zu.

Insbesondere die Gewerkschaften der Elektriker (EETPU) und Techniker (AEU) haben sich in der Vergangenheit durch ihre Rücksichtslosigkeit gegenüber den anderen Organisationen unbeliebt gemacht. Mit Hilfe sogenannter „single union agreements“ haben sie sich von den Arbeitgebern als die einzigen legitimen Gesprächspartner anerkennen lassen und damit andere Gewerkschaften aus den Betrieben herausgedrängt. Durch den Abschluß von „no strike deals“ verzichteten sie vertraglich auf ihr Streikrecht, um die Arbeitgeber zu finanziellen Zugeständnissen zu bewegen.

Für diese Art von Tarifpolitik sowie aufgrund von Streikbrechertätigkeiten ihrer Mitglieder ist die EETPU zwar mehrfach gerügt worden, Ausschußanträge fanden bisher jedoch keine Mehrheit. Auch der diesjährige Kongreß vertagte eine Konfliktlösung, indem lediglich beschlossen

wurde, einen Untersuchungsausschuß einzurichten, der die gewerkschaftlichen Organisations- und Rekrutierungspraktiken näher beleuchten soll.

Die Verlagerung der strittigen Themen von der Konferenz in die Untersuchungskommission kann nicht nur als taktischer Schachzug gewertet werden, mit dem es dem TUC-Vorstand gelungen ist, die innergewerkschaftlichen Spannungen aus dem öffentlichen Rampenlicht zu bekommen. Es ist allgemein bekannt, daß es zur Zeit noch keine umfassende Lösungsstrategie gibt, die von allen Verbänden getragen wird. Die kausale Verknüpfung des gesunkenen Ansehens der britischen Arbeitnehmerorganisationen und des auf Konkurrenz angelegten Gewerkschaftssystems tritt dadurch immer deutlicher zutage. Die überaus komplizierte Organisationsstruktur und die häufig auf Partikularinteressen ausgerichtete Politik der dem TUC angeschlossenen Verbände erschwert ein einheitliches Vorgehen.

Um der in ihrer Gewerkschaftsfeindlichkeit nicht zu übertreffenden konservativen Regierung etwas entgegensetzen zu können, bedarf es starker Interessensvertretungsorgane der abhängig Beschäftigten. Den anhaltenden Mitgliederschwund können die Gewerkschaften aber nur durch Neuorientierungen überwinden. Vor diesem Hintergrund wird die besondere Bedeutung der eingerichteten Untersuchungskommission deutlich.

Ein Platz auf dem Podium des Kongresses blieb während der ganzen Woche leer. Ben Uunlenga, Generalsekretär der Minenarbeitergewerkschaft Namibias, wurde nach der Rückkehr von seinem letzten Besuch beim TUC auf dem Flughafen in Johannesburg verhaftet. Er hatte die Einladung der britischen Gewerkschaftszentrale, die zwei Wochen bis zur Blackpooler Konferenz in London zu verweilen, abgelehnt. TUC-Vorsitzender Norman Willis: „Er zog es vor, zurückzukehren, obwohl es für ihn möglich gewesen wäre, hierzu bleiben. Er kämpft für die namibische Gewerkschaftsbewegung und für die Freiheit der arbeitenden Menschen überall.“

Die starke Solidarität der britischen Gewerkschafter/innen für ihre südafrikanischen Bruderorganisationen drückte sich nicht nur in dem überwältigenden Applaus aus, der Norman Willis Worten folgte. Die Delegierten übten auch praktische Hilfe. Sie beschlossen einstimmig, alle Gewerkschaftsmitglieder aufzufordern, den Gegenwert eines Stundenlohnes für ihre südafrikanischen Kolleginnen und Kollegen zu spenden. Mit diesem Geld soll die in der Vergangenheit bereits erfolgte intensive finanzielle Unterstützung weiter aufgestockt werden.

Wenn sich die gewerkschaftliche Zusammenarbeit auf nationaler Ebene auch manchmal schwierig gestaltet, die praktische Solidarität der britischen Gewerkschaften auf internationalem Gebiet ist beispielhaft.

Armin Mittelstädt, London

Netz der Solidarität

Jörg Jungmann/Klemens Schütters (Hrsg.): Solidarität '87 – Analysen, Perspektiven und „weiter so!“, Dokumentation, Wiesbaden 1987, 139 Seiten, Preis 5,- DM.

... daß die Unternehmerverbände bereit waren, in diesem Jahr eine weitere 1 1/2-stündige Arbeitszeitverkürzung zu vereinbaren, ist ausschließlich Folge der glaubwürdigen Arbeitskampfvorbereitungen der beteiligten Gewerkschaften“, schreiben die Tarifexperten von IG Metall sowie IG Druck und Papier, Klaus Zwickel und Detlef Hensche, im Vorwort dieser Dokumentation. Es sei damit begonnen worden, „ein Netzwerk der Solidarität und der Unterstützung zu schaffen“ (S. 5/6).

Eine der Städte, wo das Netz der Solidarität festgeknüpft war, ist Wiesbaden. Wie es dazu kam, welche Wege beschritten und welche Möglichkeiten im Falle von heißer und kalter Aussperrung ausgelotet wurden, darüber gibt die mit zahlreichen Fotos angereicherte Dokumentation – quasi zur Nachahmung empfohlen – detailliert Auskunft.

Ausgehend von den veränderten Rahmenbedingungen vor allem durch den gegen breiten Widerstand der Gewerkschaften veränderten § 116 AFG seitens der Koalition von Kapital und Kabinett wurde bereits im Vorfeld die Wiesbadener Initiative „35-Stunden-Woche jetzt – Aussperrung nein danke“ gegründet, in der die Gewerkschaften ebenso vertreten waren wie Parteien, Kirchen und andere gesellschaftlich relevante Gruppen. Keiner wurde ausgegrenzt. Was zählte, war die Bereitschaft,

am Ziel der 35-Stunden-Woche mitzuwirken. U. a. sammelte die Initiative „innerhalb kürzester Zeit weit über 100 Verpflichtungserklärungen, wonach ein Pate oder eine Patin bis zu 200 DM pro Woche an Ausgesperrte zu zahlen bereit war“ (S. 90). Geschildert werden auch vielfache andere Aktivitäten, die „nicht am grünen Tisch entwickelt“ wurden.

In der Dokumentation, die in die Hand eines jeden Gewerkschafters gehört, wird gezeigt, daß „Solidarität mehr ist als eine oft gebrauchte Sprechblase. Der Tarifabschluß, der trotz aller Kritik einen deutlichen Schritt zur Verwirklichung der 35-Stunden-Woche darstellt und trotz ungünstiger Ausgangslage als Erfolg der Gewerkschaften angesehen werden muß, hat zu einem weiteren positiven Ergebnis geführt: Die Wiesbadener Gewerkschafter sind sich näher gekommen, mit dem festen Willen, auch zukünftig berechnete Arbeitnehmerinteressen solidarisch durchzusetzen“ (S. 104). Und dazu wird bald Gelegenheit sein, wenn die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes an die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche gehen.

Die Dokumentation kann bezogen werden über die Büchergilde Gutenberg, Bismarckring 27, 6200 Wiesbaden, IG Metall, Bismarckring 27 sowie IG Druck und Papier, Wellritzstraße 49, ebenfalls in Wiesbaden. G. M.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

**ab November
mit neuem Service:**

**betriebliche
Praxis**

BEILAGE IN NACHRICHTEN ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

größten britischen Gewerkschaft GMWU (Allgemeine und Kommunalarbeitergewerkschaft), brachte in seiner Grundsatzrede die derzeitigen Schwierigkeiten auf den Punkt: „Wir beanspruchen, für über neun Millionen Mitglieder zu sprechen, aber schaffen es nicht, daß mehr als vier Millionen von ihnen die Partei wählen, die unsere Politik unterstützt. Wir versuchen, die Regierung zu überzeugen, haben aber unsere eigenen Mitglieder noch nicht überzeugen können.“ Er betonte weiter, daß die gewerkschaftliche Kraft auf der

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

**Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare
Gegründet 1961
von Heinz Seeger
ISSN 0047-8598**

Herausgeber seit 1969: Manfred Balder, Arthur Böpple, Uschi Döring, Rainer Einkele, Regina Fuhrmann, Detlef Haag, Heinz Hummler, Heinz Lukrawka, Leonhard Mahlein, Willi Malkomes, Heinz Seeger.

Redaktionskollegium: Renate Bastian, Barbara Degen, Bernhard Keßeler, Gisela Mayer, Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Dr. Heinz Schäfer, Gerd Siebert.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der Nachrichten-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „INFORMATIONEN zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember).

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement

40,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird. Konto-Nr. 1615612900, Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M., Postgirokonto: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 28. September

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.

**Nachrichten-
Verlagsgesellschaft mbH**

Kurfürstenstraße 18
Postfach 900749
6000 Frankfurt/M. 90
Telefon (069) 77 80 79



VERLAGSINTERNES

Es tut sich was in diesem Herbst. Wird es ein heißer, nach einem mehr oder minder verregneten Sommer? Betrachtet man es mal weniger meteorologisch, mehr aus der Logik der Gewerkschaften, dann steht einiges an, das bestimmt nicht mit Presseerklärungen zu bewerkstelligen sein wird. Post- und Bahnbeschäftigte haben Kahlschlagpläne ihrer Unternehmensführungen und der Politiker in Bonn abzuwehren. Die beiden zuständigen Gewerkschaften im Konzert mit den weiteren vier im öffentlichen Dienst stehen außerdem vor einer harten Tarifrunde um Arbeitszeitverkürzung. Strukturkrisen, z. B. im Bergbau und in der Stahlindustrie, lassen weiter Hunderttausende um ihre Arbeitsplätze bangen. Aus Bonn kommen Pläne, mit einem neuen Arbeitszeitgesetz und dem „Jahrhundertwerk“ Steuerreform Angriffe auf lange und teuer erkämpfte soziale Standards der arbeitenden Bevölkerung einschließlich ihrer Portemonnaies zu fahren. Und das ist beileibe nicht alles.

Die Gewerkschaftsbewegung sieht sich mit Recht herausgefordert. Protestkundgebungen in jüngster Zeit brachten Unmut zum Ausdruck, Aktionspläne gegen die unsozialen Angriffe wurden erstellt. Von all dem berichten NACHRICHTEN in dieser Ausgabe, vom Leitartikel bis zu ausführlichen Berichten von den Kundgebungen. Unserem Mitarbeiter Werner Staffen gelang es ferner, zu den Post-Zerschlagungsplänen den Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für das Post- und Fernmeldewesen, Peter Paterna (SPD), anlässlich einer Pressekonferenz in Hamburg vor das Mikrophon zu bekommen. Das Interview lesen Sie bitte auf Seite 16.

Ein weiteres Interview (Seite 24) gab uns der stellvertretende IG-Druck-und-Papier-Vorsitzende Detlef Hensche zur Kampagne seiner Organisation gegen ungeschützte Arbeitsverhältnisse. Diese Thematik wird übrigens auch Schwerpunkt der ersten Ausgabe unseres neuen Service „betriebliche Praxis“ sein, mit dem wir unsere Hilfestellung für die unmittelbare gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb, für Betriebsräte, Vertrauensleute, Jugendvertreter u. a. Interessierte noch verbessern wollen. Die erste Ausgabe dieser vierteljährlichen Beilage, Bestandteil der Zeitschrift, aber farblich abgehoben und praktisch zum Herausnehmen und Sammeln, erscheint in Heft 11/87 der NACHRICHTEN (siehe auch Seite 23).

Letztes Stichwort: Steuerreform. Auf Anregung von Teilnehmern unseres letzten NACHRICHTEN-Stammtisches wird sie Thema der nächsten Runde am 21. Oktober, 19.00 Uhr, im Raum 3 des Frankfurter Gewerkschaftshauses sein. Uns interessiert dabei vor allem die Umverteilungsproblematik und die Fragestellung „Steuerreform kontra Beschäftigungsprogramm?“ Wie immer sind NACHRICHTEN-Redakteure dabei; wir bemühen uns aber auch noch um einen hauptamtlichen Gewerkschaftsreferenten. jaco

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

10/87

Postvertriebsstück
Nachrichten-
Verlags-GmbH
Kurfürstenstr. 18
Postf. 90 07 49
6000 Frankfurt/M. 90

3603650ANN87010 100033 992 2
FREIE UNIVERSITÄT E.
VORM. OTTO-SUHR-INSTITUT
IHNESTR. 21

1000 BERLIN 33

TERMINKALENDER

- **16. bis 18. Oktober**
22. Bundestagung der Sozialausschüsse der CDU (CDA), Hamburg
- **21. Oktober**
Vertrauensleutewahlen im Bereich der IG Druck und Papier unter dem Motto: „Stärkt die gewerkschaftliche Kraft – wählt aktive Vertrauensleute!“
- **23. bis 24. Oktober**
18. DGB-Bundeshandwerkstagung, Lüneburg
- **31. Oktober**
Zentrale Arbeitszeitkonferenz der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Siegen
- **4. bis 6. November**
6. Frauentag der IG Bergbau und Energie, Saarbrücken
- **5. November**
Außerordentliche Landesbezirkskonferenz des DGB Hessen, Frankfurt
- **5. bis 7. November**
Vertrauensleutekonferenz der IG Metall, Frankfurt
- **21. bis 22. November**
IMSF-Konferenz „Zukunft von Technik

und Arbeit – Alternativen und Strategien der Arbeiterbewegung“, Frankfurt

- **7. bis 8. Dezember**
Kongreß der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) zum Thema „Rundfunkfreiheit“, Bonn
- **15. bis 17. Januar 1988**
Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Nürnberg
- **18. bis 21. Februar 1988**
Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Königsutter
- **6. bis 11. März 1988**
14. Gewerkschaftstag der Rundfunk-Fernseh-Film-Union, Ludwigshafen
- **8. bis 9. März 1988**
Bundesfrauenkonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Würzburg

Beilagenhinweis

Einem Teil dieser Ausgabe ist ein Prospekt des IMSF: „Zukunft von Technik und Arbeit – Alternativen und Strategien der Arbeiterbewegung“ beigelegt. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Zu guter Letzt

Wild-West

Faktisch war der GdED-Vorsitzende Ernst Haar den Tatsachen ein paar Tage vorausgeeilt, als er am 10. September in Bonn auf der Großkundgebung seiner Gewerkschaft die Horrorvision heraufbeschwor, daß nach den Plänen von Bundesregierung und -bahnvorstand der Fahndungsdienst im Zuge der Privatisierung in den Händen „Schwarzer Sheriffs“ gelangen könnte.

Bekanntlich handelt es sich bei den Schwarzen Sheriffs mit Rambo-Mentalität um eine Privatarmee, die von Unternehmen gemietet und u. a. zum Objektschutz eingesetzt wird. Berüchtigt ist diese Truppe, die ihr Vorbild in den USA hat, durch zahlreiche Übergriffe und ihre rüden Methoden. Ihr Hauptbetätigungsfeld ist Bayern, wo sie u. a. das Atomkraftwerk Ohu bewachen. Seit Anfang August darf sich diese Truppe mit Schrotflinten bewaffnen. Das hat die CSU-Mehrheit des Bayerischen Landtags gegen die Stimmen von SPD und Grünen beschlossen. Zu Recht befürchten die Grünen, daß sich Bayern auf dem Weg zum „Wildwest-Land“ befindet, und der SPD-Landtagsabgeordnete Peter-Paul Gantzer wies in der Landtagsdebatte darauf hin, daß Schrotflinten die „tödlichsten Nahkampfwaffen überhaupt“ seien. In Südafrika würden sie gegen Demonstranten eingesetzt mit Toten und Verletzten als Ergebnis.

Nun hat die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag ein weiteres Betätigungsfeld für die „Schwarzen Sheriffs“ auserkoren. Angeblich um die Polizei zu entlasten, sollen Angehörige dieser Privatarmee die Geschwindigkeitsüberwachung auf den Straßen übernehmen, erklärte Hermann Regensburger, der innenpolitische Sprecher der CSU-Landtagsfraktion. Regensburger ist übrigens in ähnlichen Fragen kein unbeschriebenes Blatt. Auf der Welle der Terroristen-Hysterie hatte er angeregt, die Briefträger zu Spitzeldiensten anzuhalten, was damals auf Proteste der Postgewerkschaft gestoßen war.

Auch die zuständige Gewerkschaft ist gegen den Einsatz der „Schwarzen Sheriffs“. Wie der Pressesprecher der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Bayern, Preuss, auf Anfrage erklärte, gehört die Überwachung der Geschwindigkeit zu den Aufgaben der Polizei. Ausgehend von dem neuesten Vorstoß der CSU sieht Preuss die Gefahr, daß immer mehr Polizeiaufgaben privatisiert werden. G. M.

Ich bestelle hiermit:

10/87

☐ **NACHRICHTEN** im Abonnement
für 40 DM im Jahr inkl. Porto

☐ die nächsten 3 Ausgaben **kostenlos**
und unverbindlich zur Probe

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ Ort

Den Abonnementpreis ☐ zahle ich nach Erhalt der Jahresrechnung ☐ bitte ich jährlich von meinem Konto abzubuchen.

Konto-Nr.

BLZ

bei (Bank, Sparkasse oder Postgiroamt, Ort)

Vertrauensgarantie: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen nach Absendung gegenüber der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstraße 18, 6000 Frankfurt/M. 90, in schriftlicher Form zu widerrufen.

Datum

Unterschrift

Falls durch einen anderen Abonnenten erworben, bitte Namen und Anschrift des Werbers sowie Buchwunsch aus der Produktion des Nachrichten-Verlages auf gesondertem Blatt angeben.

**Nachrichten-
Verlags-
Gesellschaft mbH**
Kurfürstenstraße 18
Postfach 900749
6000 Frankfurt/M. 90
Telefon:
(069) 77 80 79